STUDENT IM KLASSENKAMPF

6

März 1972
Doppelnummer
Preis öS 10,-

Zur Entwicklung der MLS (I)
Strassenbahntarif "kampagne"
Nixon-Besuch in der VR CHINA
Irandemonstration Türkei
Palästinensische Revolution
FPDLP z. jordan. Bürgerkrieg

INHALT

student im klassenkampf

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger:
Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS)
Verantwortlicher Redakteur: Walter Lindner. Alle:
1070 Wien, Westbahnstraße 7/8.

Zur Entwicklung der MLS(I)

Vorbemerkung

Diese Arbeit hat die zentrale Aufgabe, über die Entwicklung der MLS Rechenschaft abzulegen, und zwar sowohl vor uns selbst, als auch nach außen. Sie ist absolut notwendige Vorarbeit zur Entwicklung und Propagierung strategischer Perspektiven - was jetzt auf der Tagesordnung steht.
Sie besteht aus drei Teilen. Der erste Teil ist nicht viel mehr als die Deskription der Entwicklung. Im zweiten Teil wird das so gewonnene Material systematisch entwickelt, die Entwicklungstendenzen werden analysiert. Im dritten Teil wird die Position vom Dezember 71 dargestellt, die das Ergebnis der ganzen Entwicklung ist und nach wie vor den erreichten Stand der kollektiven Diskussion in der MLS ausdrückt.

Die ganze Entwicklung war keine lineare: die in ihr stattgefundenen Lernprozesse hoben unsere politische Position auf eine höhere Ebene. Aber dennoch: Die Überwindung der alten Fehler usw. reicht noch lange nicht hin, um wirklich strategische Perspektiven zu entwickeln. Dazu ist in gewissem Sinn ein Terrainwechsel notwendig, ein qualitativer Bruch in der Entwicklung, ein ideologischer Einschnitt. Dazu darf nicht von den bornierten Aufgaben hier und jetzt allein ausgegangen werden, sondern von den historischen Aufgaben. Die intensive Diskussion darüber wurde in der MLS Anfang März 1972 eröffnet. Ihre Ergebnisse bzw. die in ihr vertretenen Standpunkte stellen somit die "Fortsetzung" dieses Artikels dar, insofern sie nur auf der Basis der bisherigen Entwicklung der MLS verstanden werden können. Gemeinsam mit dem Teil III des Artikels werden sie daher u.a. Gegenstand von "Stikl" 7 sein.

Zur Entwicklung der MLS
=====================

Dieser Artikel versucht die Entwicklung der MLS von ihrer Entstehung Ende 1970 an nachzuzeichnen. Dies ist aus mehreren Gründen notwendig geworden. Der Prozeß der produktiven Überwindung unserer damaligen Positionen, soweit sie falsch waren, wurde nie öffentlich dargelegt, obwohl unsere jetzige Politik nur vor diesem "historischen" Hintergrund voll verständlich wird. Eine zusammenfassende Darstellung der Entwicklung ist zweitens für alle die Genossen notwendig, die die politische Entwicklung des Jahres 1970 und Anfang 71 noch nicht bewußt miterlebt haben und für die daher die Entstehung der MLS sich im Dunkeln verläuft.

Drittens wird die Darstellung gerade jetzt nach dem Bruch zwischen uns und der KPÖ notwendig, um die grassierenden Fehlinterpretationen auszuschalten, die sich bei jeder Entwicklung in der MLS außerhalb der MLS als Gerüchte verbreiten. Diese Gerüchte werden zum jetzigen Zeitpunkt genährt durch die Elaborate der ausgeschlossenen Revisionistenfraktion, die die Entwicklung der MLS selbst überhaupt nicht verstanden hat und daher auch nur Unsinn darüber schreiben kann. Mit der Darstellung der jüngsten Entwicklung der MLS ist auch verbunden das Skizzieren unserer Perspektiven, deren systematische Darstellung den folgenden Nummern von "StiKl" vorbehalten ist.
Viertens kann dieser Artikel überhaupt einmal die Entwicklung der MLS

ins rechte Licht rücken, die ja von sehr vielen Linken fehlinterpretiert wurde und z.T. noch wird. Hauptursache dafür waren antikommunistische Ressentiments(was viel mehr umfaßt als unausgewiesene"Ablehnung" der KPÖ, nämlich auch Vorurteile gegen den Leninismus und gegen die proletarische Bewegung überhaupt, auch gegen ihre Symbole, gegen relativ straffe Organisationsformen etc.), aber wir waren auf Grund des schlimmen Zustandes unserer Publikationstätigkeit auch selbst mitschuldig.

I. DESKRIPTION DER ENTWICKLUNG:

Entwicklung der Kritik an der VDS

Die MLS existiert faktisch seit Ende 1970. Bereits seit Juli 1970 hatten einige Genossen, die später den Führungskern der MLS bildeten, ziemlich scharfe Kritik an der Politik der VDS geübt, die sich bis zum Herbst immer mehr zuspitzte. Die Kritik bezog sich u.a. auf die Stellung zur Stubewe, auf die Haltung zur Sozialdemokratie, schließlich auf die ganze praktische Politik der damals rechtsopportunistischen VDS gegenüber dem VSStÖ (gegen die falsche Politik in der "Linken Plattform"), auf den liberalen Aktionismus(liberale antiimperialistische Aktionen, liberale Kampagne für das Ausländerwahlrecht in der ÖH etc.)

Der theoretischen Apologie der, und dem praktischen Hängenbleiben in der Tradition der Studentenbewegung wurde von uns der "Standpunkt des Proletariats" entgegengesetzt, von dem aus die Hochschulpolitik zu betreiben sei. Wir prognostizierten eine Verminderung des Konfliktpotentials an den Hochschulen und Integrationsversuche der SP-Regierung gegenüber den "linken Studenten" und leiteten daraus ab, daß das Sich-Anhängen an die spontane Opposition irgendwelcher Studenten an irgendwelchen Instituten(was sich organisatorisch in Form von Arbeitskreisen und Basisgruppen mit meist sehr kurzer Lebensdauer äußerte) zur Zersetzuung der VDS führen würde. Dieses Sich-Anhängen als extremer Ausdruck eines Studentensyndikalismus hielten wir überhaupt für eine falsche Politik, weil wir die Studenten eben nicht als "proletarisiert" oder sonstwas ansahen, sondern als Zwischenschicht, die zwar teilweise Interessenwidersprüche zur Bourgeosie hat, aber auch ziemlich relevante Privilegien gegenüber dem Proletariat. Ziel der Hochschulpolitik kann dann nicht Syndikalismus, quasi-gewerkschaftliche Interessenpolitik sein(was der VSStÖ dennoch explizit vertrat und was auch der ganzen VDS-Politik zugrundelag). Ziel mußte dann(allgemein gesprochen) sein, einerseits auf die Neutralisierung der Studenten gegenüber dem proletarischen Klassenkampf Kurs zu nehmen, andererseits eine konsequente "Kaderpolitik" zu machen, um aus dem Studentenmilieu möglichst viele Einzelne herauszubrechen und zu Kommunisten zu machen.

Diese Einschätzung steht und fällt mit einer bestimmten Einschätzung der Klassenlage der Intelligenz. Die "Klassenanalyse" wurde auch sofort zu einem der entscheidenden Streitpunkte. Der rechte VDS-Flügel propagierte die Annäherung größter Teile der Intelligenz an das Proletariat und zog daraus die selben politischen Konsequenzen wie die "Proletarisierungs"theoretiker. Die bisherige klassenunbestimmte, syndikalistische Studentenpolitik wurde verteidigt(Kolm, Berger, Graber; alle August 70).

Der zweite entscheidende Streitpunkt war die Haltung zur Sozialdemokratie. Während wir der Meinung waren, daß die heutige SD im Unterschied zur klassischen SD nach der Zwischenkriegszeit keine reformistische Partei mehr ist, sondern vom "Steigbügelhalter" zum "Geschäftsführer"der Bourgeosie avanciert ist, mißverstanden die Rechten in der VDS diese historische Fortentwicklung und schrieben daher der SP-Regierung reformistische Ziele zu, wie die "partielle Entfaltung der bürgerlichen Demokratie". Die Hauptfunktion der SP-Regierung, den österr. Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu rationalisieren und die Arbeiter niederzuhalten, trat dabei in den Hintergrund oder ging überhaupt verloren. Die SP-Spitze wurde also

nicht dem Klassenfeind zugerechnet, sondern als verselbständigter, degenerierter Teil der Arbeiterbewegung verkannt. Diese gegensätzliche Einschätzung der SD war nicht nur der springende Punkt für die Entwicklung einer allg. polit. Strategie, sondern wurde auch unmittelbar praxisrelevant in der Haltung der VDS zum VSStÖ, aber auch zur FÖJ.

Bekanntlich rechnete die rechte VDS-Führung sich z.T. zum Block WTB-VDS-FÖJ(Kolm, Berger..), z.T. leistete sie gegenüber dem WTB und der FÖJ keinen ideologischen Widerstand (Graber, Zehetbauer). Wir betrachteten dagegen WTB und FÖJ damals wie heute als Rechtsabspaltungenvon der KPÖ, die zu bekämpfen sind. Aber im Gegensatz zu späteren Fehlinterpretationen spielte eine evtl. Zusammenarbeit mit der KPÖ damals in unseren Überlegungen keine Rolle. Wir betrachteten die KPÖ als revisi onistische Partei, an eine evt. Zusammenarbeit dachte niemand.

Im ersten Paper vom Juli 70 wurde die Abrechnung mit dem KPÖ-Revisionismus als Voraussetzung einer positiven Fortentwicklung der VDS betrachtet und sogar der Aufbau einer neuen revolutionären Partei als Fernziel ins Auge gefaßt. Neben der Entwicklung einer revolutionären Hochschulpolitik propagierten wir von Anfang an die Orietnierung auf Betriebsarbeit und wir wollten sie auch selbständig in Angriff nehmen. Aber über diesen vagen Ausspruch kamen wir zunächst nicht hinaus, u.a. weil unsere Kräfte zuerst vollständig durch die Fraktionskämpfe in der VDS, dann durch die notwendige Verankerung an den Hochachulen absorbiert waren. Auch die bloße Orientierung auf Betriebsarbeit paßte ganz und gar nicht ins Konzept der rechten Studentenpolitiker der VDS. Und während die theoretische Auseinandersetzung über Klassenanalyse, SP etc. ua. von Kolm gegen uns ausgetragen wurde, konzentrierten sich die "Praktiker", allen voran Graber, auf die mehr als dümmliche und bornierte Verteidigung ihrer opportunistischen Handwerklerei.

Fraktionierung

Durch diese Skizzierung unserer damaligen Position ist bereits klar geworden, daß bei derart wichtigen Differenzen die gemeinsame Arbeit in derselben Organisation nicht auf die Dauer möglich war. Tatsächlich war die Arbeit der VDS nach außen vom Ende des SS 70 bis zum 29.Nov. 70 vollständig lahmgelegt. Selbst innerhalb der VDS waren die Fraktionen auch organisatorisch getrennt. Wir hatten uns zunächst in einen "Kapital"-AK, der auch politische Funktionen erfüllte, organisiert - und ihre Theorieabstinenz oder-feindlichkeit hielt die Rechten von diesem AK ab. In der letzten Phase vor dem 29.11. schufen wir uns eine faktisch selbständige Organisation in Gestalt der "Maz/Ges", halb innerhalb und halb außerhalb der VDS, die nur als fraktionelle Org.-form funktionierte und sich mit unserem Sieg am 29.11. total desorganisierte. Die Widersprüche verschärften sich immer mehr und am Vorabend des 29. Nov., an dem eine "Vollversammlung" stattfand, war allen klar, daß ein Kompromiß nicht merh möglich war, Wir waren entschlossen, uns entweder in der VDS durchzusetzen - oder noch am selben Tag auszutreten und den Aufbau einer revolutionären Studentenorgansiation in Angriff zu nehmen.

KPÖ

Kurze Zeit vor dem 29.Nov., am 21.10. hatten wir Kontakt mit der KPÖ aufgenommen. Wir hielten die KPÖ nicht für eine revolutionäre Partei, sondern für eine reformistische Arbeiterpartei, gleichzeitig für die einzige Arbeiterpartei in Österreich, weil nur sie wenigstens die elementaren Interessen der Arbeiter vertritt. Die Versuche anderer Gruppen in Wien, selbständige Betriebsarbeit zu machen, waren gescheitert. Wir untersuchten damals nicht die konkreten Ursachen des Scheiterns(falsche strategische Linie, mangelhafte Qualifikation in jeder Hinsicht etc.) sondern hielten jede von Studenten ausgehende Betriebsarbeit für aussichtslos. Zugleich schätzten wir die KPÖ z.T. falsch, z.T. nur pragmatisch ein. Wir stellten uns vor, über die KPÖ den "Kontakt mit der Arbeiterklasse" zu finden, wobei dies immer noch als bloß zusätzlicher, sekundärer Weg galt. Der Anspruch der selbständigen BA war in vollem Umfang aufrecht. Alle weiteren "Überlegungen" zur KPÖ, wie die These von der "Zurückdrängung revisionistischer Tendenzen seit dem 21. Parteitag", waren nichts anderes als die Rechtfertigungsver-

suche dieser Politik gegenüber der KPÖ vor uns selbst und auch nach außen. Was damals von unserer Seite zur KPÖ gesagt wurde, war mehr als vage, es war im großen und ganzen nur die Wiederholung von eingien stereotypen Phrasen.
Nach der Kontaktierung mit uns übte die KPÖ verschärften Druck auf die rechte VDS-Führung aus und das KPÖ-Problem wurde ein weiterer Punkt der Auseinandersetzung, zumal Kolm, Berger u.a. daran interessiert waren, die VDS in das WTB-FÖJ-Milieu einzubringen.

29.11.1970

In einer fast 14-stündigen Monstersitzung wurden am 29.11.1970 die Fraktionskämpfe entschieden. Wir hatten Resolutionsentwürfe zum WTB, zum VSStÖ und zur"Linken Plattform" zur SP-Regierung, sowie zur KPÖ vorbereitet und setzten sie fast unverändert durch. Noch während der Sitzung verließ ein Teil der Rechten die Organisation (und fand sich wenige Zeit darauf bei der FÖJ). Die anderen Rechten, die "Praktiker"(Graber, Zehetbauer), kapitulierten daraufhin und leisteten gegen die Übernahme der Leitung durch uns keinen Widerstand mehr.
Der 29.11. war das faktische Ende der VDS und der faktische Beginn der MLS, wenn die Änderung des Namens und der Statuten auch formell erst einige Monate später erfolgte. Die linken Genossen waren gerade diejenigen, die keine "VDS-Traditionen", kein "VDS-Selbstverständnis" mit sich herumschleppten. Die MLS ist weder inhaltlich-politisch, noch organisatorisch, noch personell eine Fortsetzung der VDS. Die Zahl der MLS-Mitglieder, die schon vor dem Sommer 70 in der VDS waren, also überhaupt in sie jemals eingebaut waren, ist heute auf weniger als ein halbes Dutzend gesunken. Die eine Hälfte der Rechten um Kolm, Berger trat am 29.Nov.70 aus, die andere Hälfte verwandelte sich im Verlauf des Jahres 71 in KPÖ-Apologeten und wurde am 16.12.1971 wegen Revisionismus ausgeschlossen.

Die erste Phase der MLS

Im Dezember 70 und überhaupt für den Rest des WS 70/71 ging es darum, die "neue Politik" nach außen zu propagieren und uns an den Hochschulen zu verankern. Dies unmittelbar darauf durch den Schlagabtausch mit dem VSStÖ am 9. und 10. Dezember. Der VSStÖ (damals waren das noch die linken Sozialdemokraten Burian, Kold us..) begann schon am 3. Dezember wild gegen uns zu hetzen in einer ziemlich blöden Art und Weise: der Stalinismusvorwurf, Dogmatismus, "KP-Fraktion". Alle Register studentischen Antikommunismusses wurden gezogen.
"Es gibt keine Theorie der Revolution", "keine erfolgreichen Strategien sind absehbar", kurz: man weiß nichts, man kann nichts, nichts als sozialdemokratisches Gejammer. Bei unserem eigenen Teach-in wurden wir zwar total in die Defensive gedrängt, dem äußeren Anschein nach in die Rolle einer KPÖ-Organisation, und verloren einfach die Kontrolle über das Chaos; dafür benützten wir aber das VSStÖ-Teach-in am nächsten Tag, um den sozialdemokratischen Opportunismus des VSStÖ wirksamer als tags zuvor zu entlarven. Alles in allem ging dieser erste Schlagabtausch eher positiv für uns aus. Andererseits mußte unser Auftreten beim Teach-in (in der Defensive, im Kampf gegen den Antikommunismus) bei vielen, damals z.T. vorurteilsbeladenen Genossen, uns als KP-Organisation erscheinen lassen. Die zweideutige Resolution vom 29.11. wurde in derselben Richtung interpretiert.
Das ganze WS war ausgefüllt mit einer Reihe von politischen Aktivitäten, bei denen wir ständig versuchten, die "neue Politik" zu vermassen und von einem marxistisch-leninistischen Standpunkt aus Stellung zu nehmen. Das WS schließt mit den HS-Wahlen, bei denen wir einen Stimmenanteil von 2,62 %, auf der Phil.Fak. fast 6 % erreichten, was mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem VDS-Anteil von 1969(1 %) ausmachte. Die Niederlage des VSStÖ bei den Wahlen(Halbierung auf der Phil.Fak., insgesamt -1,6 %) veranschaulichte seinen allgemeinen politischen Niedergang, der sich in Stimmenverlusten nach rechts und links äußerte. Eine andere Bedeutung als Indikator zu sein, hatten die HS-Wahlen aber nicht.
Neben der Propaganda nach außen ging es v.a. um die totale Transformation der VDS selbst. Die Org.-Struktur wurde verändert, Schulungen etc. eingerichtet usw.usf. Die neue Linie mußte zunächst auch noch im Innern der VDS voll durchgesetzt werden:

Die neuen Genossen, die gegen Ende des WS und Anfang des SS zuströmten, mußten eingebaut werden - bis Ende SS hatten wir die Mitgliederzahl verdreifacht. Aber alle diese Probleme waren solche, die sich unmittelbar praktisch stellten, relativ losgelöst von der theoretischen "Organisationsdebatte", die die wichtigste interne Diskussion im Rest des WS 70/71 wurde.
Bevor ich aber darauf eingehe, zur "Betriebsarbeit" und zur KPÖ.

Die eben skizzierten Aufgaben erlaubten auf Grund des beschränkten Kräftepotentials einfach nicht, über die HS hinaus praktische Politik zu machen. Wir wären auch zu wenig qualifiziert gewesen. Die Abstinenz von der praktischen Betriebsarbeit bis zum Herbst 71 war daher objektiv eine richtige Politik, objektiv notwendig. Wir machten aber nicht nur praktisch nichts, sondern fanden auch kaum Zeit, uns ausführlicher mit den theoretischen Problemen der Arbeit im proletarischen Bereich zu beschäftigen. Dies geschah faktisch erst mit dem Beginn der intensiven Revisionismuskritik an der KPO ab Mai 1971. Die Abstinenz von der Betriebsarbeit stellt sich im nachhinein als notwendig und richtig heraus, aber damals(Anfang 71) war das keine bewußte Entscheidung. Sie wurde gefördert durch eine zweifache Illusion: erstens, daß der "Kontakt mit der Arbeiterklasse" über die KPÖ herstellbar sei, (schon diese Formel macht den Fehler eklatant: Als ob es auf "den Kontakt" ankäme und nicht auf eine bestimmte Art von "Kontakt", der sich eben nicht über eine revisionistische Partei, sondern über die revolutionäre Arbeit, in der ersten Phase v.a. revolutionäre Propaganda, in der Arbeiterklasse herstellt. Hier lagen wirklich eine etwas höhere Stufe der "Entdeckung des Proletariats" druch Studenten und ein mythologischer Begriff des Proletariats zugrunde), und zweitens durch die Illusion der über die HS hinaus- und wenigstens partiell in den Produktionsbereich hineinreichenden Intellektuellenorganisation, die wir uns ausgetüftelt hatten und unter dem Namen "Marxistische Zelle" präsentierten. Weder wurde die Betriebsarbeit für diese Zeit bewußt ausgeklammert, noch hatten wir ursprünglich die Vorstellung, nur "vermittelt über die KPÖ" und nicht auch außerhalb, selbständig im proletarischen Bereich zu arbeiten. Aber im Verlauf der nächsten Wochen wurde die Orientierung auf Betriebsarbeit verdrängt, und soweit von der zukünftigen Arbeit die Rede war, praktisch nur mehr an eine über die KPÖ vermittelte BA gedacht.

Das hatte mehrere Gründe. Das Problem "Betriebsarbeit" hatten wir damals sicher noch nicht rational in eine strategische Orientierung eingebettet. Sie galt an und für sich als etwas Wichtiges und Positives, Tendenzen der Mythologisierung der Arbeiterklasse spielten sicher eine gewisse Rolle. Wir selbst hatten damals noch nicht alle Elemente des Bewußtseins abgelegt, das noch heute viele Genossen haben und das durch die studentische "Entdeckung des Proletariats" geprägt ist. Dieser Mythos der Betriebsarbeit muß aus dem Weg geräumt werden, wenn man zielbewußte Arbeit in der Arbeiterklasse machen will. Dieses so irrational gestellte Problem drängte zu Scheinlösungen - denn wirkliche Lösungen (bewußte, reflektierte Aufnahme der selbständigen BA, wobei zugleich der Stellenwert der BA im Rahmen des weiteren Aufbaus der revolutionären Organisation reflektiert wird) hatten wir nicht. Die Scheinlösung war - die KPÖ, was uns selbst und außenstehenden Genossen eine Art "Perspektive" vorspiegeln konnte. Sicher war es z.T. auch die Rationalisierung der eigenen Positionen eine vorübergehende Not wurde zwar nicht zur Tugend, aber doch zum allg. Prinzip gemacht. Praktisch funktionierte diese Orientierung nie, aber sie ermöglichte den illusionären Selbstbetrug, durch die Zusammenarbeit mit der KPÖ schon über die HS hinauszukommen. Diese Illusion konnte nur sehr kurzlebig sein. Was wir uns erwartet hatten, erreichten wir nicht. Im Gegenteil wurden wir von seiten der KPÖ immer wieder auf die Hochschulen verwiesen, als unseren "angestammten Arbeitsbereich". Bis zum Herbst 71 fiel die Diskussion über Betriebsarbeit dann zusammen mit der Diskussion über die KPÖ. Das Problem Betriebsarbeit spielte erst wieder eine Rolle, als wir im Herbst 71 mit der selbständigen theoretischen und praktischen BA

begannen und den Betriebsausschuß einrichteten.
Über die KPÖ wurde im Rest des WS 70 nicht mehr besonders viel diskutiert. Ein ziemlich unausgewiesenes Verhältnis pendelte sich ein, das schon im Leitungsbeschluß vom 12.3. ziemlich kritisiert wird, aber auch dort wird nicht mehr Klarheit in die Fragen gebracht, als durch den Beschluß vom 29.11.70, der sehr vage gewesen war. In ihm ließ sich alles Mögliche unterbringen, z.T. handelte es sich um Phrasen, von denen man sich erst freimachen mußte, bevor produktiv weiter diskutiert werden konnte. In der praktischen Politik ließen sich opportunistische Tendenzen erkennen, die wir später umschrieben mit "präventive Rücksichtnahme", "verschleiernde Terminologie" (eben Phrasen). Zu den ersten Differenzen kam es schon Anfang März 71, als einige Genossen auf KPÖ-Kurs gingen. Daß dies nicht ein rationaler, ideologischer Entwicklungsprozeß war, sondern durch die persönliche Vorgeschichte und durch subjektive Momente bestimmt, zeigte sich darin, daß sich darunter gerade solche Genossen befanden, die gemeinsam mit Kolm und Berger Front gegen uns gemacht hatten, manche hatten noch einige Monate vorher das WTB verbissen verteidigt, manche hatten jetzt endlich in den "Schoß der Partei" zurückgefunden. Irgendeine qualifizierte Kritik an unseren Positionen konnte keiner von ihnen üben, auch nicht an unseren Fehlern. Jedenfalls gab es ab März eine revisionistische Tendenz, die im Mai zur Fraktion avancierte. Im Verlauf der Auseinandersetzung mit der KPÖ selbst und mit der Revisionistenfraktion in der MLS präzisierten und korrigierten wir unsere Einschätzung der und Haltung zur KPÖ.
Die Vorstellungen, mit denen wir im WS 70/71 an die Hochschulpolitik herangingen, waren ziemlich doktrinäre Rezepte. Viel davon war aus der Bundesrepublik importiert. Der Grundfehler war der, daß aus der klassenmäßigen Gliederung der Intelligenz, von der die Studenten nur ein Teil sind, unmittelbar politische und organisatorische Schlußfolgerungen abgeleitet wurden. Nach ihrer Stellung im Reproduktionsprozeß gliederten wir die Intelligenz in sieben Fraktionen(techn. Produktionsintelligenz, ~~Zirkulat~~agenten, Lehrer ...), denen wir jeweils verschiedene Interessen und auch eine verschiedene Stellung zur Bourgeoisie und zum Privateigentum zuordneten. Von der Fragwürdigkeit dieser Gliederung abgesehen, war die Idee bis hierher richtig. Sie schien den Anspruch, vom Standpunkt des Proletariats aus Hochschulpolitik zu machen, einzulösen. Aber ab hier begannen die Fehler: diese Fraktionen sollten jeweils besonders organisatorisch erfaßt werden, in den MAZen, die also zwar von den Hochschulen her aufgebaut werden, aber an und für sich die ganze Intelligenzfraktion zum Adressaten haben sollten. Die MAZen wären Bündnisorganisationen des Proletariats gewesen, also Massenorganisationen von Intellektuellen, deren Aufgabe eben die Neutralisierung dieser Schichten(1) gewesen wäre. Irgendwie konkreter wurde das nur bei dem Versuch, Lehrer und Lehramtskandidaten zusammenzufassen. Es versteht sich im nachhinein von selbst, daß diese MAZen nichts als abstrakte Monster sind, ausgetüftelt, ohne jede reale Grundlage, daher ohne praktischen Einfluß auf die Politik. Die politische Erfaßbarkeit der Intellektuellen ist nicht die bloße Abspiegelung ihrer ökonomischen Lage. Die Neutralisierung ist ferner keine Aufgabe, die sich in der heutigen Situation stellt. Das ganze Konzept lief in seiner politischen Wirkung mehr auf die Ablenkung von den wirklich anstehenden politischen Aufgaben hinaus, denn auf ihre Klärung. Praktische Bedeutung auf die Hochschulpolitik konnte es nicht gewinnen, weil es dazu keinen realen Bezug hatte. Es trug daher mit die Schuld am Hängenbleiben in der hochschulpolitischen Handwerklerei.
Bereits Anfang März 71 wurde das MAZen-Konzept in der MLS kritisiert, Ende des WS war es aus der Diskussion verschwunden. Mit ihm brach aber jede systematische Vorstellung von Hochschulpolitik zusammen und es konnte erst recht nichts bleiben außer Handwerklerei. Die "Organisationsdebatte" war indes ziemlich intensiv geführt worden und implizierte so erhebliche Lernprozesse, nicht so sehr vom Inhalt her, sondern bezüglich der Methode des Herangehens an Probleme:
Von diesem Zeitpunkt an hüteten wir

uns vor abstrakten Phrasen, die keinen Realitätsbezug haben. Wir machten nicht mehr den Fehler, allg. Kategorien mit der Vielfalt der Wirklichkeit zu verwechseln und aus der Politökonomie unmittelbar die Politik abzuleiten.

Mit März 71 war die erste Phase der Entwicklung der MLS abgeschlossen. Die neue Politik war nach außen propagiert worden, wir hatten auch eine ziemlich starke Position innerhalb der Linken an der Universität aufgebaut. Die alten, fehlerhaften Konzepte waren zusammengebrochen. Die Revisionismuskritik intensiv ein, und zwar sowohl in Gestalt der genaueren Beschäftigung mit der Politik der KPÖ, als auch als Auseinandersetzung mit der FÖJ, die die FÖJ mit einem Artikel gegen uns im April forcierte. Zugleich war der VSStÖ als Faktor der linken Studentenbewegung verschwunden. Die rechten Sozialdemokraten hatten ihn übernommen, die linken dankten ab und versuchten im Sommersemester noch einmal, durch "Zusammenfassung aller Basisgruppen" sich eine organisatorische Basis zu schaffen. Es war dies der(wahrscheinlich) letzte Versuch, die Reste der österr. Stubewe auf einer linkssozialdemokratischen, antileninistischen und antikommunistischen Linie zu vereinheitlichen. Das Leobner Treffen (Juni 71) demonstrierte den Bankrott dieser Strategie. Der Versuch war fehlgeschlagen, sie zogen sich aufs nur-ideologische Terrain zurück und machen jetzt die "Marxistische Kritik"(bei der es sich über weite Strecken um einen (im klassichen Sinn) sozialdemokratischen "Marxismus" handelt)(2),ein Teil landete bei der FÖJ, ein Teil fuhrwerkt noch immer in Basisgrüppchen herum. Seit dem Zusammenbruch des VSStÖ waren wir die einzige revolutionäre und überhaupt die einzige linke Organisation auf Hochschulboden.

Die zweite Phase

Die zweite Phase, die das ganze Sommersemester dauerte, war eine Phase, in der wir uns scheinbar nur auf die innere Organisationsarbeit zurückgezogen hatten. Jedenfalls war nach außen nichts sichtbar: kein Teach-in, kaum ein Flugblatt. Im Inneren: Schulungen, Arbeitskreise, Diskussionen über die Verbesserung der internen Organisationsstruktur, v.a. über den Abbau überflüssiger autoritärer Verhältnisse, die sich im Verlauf der Fraktionskämpfe erst gegen die alte VDS-Clique, dann gegen die KP-Fraktion herausgebildet hatten. V.a. Diskussionen über die KPÖ und unser Verhältnis zu ihr. Spätestens seit März waren Differenzen über die KPÖ sichtbar geworden, am 1. Mai traten sie zutage, obwohl sich noch kein größerer Widerstand dagegen bemerkbar machte, daß wir die Losungen der KPÖ zum 1. Mai ablehnten. Die eigentliche Auseinandersetzung begann am 10. Mai 71 mit einem von zwei Genossen vorbereiteten Paper über die Kooperation mit der KPÖ sowie einem gleichzeitig vorgelegten Paper der Revisionisten, das offen die Unterordnung unter die KPÖ forderte. Am 17. 5. und am 24. 5. verschärfte sich die Auseinandersetzung immer mehr. Sie hatte sich zum Fraktionskampf zwischen uns und den Revisionisten entwickelt (3). Am 24. 5. wurde die Diskussion zunächst durch eine Resolution beendet, in der nicht nur die Revisionistenfraktion verurteilt, sondern auch die KPÖ als revisionistische kritisiert wird. Während in den Beschlüssen vom 29. 11. 7o immer nur von "revisionistischen Tendenzen" die Rede war, wurde jetzt klargestellt, daß es sich nicht bloß um Tendenzen handelt, sondern daß der grundlegende Charakter der KPÖ revisionistisch ist. Seit dem 21. Parteitag seien zwar einige revisionistische Extreme abgebaut worden, ohne daß dies aber am revisionistischen Charakter der KPÖ etwas ändere. Es wurde erklärt, daß die KPÖ nicht schrittweise zur revolutionären Partei gemacht werden könnte, sondern daß der historische Bruch zwischen revolutionärer und reformistischer Linie noch ausstehe. Es wurde auch erklärt, daß die Zusammenarbeit mit der KPÖ nicht um jeden Preis angestrebt werden dürfe, womit in embryonaler Gestalt das Problem angesprochen ist, das in der Resolution vom 16. 12. so formuliert wird (bes. in Pkt. 2 und 4): Unter welchen Bedingungen können wir überhaupt mit ei-

ner revisionistischen Partei zusammenarbeiten? Von diesem Zeitpunkt an verschlechterte sich das Verhältnis zur KPÖ rapid. In der MLS wurde die Revisionismuskritik ausgebaut. Während wir im Mai noch keine einigermaßen umfassende Revisionismuskritik leisten konnten und uns zur Charakterisierung der KPÖ z.T. Hilfskonstruktionen bedienten ("Grenzen d. Linksentwicklung"), waren die Septemberschulung und die Diskussionen zu Beginn des WS 71/72 wichtige Schritte in dieser Richtung. Zugleich entlarvte sich der Revisionismus der Apologetenfraktion in allen Fragen, nicht zuletzt in den Auseinandersetzungen über die Linie in der Hochschulpolitik (3a). Die gemeinsame Arbeit in derselben Organisation war nicht mehr möglich. Die Revisionisten wurden am 16. 12. 71 ausgeschlossen (4). Zur gleichen Zeit wurde der Bruch mit der KPÖ vollzogen (5). Die Revisionisten treten jetzt als "Gruppe kommunistischer Studenten" auf und sind an den Aufbau einer opportunistischen Studentenorganisation gegangen.
Unter der Oberfläche, unter ihrer Stagnation entwickelten sich im Verlauf des SS v.a. unsere Haltung zur KPÖ und die Grundzüge der zukünftigen HS-politik. Trotz scheinbarer Stagnation wurden also im SS die Voraussetzungen geschaffen, um die dritte Phase einzuleiten, die mit der zehntägigen Intensivschulung im September 71 begann. Und zwar sowohl in der Vorbereitung der Hochschulstrategie als auch in der Revisionismuskritik. Mit der Kritik an der KPÖ entwickelten sich auch bestimmte inhaltliche Vorstellungen über die Ausrichtung der Betriebsarbeit bzw. trat ihre Notwendigkeit mehr und mehr in den Vordergrund. In den Ende des SS (Juni/Juli) erarbeiteten Positionen war die politische Linie der dritten Phase bereits zur Gänze angelegt. Zugleich mit der Revisionismuskritik an der KPÖ verschärfte sich die Auseinandersetzung mit der FÖJ, deren Verlauf bekannt sein dürfte. Im "St. i. Kl. 5" wurde eine umfassende theoretische Kritik am FÖJ-"Programmentwurf" veröffentlicht, bei unserem Teach-in vom 2. 12. 71, um das die FÖJ sich herumdrückte, wurde die theoretische Kritik ergänzt durch eine Kritik der praktischen Politik der FÖJ und von "Offensiv links". Es ist natürlich richtig, daß die Revisionismuskritik an der KPÖ viel wichtiger ist als die an der FÖJ, denn die KPÖ repräsentiert den Revisionismus in der österreichischen Arbeiterbewegung, die FÖJ hingegen ist nichts als ein Exkrement des Revisionismus, ein Ausscheidungsprodukt der Geschichte ohne Perspektive. Aber wir dürfen uns deshalb nicht verleiten lassen, die FÖJ auch taktisch zu unterschätzen und ihre schädliche Funktion zu bagatellisieren. Wir werden uns allerdings in Zukunft, da ja die Kritik im großen und ganzen formuliert ist, nicht länger mit jedem revisionistischen Furz herumschlagen, sondern unsere Arbeitskraft sinnvoll einsetzen.

Die dritte Phase

Die vier großen Probleme, die im WS auf der Tagesordnung standen, waren: Erstens mußte der erste Entwurf einer HS-strategie ("Rote Wandzeitung" Nr. 2), der noch unter erheblichen Mängeln leidet, weiterentwickelt werden. Zweitens mußte mit der Betriebsarbeit begonnen werden und überhaupt Perspektiven der Arbeit im proletarischen Bereich entwickelt werden. Drittens mußten Aktivitätsniveau und Organisationsgrad noch erheblich gehoben werden, d.h. die interne Organisationsstruktur mußte verbessert werden. Viertens mußte die Revisionismuskritik an der KPÖ zu einer umfassenden erweitert werden.

ANALYSE (II)

Die Deskription der Entwicklung der MLS war notwendige Voraussetzung, um den Unterbau für die jetzt folgende Einschätzung zu liefern und um die ganze Entwicklung so darzustellen, wie sie wirklich war und nicht wie sie sich für eine Reihe von - ohnedies vorurteilsbeladenen - Genossen außerhalb der MLS präsentierte.

Der ganze Teil I war nichts als die Deskription der Entwicklung des subjektiven Faktors. Es erhebt sich so dieFrage, ob nicht hinter dieser Entwicklung objektive Faktoren wirkten, notwendige Tendenzen, auf die man dann eben die Entwicklung des subjektiven Faktors zurückführen müßte. Anders ausgedrückt: Ist es für uns genauso eine zwingende Notwendigkeit, eine "Geschichte der (öst.) Studentenbewegung" zu schreiben wie für die westdeutschen Genossen?

Schon bei oberflächlichster Betrachtung springt in die Augen, daß es in Österreich eine Stubewe als demokratische Massenbewegung gar nicht gab. Bei uns kam nicht die Masse der Studenten, ganze soziale Schichten in Bewegung, sondern es war nur die Produktion von ein paar hundert Linken. In der BRD trat zum Zusammenbruch der bürgerlichen Ideologie unter dem Druck der imperialistischen Realität als einer wichtigen Ursache der Bewegung der Versuch seitens des Kapitals, die Kontrolle der Ausbildungsprozesse direkt in die Hand zu nehmen (7). Wenn man von diesen beiden Ursachen ausgeht, war in Österreich die Produktion einiger hundert Linker hingegen ausschließlich ideologisch bedingt (nur über Antiimperialismus etc.), das zweite Moment fehlte völlig und hat bis heute keine besondere Bedeutung bei der Politisierung gewonnen. Zudem war die Kluft zwischen bürgerlicher Realität (Imperialismus) und bürgerlicher Ideologie erheblich kleiner, weil bei uns so etwas wie die partielle ideologische Entnazifizierung nicht stattgefunden hatte, weil es keine so liberale Ideologie wie in der BRD gab ("freie Marktwirtschaft"), letztlich weil die Restauration des Kapitalismus in Österreich real unter anderen Bedingungen erfolgte und daher auch andere Legitimationsanforderungen an die Ideologie und die Ideologen stellte. Es gab also keine Stubewe im eigentlichen Sinn in Österreich. Die Entwicklung in der BRD lief nach Gesetzmäßigkeiten ab, die teilweise gesellschaftlicher Natur sind, die Entwicklung des subjektiven Faktors ist nur ein, keinesfalls das entscheidende Moment der ganzen Entwicklung. Eine Geschichte der westdt. Stubewe zu schreiben, ohne z.B. die Entwicklung des sich verändernden Verhältnisses vom Kapital zum Hochschulbetrieb (Veränderung der Reformkonzepte mit dem Konjunkturverlauf) zu berücksichtigen, wäre sinnlos. Es waren also auch politökonomische Prozesse, die den Verlauf der Bewegung bestimmten. Ausschließlich aus dem ideologischen Überbau entsprungen, lediglich Reaktion auf die Zuspitzung der allg. Widersprüche des Imperialismus, bleibt die österr. Stubewe ein ideologisches Phänomen und damit in erster Linie abhängig von der Entwicklung des subjektiven Faktors (8). Daher die große Bedeutung der bloßen Deskription dieser Entwicklung.

Notwendige ideologische Differenzierung

Wenn es keine objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten gibt, heißt das aber noch lange nicht, daß es nicht Entwicklungsprozesse gäbe, die unabhängig vom Wirken einzelner Akteure sich abspielten. Ein gewisses Potential von Linken vorausgesetzt, kam es zwangsläufig zu Differenzierungsprozessen: in solche, die zum wissenschaftlichen Sozialismus, zum Marxismus-Leninismus vorstießen, und solche, deren "Linkstum" innerhalb der Grenzen des Kapitalismus eingebannt blieb. In diesem Sinn kan man sagen, daß die Entwicklung zum ML das notwendige Resultat der Entwicklung eines Teils der linken Intelligenz war und ist. Aber es ist dies ein Phänomen, das sich rein im ideologischen Überbau abspielt und das keinesfalls auf die Zuspitzung der Widersprüche in der Produktionssphäre oder auf politökonomische Veränderungen dort, auf die Regierungsübernahme durch die SPÖ u.ä. zurückgeht als auf seine unmittelbaren Ursachen. Dadurch wurde diese Entwicklung nur be-

schleunigt. Wie diese notwendigen Differenzierungsprozesse ablaufen, hängt wiederum vom subjektiven Faktor ab, aber daß sie ablaufen, ist sicher.
Sieht man das einmal ein, kann man auch das läppische, voluntaristische Gejammer über die "Spaltung der Linken", über das Fehlen "linker Einheitsfronten" usw. nicht mehr ernstnehmen. Die Spaltung in ML einerseits und in Revisionisten bzw. in den "linken" Sumpf andererseits wird nicht böswillig hervorgerufen, sondern ist eine notwendige Entwicklung. Außerdem: worin besteht denn eigentlich das historisch Gemeinsame, wenn die einen vom proletarischen Klassenstandpunkt ausgehen und die anderen nicht? Diese notwendige Differenzierung muß beschleunigt werden und nicht gebremst. Es kommt nicht darauf an, daß hier und jetzt möglichst viele Leute, die alle etwas gegen den Kapitalismus haben, gemeinsame Sitzungen machen, gemeinsam "Offensiv links" wählen o.ä. Es geht prinzipiell darum, ideologische Klarheit zu schaffen, um so möglichst günstige Voraussetzungen für den Aufbau der revolutionären Arbeiterbewegung in Österreich zu schaffen. Es geht darum, die revolutionären Elemente zu stärken und die hemmenden, opportunistischen möglichst zu schwächen. Die Auseinandersetzung, die wir mit allen opportunistischen Gruppen und Strömungen führen, sind nicht vermeidbares Gezänk, sondern von erheblicher Bedeutung für die Zukunft der revol. Bewegung in Österreich.

"Für die russische Sozialdemokratie aber wird die Bedeutung der Theorie noch durch drei Umstande erhöht, die man oft vergißt, nämlich: Erstens dadurch, daß sich unsere Partei eben erst herausbildet, erst ihr eigenes Gesicht herausarbeitet und die Auseinandersetzung mit den anderen Richtungen des revolutionären Denkens, die die Bewegung vom richtigen Weg abzulenken drohen, noch lange nicht abgeschlossen hat. Im Gegenteil, gerade die allerletzte Zeit war durch die Belebung der nichtsozialdemokratischen revolutionären Richtungen gekennzeichnet...Unter solchen Umstanden kann ein auf den ersten Blick "belangloser" Fehler die traurigsten Folgen haben, und nur Kurzsichtige können die fraktionellen Streitigkeiten und das strenge Auseinanderhalten von Schattierungen für unzeitgemäß oder überflüssig halten. Von der Konsolidierung dieser oder jener "Schattierung" kann die Zukunft der russischen Sozialdemokratie für viele, viele Jahre abhangen." (Lenin, Werke Bd.5, S.380)

"Man muß sich durch das Geschrei nach 'Einigung' nicht beirren lassen. Die dies Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter, ... Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um die Unterschiede in weit schärferem Gegensatz wiederherzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden (in Deutschland haben sie ein schönes Exempel an den Leuten, die die Versöhnung der Arbeiter und Kleinbürger predigen), oder aber Leute, die die Bewegung unbewußt (...) oder bewußt verfalschen wollen. Deswegen sind die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier. Mit niemandem haben wir in unserem Leben mehr Last und Tuck gehabt als mit den Einigungsschreiern." (Engels an August Bebel, 2o. Juni 1873, Marx Engels Werke Bd. 33, S.59o)

Selbst schon der Aufbau der MLS, ihre Stärkung im letzten Jahr zeigt, daß das Verbleiben in derselben Organisation bei prinzipiell verschiedenen Linien nur das Niveau der politischen Arbeit drückt und daß gerade die Spaltung größere Entwicklungchancen erst eingeräumt hat. Dieses Bejahen von Differenzierungs- u. Fraktionierungsprozessen, wo sie notwendig sind, bedeutet gerade nicht Abkapselung und Sektenwesen, sondern gewinnt erst richtige Bedeutung mit steigender Intensität der politischen Arbeit. In einer toten oder lahmen Organisation oder in einem bloßen Diskussions-

zirkel können die verschiedensten Meinungen sehr lange existieren, ohne sich organisatorisch in die Quere zu kommen.

Differenzierung bei uns

Bei uns verlief der Differenzierungsprozeß als Aufbau und Stärkung der MLS einerseits und als Dahinvegetieren und immer wieder Zerfall aller anderen Org.-ansätze andrerseits. Das gilt für den VSStÖ, dessen Zerfall schon längst vor seiner Übernahme durch rechte Sozialdemokraten sich im Verlust jeglicher polit. Perspektive und im Hinabsteigen auf Syndikalismus und Basisgr.Werkelei abzeichnete. Über die absolute Funktionslosigkeit der "Aktion" braucht man kein Wort zu verlieren. Dasselbe Phänomen auch bei fast allen Basisgruppen, in die übrigens dieselben Differenzierungsprozesse hineinwirkten. Die Reste der FNL scheiterten aus anderen Gründen, die im Zusammenhang mit den Perspektiven unserer Betriebsarbeit behandelt werden. Die FÖJ als einziger anderer Org-ansatz, der eine gewisse Stabilität besitzt, fungiert als Auffangbecken für linke Studenten, die zwar links sein wollen, aber einen Horror vor dem ML und vor der internationalen proletarischen Bewegung haben, also ihre kleinbürgerlichen Vorurteile behalten möchten. Die FÖJ ist zwar studentisiert, sie gerade übernimmt und behütet Formen und Inhalte der antiautoritären Stubewe, aber sie ist nicht aus dem Differenzierungen der Stubewe heraus entstanden, sondern als historisch perspektivloses und überflüssiges Ausscheidungsprodukt des KP-Revisionismus. Insofern sie Zulauf aus dem Studentenmilieu hat, ist aber auch dieser Zulauf Ausdruck der Differenzierungsprozesse im Studentenbereich.

MLS als Motor der Differenzierung entwickelt sich selbst

Diese Differenzierungsprozesse laufen tatsächlich erst seit einem Jahr in dieser Form ab, seit es in Gestalt der MLS eine revolutionäre Organisation gibt. Nur blieb die MLS in diesen Prozessen nicht ganz unverändert, sondern entwickelte sich ebenfalls - quantitativ, v.a. aber qualitativ. Darin liegt es begründet, wenn wir uns jetzt Aufgaben stellen können, von denen wir vor einem Jahr bestenfalls sprechen konnten. Insofern als die notwendigen Differenzierungen und Fraktionierungen vor einem Jahr erst ansatzweise existierten, waren die beiden ersten Phasen der MLS-Entwicklung notwendige Durchgangsstadien. Im Herbst 1970 hätten weder wir noch sonst jemand die Aufgaben in Angriff nehmen können, die wir uns jetzt stellen. Wenn man die politische Situation im Studentenbereich (einschließlich evt. Einflüsse von außen) im Herbst 1970 als gegeben ansieht, war das Jahr 71 als Durchgangsphase objektiv und subjektiv notwendig. Die Differenzierungsprozesse innerhalb der linken Studenten stellten sich also auch als Lernprozesse der MLS dar, wenn wir auch in erster Linie als der Motor und z.T. als Bezugspunkt der Differenzierung wirkten. Es gibt doch eine sehr starke Kontinuität in unseren Positionen seit Juli 1970, die vom "Ausgehen vom proletarischen Klassenstandpunkt", der ideologischen Position des ML (wenn wir ihn auch in manchen Fragen nicht korrekt "anwendeten"), der richtigen Einschätzung der Sozialdemokratie, der richtigen Einschätzung der Stubewe und der Klassenlage der Intelligenz (und der Studenten) usw. usf. bis zur richtigen Abrechnung mit dem liberalen Antiimperialismus führt. Zu allen diesen Fragen war unsere Haltung schon während des Sommers 1970 im großen und ganzen richtig (und wurde später z.T. auch veröffentlicht). Die Durchsicht der internen schriftlichen Materialien aus dieser Zeit brachte die auf den ersten Blick seltsame Tatsache ans Licht, daß die Auffassungen, denen große Fehler zugrundelagen, zum größten Teil erst knapp vor und knapp nach dem 29. Nov. 1970 entstanden und sich i.a. auch nur zwei, drei Monate hielten, um dann (wie das MAZen-Konzept) überhaupt aus der Diskussion zu verschwinden, oder (wie

die zweideutige Haltung zur KPÖ) abzubröckeln. Dieses Phänomen hat seine Ursache darin, daß wir vor dem Nov. 70 einfach ein Diskussionszirkel waren, nach dem Nov. 70 sich uns aber die praktische Aufgabe des Aufbaus einer revolutionären Organisation stellte. Zur Entwicklung auch im einzelnen richtiger Konzeptionen waren wir noch nicht in der Lage, dazu fehlte noch einiges an Qualifikation. So griffen wir (im Fall MAZen) zu Konstruktionen, die wenigstens den Schein erweckten, systematisch zu sein, deren "Systematik" aber mit dem Preis der Abstraktheit bezahlt war. In der KPÖ-Frage kompensierten wir die Mangelhaftigkeit der Analyse mit abstrakten Formeln, wie sich in der Resolution vom 29.11.1970, aber z.T. sogar noch in der vom 24.5.71 finden.

Nochmals die drei Phasen

Versucht man jetzt die Entwicklung der MLS, und d.i. nach dem vorherigen eine Entwicklung des subjektiven Faktors, näher zu analysieren, drängen sich die drei genannten Phasen geradezu auf - wenn auch nicht für Außenstehende, die die innerorganisatorischen Entwicklungen kaum verfolgen konnten. Um nochmals zu rekapitulieren:

Erste Phase vom November 1970 bis März 1971: Die grundlegende Position. die neue Politik wird nach außen getragen. Die Organisation konsolidiert sich etwas. Keine Beschäftigung mit der Frage der Betriebsarbeit, keine Diskussionen über die KPÖ. Das MAZen-Konzept erweist sich als abstrakt und unbrauchbar, mit ihm geht jede systematische Vorstellung von HS-politik verloren.

Zweite Phase von März 1971 bis Juli 1971. Kaum ein öffentliches Auftreten nach außen, Rückzug auf die interne Organisationsarbeit. Intensive Diskussionen über die KPÖ, Fraktionierung der MLS (N.B.: Die Revisionisten waren nie mehr als eine kleine Zahl, ungefähr zehn!). Am Ende der zweiten Phase stehen Einschätzungen der KPÖ, in denen sich der Bruch zwischen KPÖ und uns schon abzeichnet. Ebenso sind Ende der zweiten Phase die Grundzüge der zukünftigen HS-politik entwickelt. Auch der Artikel über HS-politik in der RWZ 2 (Sept. 71) stammte aus den Diskussionen im Juli. In der zweiten Phase bildeten sich damit, nachdem die abstrakten Konzepte und Formeln über Bord geworfen waren, die Voraussetzungen für die dritte Phase.

Dritte Phase beginnt eigentlich erst im September 1971 mit der Intensivschulung. Die Kontinuität der Arbeit der MLS zwischen Juli und September stellt sich dar als Kontinuität der Arbeit von kaum mehr als 15 Genossen. Die Politik der dritten Phase wird bereits ohne Rücksicht auf die Revisionisten entwickelt. Die Septemberdiskussionen hatten das Nebenziel, den Revisionismus dieser Fraktion in allen Fragen aufzudecken, den "Kampf zweier Linien" voll und auf der ganzen Linie zu entwickeln. Die Entwicklung unserer HS-strategie erfolgte zu Beginn noch gegen sie, dann nicht einmal mehr das. Der Ausschluß der Revisionisten war nur mehr eine Frage der Zeit. Die Ausschüsse wurden ohne Teilnahme der Revisionisten eingerichtet, für die künftige politische Arbeit. Bereits lange vor dem 16.12. waren sie faktisch schon außerhalb der Organisation (mindestens seit Oktober, seit den Nationalratswahlen).

"Fraktionierung" in der MLS

Wie ist diese "Fraktionierung" in der MLS einzuschätzen, die eigentlich nur die Abspaltung von Randfiguren war, von Genossen, die den November 1970 über sich ergehen hatten lassen, die aber keinesfalls aktiv an ihm beteiligt gewesen waren (mit einer Ausnahme)? Im Nov. 70 waren wir der Ansicht, daß wir mit der Besetzung der VDS-Leitung, d.h. der Mehrheit in der VDS, eine wichtige Waffe dazugewonnen hätten, mehr nicht. Uns war klar, daß wir mit dem Ausscheiden von Kolm, Berger etc. nur eine Spielart des Opportunismus in der VDS geschlagen hatten, andere Spielarten aber noch zu schlagen waren. Die (nochmalige) Herausbildung einer anderen opportunistischen Strömung war daher nichts Überra-

schendes. Mit dem November 70 war eben die "neue Politik" noch nicht voll durchgesetzt. Tatsächlich waren Träger dieser Strömung gerade diejenigen Genossen, die schon vor dem November 70 entweder zu den Rechten gehörten oder eine zentristische Position einnahmen. Zugleich war unsere Position gegenüber der KPÖ so vage und zweischneidig, daß-auf Grundlage der persönlichen und organisatorischen Vorgeschichte ihrer Exponenten - die neue Spielart des Opportunismus (scheinbar auf dem Boden der Beschlüsse vom 29.11.70) als KP-Revisionismus entstand. Die absolut apologetische Haltung zur KPÖ war in der Tat das einzig Relevante, was Genossen wie Graber (einer der drei Führer der Revisionistenfraktion) ihrem alten VDS-Opportunismus, ihrer alten Studentenhandwerkelei hinzufügten. (Ein wirklicher ideologischer Bruch mit dem KP-Reformismus war bei ihnen ohnedies nie erfolgt; ihre Entfernung v.d. KPÖ resultierte nur daraus, daß sie 1969 und 1970 mit dem VDS-Strom geschwommen waren, im Fahrwasser der Kolm u. Berger.) Die alte Studentenpolitik ist, in einen anderen Rahmen eingefügt, in ihrer "neuen" hochschulpolitischen Konzeption wieder da. Beim Vergleich der alten VDS-Politik mit der "neuen" hochschulpolitischen Konzeption der ausgeschlossenen Revisionisten springt die auffallende Kontinuität, die Fortsetzung des alten Inhalts ins Auge. Aber der Rahmen, in den diese "neue Politik" eingebettet ist, ist ein anderer durch die Orientierung an der KPÖ, was subjektiv für die Revisionisten mit der Hinwendung zur Arbeiterklasse identisch ist. Daher erscheint ihnen ihre Wendung zur KPÖ als Bruch mit der eigenen Vergangenheit. Objektiv zeigt das nur, daß das Hin-zur-KPÖ keineswegs ein Weg-vom-Opportunismus bedeutet, sondern im Gegenteil der syndikalistische Studentenopportunismus ganz ins Konzept der KPÖ-Politik paßt und daher der KPÖ-Kurs der Revisionisten sich blendend mit der Aufrechterhaltung der alten opportunistischen Positionen in allen wichtigen Fragen (z.B. HS-politik, liberaler Antiimperial.) verträgt. An die Stelle der notwendigen Aufgabe des Klassenstandpunkts der Intellektuellen tritt bei den Revisionisten eine positive Haltung zur KPÖ - sonst nichts. Sie brauchen mit ihren Klasseninteressen, die sie dem Proletariat gegenüberstellen, nicht brechen; es genügt, wenn sie "zur KPÖ finden". Deren revisionistischer Kurs kommt ihrem kleinbürgerlichen Bewußtsein entgegen. Die "GKS" wird daher zum Anziehungspunkt eines Teils der Linken werden, des Teils, der nicht wirklich mit seinen Vorurteilen brechen und sich auf den Klassenstandpunkt des Proletariats stellen will. Wenn für die Revisionisten selbst es gerade umgekehrt erscheint, so hängt das damit zusammen, daß in ihrem Bewußtsein an die Stelle des Proletariats und der proletarischen Revolution - die KPÖ getreten ist, "die Partei".

Man kann also sagen, daß die Abspaltung einieger Genossen von der MLS schon in der politischen Lage in der MLS und der Zusammensetzung der MLS Anfang 71 angelegt war. Eine wirkliche Einheit hat es auch Anfang 71 nicht gegeben, weil der revolutionäre Kurs nicht voll durchgeführt war. Die "Fraktionierung" war also unter den gegebenen Bedingungen ein notwendiger Prozeß.

Es ist wichtig, herauszustreichen, daß diese "Fraktionierung" nicht in Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen bestand, welche sich in einer funktionierenden Organisation <u>prinzipiell nicht vermeiden lassen</u> und - wenn sie grundsätzlich uaf dem Boden des ML ausgetragen werden - sogar ein Vehikel der Vorwärtsentwicklung sind. Es ging hier tatsächlich um den "Kampf zweier Linien". Die schrittweise Entwicklung marxistisch-leninistischer Positionen stand dem Revisionismus auf der ganzen Linie gegenüber. Die Auseinandersetzung in der MLS wurde auch nicht um Einzelprobleme (wie etwa die Linie in der Hochschulpolitik) geführt, sondern um die Gesamtpolitik. Dieser Gesamtzusammenhang wird im Ausschlußantrag ganz kursorisch dargestellt.

Der zweite Abschnitt konnte zunächst nur einige Entwicklungstendenzen analysieren: einiges über den Verlauf der österr. "Stubewe", die notwendigen ideolog. Differenzierungsprozesse im "linken Milieu", die Stellung u. Rolle der MLS darin, sowie die von Anfang an angelegte "Fraktionierung" in der MLS. Im Grunde war der zweite Abschnitt die systematische Betrachtung des Materials, das im ersten geliefert wurde. Soweit hier Schlußfolgerungen abgeleitet wurden, sind sie Ergebnisse eines der Entwicklung selbst immanenten Lernprozesses. Diese Entwicklung drückt dabei keinesfalls einen linearen Prozeß aus. Alte Positionen wurden fortentwickelt, korrigiert u. z.T. aufgehoben. Die gröbsten Fehler unserer Politik haben sich gezeigt und wurden korrigiert. Die Ursachen der Fehler wurden offengelegt und bekämpft. Resultat der Entwicklung - des fortschreitenden Aufbaues der MLS einschließlich der Korrektur von Fehlern aufgrund der genannten Lernprozesse - waren v.a. unsere Positionen zu Betriebsarbeit, zur HS-politik und zur KPÖ, die im November und Dezember 71 in Papieren niedergelegt wurden und die das Kernstück der dritten Phase ausmachen. Diese Positionen darzustellen ist Gegenstand des dritten Teils.

W.Lindner

---

(1) "Neutralisierungspolitik geht von der Tatsache aus, daß die zu neutralisierende Schicht begrenzte Interessen hat, die mit den proletarischen Klasseninteressen konvergieren, einen gemeinsamen Feind, so daß die zu neutralisierende Schicht od. Klasse zumindest zum Stillhalten gegenüber, u.U. zur Sympathie für den proletarischen Klassenkampf gewonnen werden kann. Bei hochentwickelten Klassenkämpfen wird die Neutralisierung eines großen Teils der Studenten zur entscheidenden Aufgabe im studentischen Bereich, es wird notwendig, 'den reaktionären und konterrevolutionären Teil der Studenten von den 'demokratischen' und sozialistischen zu trennen' (NRF 3/71). Die Neutralisierung besteht also in der Polarisierung der pro- und antisozialistischen Kräfte".... "Sich gegenwärtig auf eine solche Polarisierung zu orientieren, entbehrte jeder realen Grundlage, weil es eben keine großen Klassenkämpfe gibt. Wer zwanghaft versucht, sie dennoch zu erreichen, landet daher im bürgerlich-demokratischen, 'antimonopolistischen' Sumpf." ("Zur Entstehung d. öst. Stubewe u. Grundzüge soz. HS-politik", MLS Wien, Nov. 1971).

(2) Wir halten die "Marxistische Kritik", also den linken Ex-VSStÖ, tatsächlich für linke Sozialdemokraten im klassischen Sinn. Dies im Detail nachzuweisen, behalten wir uns vor, falls diese Gruppe irgendeine politische Bedeutung gewinnen sollte. Im Zentrum der Kritik muß ihr absolut unmarxistisches Verständnis der bürgerlichen Revolution stehen und die daraus folgende "Menschewisierung" des Marxismus, bes. die Unfähigkeit, Bedeutung und Charakter der russ. Revolution zu begreifen. Extremes Beispiel ist der Puchinger-Artikel in d. "MaKri" Nr. 1.

(3) Das war der Hauptwiderspruch. Der Nebenwiderspruch war der zwischen der Haltung des Gen. Dworczak und der Mehrheit der Organisation. Ich verzichte auf die Analyse des Nebenwiderspruchs, weil es dabei nicht nur um eine verschiedene Haltung zu KPÖ bzw. FÖJ ging, sondern um viel mehr - und weil dieser Nebenwiderspruch zum Verständnis der weiteren Entwicklung nicht inhaltlich expliziert werden muß.

(3a) vgl. ihr Paper "Zur Arbeit der Kommunisten an den HS" im Anhang.

(4) vgl. dem Ausschlußantrag im Anhang (1 Gegenstimme, 0 Enthalt.)

(5) vgl. Resolution über die KPÖ im Anhang (1 Enthalt., 0 Gegenst.)

(6) Dieser Abschnitt stellt nicht erschöpfend die Komplexität der Ursachen u. Rahmenbedingungen dar, sondern behandelt die "Stubewe" nur, soweit dies im Zusammenhang dieses Artikels notwendig ist. Wenn daher z.B. das "liberale Klima", das in der letzten Zeit unter den Schülern herrscht und Politisierung begünstigt, herausfällt, liegt das nicht an der "Einseitigkeit" der Erklärungen, sondern daran, daß nur das Wesentliche der "Stubewe" in der Phase ihres Entstehens hervorgehoben wird.

(7) Was die deutsche Stubewe betrifft, stützen wir uns im wesentlichen auf die Arbeiten der Kommunistischen Gruppe Mannheim/Heidelberg ("Neues Rotes Forum"), u.zw. insbesondere in 3/70, 1/71 und 3/71.

(8) Diese Auffassung der österr. "Stubewe" ist etwas ausführlicher entwickelt im Paper "Zur Entstehung der österr. Stubewe u. Grundzüge soz. HS-politik", Nov. 71.

DOKUMENTE

Zur Auseinandersetzung in der MLS (Dezember 1971)

Resolution der MV vom 16. 12. 1971 über das Verhältnis zur KPÖ

1) Die KPÖ - eine reformistische Arbeiterpartei

Die KPÖ ist eine revisionistische Partei, zugleich aber die einzige Arbeiterpartei und überhaupt relevante politische Arbeiterorganisation in Österreich.

Revisionistisch sind nicht einzelne Tendenzen, einzelne Funktionäre, sondern der ganze Parteiapparat und die Grundlinie der Parteipolitik. Auch die keineswegs unwichtige Entwicklung seit dem XXI. Parteitag ändert daran nichts grundlegend, eine Spielart von Revisionismus wird durch eine andere "linkere" Spielart ersetzt. Die KPÖ in eine revolutionäre Partei transformieren zu wollen, ist voluntaristisch

und illusionär. Der Revisionismus kann nicht schrittweise "überwunden" werden, sondern nur durch den vollständigen Bruch mit der reformistischen Gesamtstrategie. Eben das ist aber der KPÖ nicht möglich, es gibt auch keine Anzeichen dafür, es gibt nicht einmal diese Einsicht, auch nicht beim "linken" Flügel.
Die These, daß die KPÖ eine grundlegend revisionisische Partei ist, wurde v. a. im Papier "KPÖ - eine reformistische Arbeiterpartei", MLS Wien, Dez. 1971, begründet. Dieses Papier stellt somit die Grundlage für diese Resolution dar. Nichtsdestoweniger steht eine zusammenfassende Gesamtkritik der KPÖ noch aus. Die neue Leitung wird beauftragt, für die Ausarbeitung eines solchen Dokumentes zu sorgen, in dem ausführlicher auf den "politischen Kampf" der KPÖ, auf die historische Entwicklung des Revisionismus und auf die Verselbständigung des KPÖ-Apparats eingegangen werden soll.

2) Die absolute Selbständigkeit der MLS - zwingende Notwendigkeit

Angesichts des revisionistischen Charakters der KPÖ ist die absolute ideologische - und praktische- politische Selbständigkeit der MLS als marxistisch-leninistische Organisation notwendig und sie darf nicht durch taktische Erfordernisse eingeschränkt werden. Eine Zusammenarbeit mit der KPÖ in bestimmten Fragen bleibt erstrebenswert, weil sie die einzige politische Arbeiterorganisation Österreichs ist. Aber nicht um jeden Preis, es hängt von den Bedingungen ab, unter denen sie möglich ist. Die MLS darf sich nicht von einer revisionistischen Organisation die Hände binden lassen.

3) "Zusammenarbeit" aus der Sicht der KPÖ

Die KPÖ stellt sich unter Zusammenarbeit die Unterordnung unter ihre revisionistische Politik vor. Für sie gibt es zwar in Übergangssituationen (wie im Nov. 70 in Wien, jetzt in Linz oder Mödling) eine Reihe von Zugeständnissen, aber im Grunde doch nur die Alternative: "parteitreue" oder "parteifeindliche" Organisation. Die "Zusammenarbeit", wie die KPÖ sie sich vorstellt, impliziert daher das Diktat von Bedingungen: Verzicht auf Betriebsarbeit, reformistische statt "sektiererischer" HS-Politik, Einstellen der Revisionismuskritik, keine organisatorischen Maßnahmen gegen die Revisionistenfraktion um Graber-Ehmer (-Rasp). Diese Bedingungen, mehrmals klar von Seiten der KPÖ ausgesprochen, sind aus ihrer Sicht logisch, denn eine revolutionäre Partei könnte in der Tat nicht "gleichberechtigt" sein mit einer Studentenorganisation. Dabei fällt jedoch das wesentliche Moment heraus, daß das Verhältnis KPÖ-MLS nicht das von "Partei und Studenten" ist, sondern von revisionistischer Partei und m.l. Studentenorganisation. Deshalb sind diese Bedingungen für uns nicht annehmbar, sie würden den Verrat an unseren Aufgaben als Marxisten-Leninisten bedeuten. Wir haben das von Anfang an klar zum Ausdruck gebracht. Daß wir diese Zusammenarbeit ablehnen, gilt der KPÖ als Ablehnung jeder Zusammenarbeit. Gen. Wimmer hat daher seit kurzer Zeit eine spalterische Tätigkeit entfaltet, die von seiten der KPÖ auch den organisatorischen Bruch bedeutet. MLS-Linz, RSB Mödling wurden die "Distanzierung" von uns (inoffiziell) abverlangt, Erpressungsversuche gegen Genossen unternommen, der Ausschluß von Genossen aus der KJÖ (als "Vergeltungsmaßnahme") angedroht.
Eine wesenliche Rolle bei der gegenwärtig laufenden Anti-MLS-Hetze spielen die Revisionisten, die heute ausgeschlossen wurden. Die KPÖ ist damit praktisch zum Aufbau einer Gegenorganisation übergegangen.

4) Die Entscheidung der MLS-Wien, an der bisherigen Politik festzuhalten und sich den Bedingungen der KPÖ nicht zu beugen, beruht allgemein auf der Einschätzung der KPÖ als revisionistisch, was auch die Notwendigkeit der selbständigen politischen Arbeit der MLS impliziert. Denn erst auf dieser Basis stellt sich das Problem, unter welchen Bedingungen eine m.l. Organisation mit ihr zusammenarbeiten kann. Handelte es sich dagegen bloß um schrittweise beseitigbare revisionistische Tendenzen, müßten wir

eine ganz andere Taktik einschlagen, intensiv den Transformationsprozeß in der Partei unterstützen und keinen Wert auf unsere völlige politische Selbständigkeit legen.

5) Durch eine solche "Zusammenarbeit" im Sinne der KPÖ würde die politische Arbeit der MLS blockiert.

Durch die "Zusammenarbeit" im Sinne der KPÖ würde die politische Arbeit der MLS blockiert. Die selbständige Betriebsarbeit wäre überhaupt unmöglich. Die ideologische Arbeit hätte den Plafond erreicht, die Revisionismuskritik (nicht nur an der KPÖ, sondern auch an der FÖJ z.B.) könnte nicht weiterentwickelt werden, sondern müßte sogar "zurückgenommen" werden. In der HS-Politik resultiert aus dem Standpunkt der Partei eine grundsätzlich andere Linie, der unseren z.T. entgegengesetzt. Die MLS würde faktisch immer wieder in die Rolle der "Bündnisorganisation im HS-Bereich" gedrängt. Schließlich würde durch das unter solchen Verhältnissen nicht zu verhindernde permanente Einströmen von Revisionisten die politische Arbeit der MLS gelähmt und behindert. Die ganze Misere würde sich immer nur reproduzieren und irgendwann entweder erst recht zum Bruch oder zum Abgleiten in den revisionistischen Sumpf führen.

6) Unsere Erfahrungen des letzten Jahres und ihre Rolle.

Die Entscheidung, eine solche "Zusammenarbeit" nicht zu akzeptieren, hängt natürlich mit unseren Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der KPÖ im letzten Jahr zusammen, aber sie basiert nicht ausschließlich auf ihnen. Man kann die politische Linie nicht durch Verallgemeinerung solcher bornierter Erfahrungen, also induktiv, gewinnen. Daß die KPÖ nur eine Scheinperspektive über die HS hinaus darstellte, daß vermittelt über sie keine revolutionäre Betriebsarbeit und kein "Kontakt" zum Proletariat möglich waren, waren sicher treibende Momente der Entwicklung. Aber unsere Entscheidung kann nicht allein mit solchen negativen Erfahrungen begründet werden, sondern sie beruht auf der theoretischen Gesamteinschätzung der KPÖ, ihres Revisionismus, der Unmöglichkeit, historische Prozesse "schrittweise" nach rückwärts ablaufen lassen zu können.
Sie ist insofern keine bloße pragmatische Entscheidung. Die Argumente, "unsere Erfahrungen" seien halt einseitig gewesen oder 1 Jahr Erfahrungen reichen nicht aus, sind daher prinzipiell falsch. Die Genossen, die sie erheben, werden darüber hinaus feststellen, daß ihre z.T. positiven Erfahrungen kurzlebige Zugeständnisse waren. Unsere Erfahrungen sind noch insofern wichtig, als wir jetzt realistisch einschätzen können, daß wir durch den Bruch nicht allzuviel verlieren.

7) Der Ausschluß der Revisionisten und seine Folgen

Wir sind uns im klaren darüber, daß der Ausschluß der Revisionisten für die KPÖ den formellen Vorwand liefert, um den Bruch auch offiziell zu vollziehen. Das ändert nichts an der faktischen Entwicklung des Verhältnisses KPÖ-MLS. Der Ausschluß ändert allerdings viel an den Arbeitsmöglichkeiten der MLS!
Der erste Schritt nach Ende der lähmenden Auseinandersetzungen mit den Revisionisten wird die weitere Entwicklung der politischen Linie der MLS sein, in der HS-politik die Fertigstellung des Materials zur HS-Strategie, in der Betriebsarbeit die Überwindung der Handwerklerei und die Entwicklung längerfristiger Perspektiven der Betriebsarbeit, in der Revisionismuskritik die Entwicklung einer umfassenden KP-Kritik.

8) Die Bundesländerorganisationen

Den faktischen Bruch hat die KPÖ spätestens vollzogen, seit Genosse Wimmer die Bundesländerorganisationen und andere Stützpunkte gegen die MLS-Wien richten will und zur "Distanzierung" auffordert. Dabei nützt er die relative organisatorische Schwäche dieser Gruppen, ihren rela-

tiv niederen Diskussionsstand und auch das Fehlen bestimmter Erfahrungen aus. Gerade weil die theoretische und praktische Entwicklung Wiens dort nicht in wenigen Tagen nachvollzogen werden kann, haben wir die Bundesländerorganisationen nicht vor "Entscheidungen" gestellt, oder ihnen eine KPÖ-Kritik oder explizite Solidarisierung abverlangt. Es geht uns nicht um Bekenntnisse, sondern um politische Einsichten. Der KPÖ geht es aber um Bekenntnisse. Sie wollen ihre "Distanzierung" haben. Wir werden dieser Spalterpolitik nicht tatenlos zusehen. Erster Schritt dazu ist es, in Wien klare Verhältnisse zu schaffen, um die jetzt festgelegte Linie auch in die Bundesländer zu tragen. Die notwendigen Diskussionsprozesse, Differenzierungen und Einsichten können keine noch so geschickte Taktik Wimmers und keine zeitweiligen Zugeständnisse seitens der KPÖ verhindern.

---

1. DOKUMENT DER REVISIONISTENFRAKTION

Erklärung der Genossen ... (11 Genossen, die am 16.12.71 ausgeschieden bzw. ausgeschlossen wurden) ... zur Mitgliedervollversammlung am 16.12.71

Die Grundlage der politischen Auseinandersetzung in der MLS ist die verschiedene Haltung zu den Beschlüssen der Vollversammlung vom Nov. 1970. Wir, die unterzeichneten Genossen, haben unser Auftreten innerhalb der MLS danach bestimmt, den zentralen Punkt der Beschlüsse der Vollversammlung in der Praxis der MLS zu konkretisieren: nämlich die Kooperation mit der KPÖ, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten, verbunden mit der Kritik revisionistischer Tendenzen und sonstiger Mängel der KPÖ. Damit gerieten wir in Widerspruch zur Mehrheit der MLS, deren Politik sich durch das schrittweise Abrücken von den Beschlüssen der Vollversammlung bestimmte. Die Kooperation dit der KPÖ wurde ersetzt durch die ständige Distanzierung von der KPÖ, der Kampf gegen revisionistische Tendenzen in der KPÖ wurde ersetzt durch die pauschale Verurteilung der KPÖ als insgesamt und hoffnunfslos revisionistisch. Die politische Perspektive der Mehrheit der MLS besteht nun darin, durch "Bildung von revolutionären Kernen im Proletariat" die Bedingungen für den Aufbau einer eigenen Partei zu schaffen. Die Arbeit an den Hochschulen wird diesem Ziel untergeordnet.

Es kann keine Illusion über die Konsequenzen dieses Kurses geben: völliges Nachgeben gegenüber dem naturwüchsigen studentischen Antikommunismus, Abbruch der Beziehung zur KPÖ auf allen Ebenen, damit Isolierung von der einzigen relevanten revolutionären Kraft des österreichischen Proletariats, damit völlige Anpassung an den kleinbürgerlichen Sumpf der "linken" Studentenbewegung.

In welcher Form auf der MV vom 16.12.71 mit den Genossen, die sich dem neuen politischen Kurs der MLS widersetzten und für die Kooperation mit der KPÖ eintreten, verfahren wird, ist gleichgültig. Ob sie explizit ausgeschlossen werden, ob sie mit dem Vorwurf der Nichtaktivität (Aktivität im Sinn des neuen Kurses der MLS) nicht in die neuen Mitgliederlisten aufgenommen werden, ob einzelnen von ihnen das Verbleiben in der MLS gestattet wird:

die einzige Funktion der MV ist, die politische Auseinandersetzung innerhalb der MLS zu beenden, das heißt, jeden Widerstand gegen den von der Leitungsmehrheit eingeschlagenen Kurs des Bruchs mit der KPÖ zu zerschlagen.

Mit der MV vom 16.12.71 zieht die Mehrheit der MLS die Konsequenz des bereits praktisch erfolgten Bruchs mit der KPÖ. Es liegt nun an den Genossen innerhalb der MLS, die nach wie vor für die Kooperation mit der KPÖ eintreten, wie auch an der KPÖ selbst, ihrerseits die Konsequenzen zu ziehen.

Ausschlußantrag gegen die Genossen ...
(5 Genossen)

Diese Genossen sind Vertreter und Repräsentanten der revisionistischen Linie, die sich seit Juni 1971 in allen wichtigen Fragen gezeigt hat. Die anderen Revisionisten, die gemeinsam mit den Genossen ... (5 Genossen) eine Fraktion bildeten, haben sich selbst absentiert, wurden gestrichen, und brauchen daher nicht ausgeschlossen zu werden.
Die Auseinandersetzung mit den Revisionisten resumierte sich stets in der Frage des Verhältnisses zur KPÖ, basierend auf der Einschätzung der KPÖ. Diese Frage wurde auch von ihnen selbst zum Springpunkt der ganzen Auseinandersetzung gemacht. Ihre Haltung zur KPÖ haben sie nochmals im Papier "Thesen zur neuen Politik der MLS", 11.12.1971, festgelegt. Sie übernehmen die revisionistischen Positionen der KPÖ, streiten den Sinn der Revisionismuskritik überhaupt ab, ("Falsch ist die Fragestellung insgesamt: ist die KPÖ revisionistisch oder revolutionär. Die KPÖ ist eine potentiell revolutionäre Partei, die nach dem 21. Parteitag einzelne Schritte setzte und setzt, ihrem Anspruch gerecht zu werden."), verstehen Zusammenarbeit mit und prinzipielle Kritik an der KPÖ als Gegensätze und zeigen damit, daß ihre "Zusammenarbeit" auf ideologische Unterordnung hinausläuft. Von ihren revisionistischen Positionen aus erscheint dann konsequent die ganze Entwicklung der MLS als "parteifeindliche Tendenz", die Selbständigkeit erscheint als "Parteiinitiative" usw. Sie verstehen an der Entwicklung der MLS seit Nov. 1970 absolut nichts (wie insbesondere das Papier: "Zur Arbeit der Kommunisten an den HS" vom 20.10.1971 zeigt). Sie streben auch die praktische Unterordnung der MLS unter die KPÖ-Politik (Wahlkampf, Tarifkampagne der KJÖ etc.) an. Die Auseinandersetzung um den Charakter der KPÖ konnte noch partiell eine Auseinandersetzung mit diesen Genossen sein, die Entwicklung der politischen Linie der MLS in Zukunft könnte nicht einmal mehr gegen sie erfolgen, denn sie haben keinen Zugang zu diesen Problemen.
In der Frage der KPÖ zeigt sich der Revisionismus dieser Genossen krass. Ebenso zeigt er sich in der Hochschulpolitik, wo ihre Position im Papier vom 20.10. dargelegt ist. Dieses Papier stellt nicht nur theoretischen Unsinn dar, sondern propagiert eine opportunistische Linie in der Hochschulpolitik. Die Studenteninteressenvertretung wird propagiert, auch die der reaktionären, auf Privilegien gerichteten Interessen. "Hauptsächlich sind sie an einer materiell abgestützten Qualifizierung ihrer Arbeitskraft und einer gesicherten Berufsperspektive interessiert. Hier geraten sie in Widerspruch zu den Interessen der Monopole, die gerade Intellektuellen immer weniger eine sichere Zukunft bieten können, und die auf eine möglichst billige Ausbildung Wert legen." Als Ziel fungiert die "Konstituierung der Studenten als antimonopolistische Schicht". Diese opportunistischen, an DKP und Spartakus orientierte Linie verhinderte nicht nur eine revolutionäre Hochschulpolitik, sondern auch die Erfüllung der anderen Aufgaben der MLS. Die MLS würde zur Bündnisorganisation der KPÖ im Hochschulsektor degradiert. ("Die MLS hat schlicht die Aufgabe, als Bündnisorganisation der Arbeiterpartei Bündnispartner zu gewinnen."). Nebenfunktion: intellektuelle Parteimitglieder zu rekrutieren. Durch diese Linie würde die Gesamtpolitik der MLS auf HS-Arbeit reduziert (Betriebsarbeit fällt heraus), die HS-politik selbst würde opportunistisch betrieben. Diese Linie hängt natürlich eng mit der Auffassung zusammen, die KPÖ sei eine revolutionäre Partei.
Auch in allen anderen Fragen, bei allen theoretischen Diskussionen (im Verlauf der September-Schulung etwa) vertraten diese Genossen revisionistische Positionen.
Durch ihre Positionen lämten sie die meisten Diskussionen, so daß am Ende des Sommer-Semesters die politische Arbeit der MLS nahezu gefährdet war. Zwar wurde in diesen Diskussionen ihr Revisionismus entlarvt, aber dafür konnten wirklich akute Probleme meist nicht produktiv diskutiert werden. Erst durch die zunehmende Isolierung in der MLS ging ihre Störtätigkeit allmählich zurück. Hand in Hand damit begannen sie gegen die MLS zu hetzen, in der KPÖ und außerhalb gegen uns

gerichtet Propaganda zu entfalten. Sie zogen sich (aufgrund ihrer Isolierung) faktisch aus der Arbeit der MLS zurück, hielten sich nicht an die Beschlüsse, verbreiteten interne Papiere außerhalb der MLS, beteiligten sich - weil eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich war - in keinem Punkt an der Arbeit der MLS, verweigerten z.T. aus politischen Gründen die Zahlung der Mitgleidsbeiträge, arbeiteten mit R. - obwohl er aus der MLS ausgeschlossen worden war - zusammen und legten sogar - was nur einen provokatorischen Akt darstellte - ein gemeinsames Papier vor, traten nach außen als eigene Fraktion in Erscheinung, betrieben "Vergeltungsmaßnahmen" der KJÖ gegen Genossen. Die beiden letzten Papiere haben auch nicht mehr den Charakter von Diskussionsbeiträgen, sondern von Plattformfragmenten einer neuen Organisation. Es gibt keinen Zweifel, welche Rolle ihnen im Plan der KPÖ zum Aufbau einer neuen Studentenorganisation zukommt. Diese Spaltertätigkeit ist allerdings nicht die Ursache des Ausschlusses. Sie ist aber von Bedeutung im Rahmen der Spalterpolitik des Genossen Wimmer seit kurzer Zeit, und weil sie die politische Arbeit beeinträchtigt. Eine Reihe von Problemen können erst produktiv diskutiert werden, wenn keine Revisionisten mehr in der Organisation sind. Es muß betont werden, daß ihr ganzes Verhalten seine Ursache in ihrer revisionistischen Position hat. Wir stellen daher den Antrag, diese Genossen wegen Revisionismus auszuschließen.

Mehrheitsfraktion der
Leitung der MLS

---

2. DOKUMENT DER REVISIONISTENFRAKTION

Zur Arbeit der Kommunisten an den Hochschulen (1.Teil)

1) Mit dem Übergang vom Konkurrez zum Monopolkpitalismus, zum Imperialismus, wurde die Polarisierung der Gesellschaft enorm vorangetrieben. Die Stellung der Zwischenschichten änderte sich. Immer neue Teile der Kleinproduzenten wurden in das Proletariat geworfen, immer breitere Schichten der Intelligenz zu Lohnempfängern gemacht. Die nationale Unterdrückung, die verschiedenen Formen des Kolonialismus lasten auf den breiten, überwiegend kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen der wenig entwickelten Länder. Die noch verbleibenden Kleinproduzenten in den entwickelten Ländern werden - bei formaler Wahrung ihrer Selbständigkeit - immer mehr zu Anhängseln der Monopole. Der Imperialismus entwickelt die in den Grundstrukturen des Kapitalismus schon angelegte Unterdrückung und Auspressung der Zwischenschichten zu einem massenhaft betriebenen System, in das zusehends auch der Staatsapparat und verschiedene parastaatliche Institutionen eingesetzt werden. Der Druck der Monopole schafft hier Bündnismöglichkeiten, die jenen der Phase des Konkurrenzkapitalismus weit überlegen sind.

2) Der Marxismus-Leninismus ist der Marxismus in der Epoche des Monopolkapitals. Ein sehr wesentliches Moment in der Theorie und Praxis m.l. Organisationen war und ist die Bündnispolitik Von Lenin exemplarisch an Hand der Bauern- und der nationalen Frage entwickelt, wurde sie zum festen Bestandteil der Strategie aller kommunistischen Bewegungen. Es gibt kein sozialistisches Land, wo der Bruch mit der Bourgeoisie als "rein proletarische" Revolution unter rein proletarischen Losungen stattgefunden hat. Überall existierten oft sehr umfassende Bündnisse, die oft sogar Elemente der nationalen Bourgeoisie (Volksdemokratien, China, Vietnam) einschlossen. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß erst

durch eine korrekte Bündnispolitik die sozialistische Revolution von einer Möglichkeit zur Wirklichkeit werden kann.

3) Die Studenten stellen als in Ausbildung befindliche Intelligenz ebenfalls eine Zwischenschicht dar, freilich eine Zwischenschicht besonderer Art. Die Hauptinteressen der Studenten können immer nur im Zusammenhang mit ihrem künftigen Beruf gesehen werden. Hauptsächlich sind sie an einer materiell abgestützten Qualifizierung ihrer Arbeitskraft und einer gesicherten Berufsperspektive interessiert. Hier geraten sie in Widerspruch zu den Interessen der Monopole, die gerade Intellektuellen immer weniger eine sichere Zukunft bieten können, und die auf eine möglichst billige Ausbildung Wert legen. Bildungsfragen sind Machtfragen. Das Interesse der Arbeiterklasse an der Brechung des Bildungsprivilegs ist wohl mit den materiellen Interessen der Studenten zu vereinbaren, nicht jedoch mit den Bildungszielen der Monopole.

4) Kommunisten haben an der HS die Aufgabe, die Konstituierung der Studenten als antimonopolistische Schicht voranzutreiben und dabei die Studenten zum Bündnis mit der Arbeiterbewegung (nicht mit den Kategorien der Arbeiterbewegung, sondern mit der aktuell vorhandenen wirklichen Bewegung) zu bringen. Haupthindernis dabei sind die diversen Spielarten des rechten und "linken" Antikommunismus und Antisowjetismus.

5) Der Kampf der Kommunisten an den Hochschulen hat einen weiteren Aspekt: Gewinnung komm. Kader. Die in der Studentenorg. geschulten und organisierten Kader müssen zu Kadern der kommunistischen Partei gemacht werden, d.h.: Integration der politisch entwickeltsten Studenten in die reale Arbeiterbewegung.

Zur Strassenbahntarifkampagne in Wien Dez. 71. Analyse u. Kritik

I.

Für den Prozeß der Transformation der VDS in die MLS war die Kritik der kleinbürgerlich-moralischen und liberal-demokratischen Praxisansätze der Wiener Studentenbewegung sehr wesentlich.
Der Anspruch, "auf dem Standpunkt des Proletariats zu stehen", d.h. die eigene Politik nach den Erfordernissen der Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes auszurichten, wurde bisher jedoch fast ausschließlich nur theoretisch eingelöst, insofern wir ausgehend von der Rezeption zentraler Kategorien des Marxismus-Leninismus und der Aufarbeitung empirischen Materials eine Klärung bestimmter grundlegender Fragen in Angriff nahmen (z.B. Einschätzung der Sozialdemokratie, der KPÖ).
Die Versuche, dem zitierten Anspruch gerecht zu werden, gingen bisher kaum über den innerorganisatorischen Rahmen bzw. den Rahmen unserer beschränkten Tätigkeit an den Hochschulen und der Teilnahme an den Verschiedenen studentischen Kampagnen (Antiimperialismus, Antimilitarismus) hinaus. Unabhängig von (oder besser: trotz) der Diffamierung der MLS durch die theoriefeindliche FÖJ als Debattierclub der Dogmatiker entwickelte sich - besonders im Zusammenhang mit den Diskusionen um die KPÖ - in zunehmenden Maß das notwendige Bedürfnis, die Phase der rein theoretischen Kritik von schon vorhandenen Praxisansätzen zu überwinden, um nun in der Entwicklung einer selbständigen politischen Praxis Alternativen aufzuweisen, sozusagen "praktische Revisionismuskritik" zu leisten. Die relativ fortgeschrittene ideologische Vereinheitlichung und organisatorische Festigung der MLS im vergangenen Jahr hatte die Inangriffnahme dieser Aufgabe zu Beginn des WS 1971 ermöglicht.
Die Straßenbahntarifkampagne (in der Folge: STK) vom Dezember war der erste Versuch der MLS, vom proletarischen Standpunkt aus eine Kampagne anzuleiten, die einerseits unmittelbar auf die Lebensbedingungen des Proletariats bezug nimmt, sich andererseits von der Anlage und Durchführung her von den traditionellen Kampagnen der studentischen Linken hätte unterscheiden sollen.
Dementsprechend wurde die STK von der Wiener studentischen Linken auch als "Bewährungsprobe" für die MLS und ihr Scheitern - moralisch - als "Versagen" der Organisation verstanden, wobei der Mißerfolg nicht politisch und theoretisch, sondern größtenteils nur aus technischen

Schwächen und der mangelnden Einsatzbereitschaft erklärt wurde. Wenn hier versucht wird, die Rolle der MLS bei der STK selbstkritisch zu überdenken, so geschieht das jedoch nicht primär deshalb, um frustrierte Sympathisanten versöhnlicher zu stimmen, sondern weil im Verlauf der Kampagne einige Fragen aufgetaucht sind, die für die künftige Ausrichtung der Politik der MLS von entscheidender Bedeutung sind.

II.

Die Reaktion der studentischen Linken auf die Ankündigung der Tariferhöhung der Wiener Stadtwerke Verkehrsbetriebe durch die Gemeinde entsprach ihrer Situation gegen Ende 71.
Der Bankrott des VSStÖ, der in der Isolation, politischen Zersplitterung und Praxisabstinenz des linken Flügels ("Marxistische Kritik") einerseits, der endgültigen Rückkehr der Rechten in die Arme der Sozialdemokratie andererseits seinen Ausdruck fand, und die totale Versumpfung der FÖJ haben folgenden Prozeß der Polarisierung unter den linken Studenten zur Folge gehabt:
der sich politisch entwickelnden und organisatorisch festigenden MLS steht eine fluktuierende Anzahl unorganisierter Linker gegenüber, Teilnehmer etwaiger Demonstrationen und Kampagnen Besucher von Teach-Ins, die sich höchstens zeitweilig zu Arbeitskreisen und Basisgruppenexperimenten zusammentun.
Bei vielen von ihnen wird das Unbehagen über den Verfaulungsprozeß der eigenen politischen Praxis überspielt durch den Wunsch, "ins Proletariat zu gehen", ohne daß Zielvorstellungen, Bedingungen und praktische Fragen hinreichend geklärt, bzw. oft überhaupt erst gestellt worden wären.
Der Gedanke an die Durchführung einer STK war also aus mehreren Gründen für die Linke attraktiv: für die MLS, um in der Entwicklung selbständiger politischer Praxis außerhalb des Hochschulbereichs Erfahrungen zu sammeln und in der Kampagne exemplarisch Revisionismuskritik zu üben.
Für die vereinzelten übrigen Linken (insbesondere die in Arbeitskreisen aufgelösten Restbestände der FNL), um nun (endlich!) in Kontakt mit Arbeitern zu gelangen und über diese Kampagne irgendwie den Aufbau von Betriebsgruppen initiieren zu können. Einige Genossen von der FNL und die MLS waren, - so schien es zumindest - die einzigen, die gemeinsam kurzfristig die politische Einheitlichkeit der Kampagne auf sozialistischer Basis garantieren konnten.
Die FÖJ beteiligte sich nicht daran, obwohl sie vorher wirre Gerüchte (Rote-Punkt-Aktion etc.) ausgestreut hatte. Spartkus war nach der aktionistischen Besetzung eines Straßenbahnwaggons durch das Versteckspiel mit der Polizei an der Beteiligung gehindert. Das Fehlen dieser beiden Organisationen hatte - gemessen an den übrigen Aktionen der Vergangenheit, aber auch n u r daran - einen verhältnismäßig großen Anstieg im Niveau der geführten Diskussionen zur Folge (es wurde eben einmal politisch diskutiert).
Die KJÖ - Leitung hatte kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der MLS, nachdem die KJÖ ja ohnehin schon 6000 Unterschriften gesammelt hatte und die Überreichung dieser Unterschriften an den Stadtrat Nekula in ihren Augen den erfolgreichen Abschluß der Kampagne gewährleisten würde (Bei dieser "Kundgebung vor dem Büro Nekulas hatte die KJÖ 500 Teilnehmer erwartet. Es erschienen ca. achtzig, fast alle Parteimitglieder. Die Leitung der KJÖ und die Wiener Stadtleitung der KPÖ halten "ihre Tarifkampagne" für einen Erfolg). Trotzdem ergaben sich während der Vorbereitung der Kampagne einige Kontakte zu Basisaktivisten der KJÖ, die in der Folge von der Bundesleitung eine Weiterführung der Aktionen nach der Linie der MLS verlangtn, sich aber nicht durchsetzen konnten.

Auf einem, von MLS und FNL gemeinsam veranstalteten Teach-In wurde die allgemeine Ausrichtung der Kampagne nach den von der MLS erarbeiteten Vorschlägen propagiert. Eine Aktivistenversammlung beschloß, vor zwölf ausgewählten Betrieben Flugblätter in Abstand von zwei bis drei Tagen zu verteilen, durch die v.a. die Losungen erklärt werden sollten. Für Jänner wurden vereinzelte Kundgebungen in Arbeiterwohnbezirken und eventuell eine Demonstration ins Auge gefaßt. Man war sich im großen und ganzen darüber einig, daß die Kampagne nicht die Verhinderung der Tariferhöhung zur Folge haben könne, maß dem jedoch keine allzugroße Bedeutung zu. Die in Westdeutschlandvon der Studentenbewegung entwickelte Kampfform der Roten-Punkt-Aktion und der Blockade der Straßenbahnen wurde aus technischen Überlegungen als nicht anwendbar abgelehnt. Das erste Flugblatt wurde zwei Tage nach dem Teach-In verteilt. Am Tag danach kam es zu den ersten weitergehenden Überlegungen über die Ausrichtung der Aktion, zwei Tage später wurde sie auf einer Aktivistenversammlung aufgrund unvereinbarer Widersprüche über Ziel und Inhalt als auch aufgrund schwerer technischer Mängel abgebrochen.

III.

Der Kampf gegen die Tariferhöhung ist kein Kampf der Arbeiterklasse für die Verteidigung des Preises der Ware Arbeitskrafft gegen den Versuch der Kapitalisten, ihn unter seinen Wert zu drücken. Er schließt nicht die Arbeiterklasse zusammen in ihrem gemeinsamen Kampf gegen das Kapital, sondern vereinigt die Käufer einer bestimmten Ware (Dienstleistung) gegenüber dem Verkäufer, der diese Dienstleistung monopolisiert; Ziel des und Ausweg aus dem Konflikt bietet die Entstehung einer (natürlich eben so profitwirtschaftlich orientierten) Alternative auf dem Markt: der Bruch des Monopols. In der "klassischen" Gestalt der STK, der westdeutschen Roten-Punkt-Aktion, wird dieser Inhalt durch die Kampfform selber deutlich. Mit Hilfe der Rot-Punkt-Autobesitzer wird ein eigener Konkurrenzbetrieb aufgebaut, das Monopolunternehmen boykottiert und dadurch die Rücknahme der Preiserhöhung erzwungen. Der Widerspruch zwischen den proletarischen Interessen, die - in dem von uns als Leitfaden herangezogenen Entwurf des SDS Heidelberg zur dortigen STK 1969 zumindest - als Anspruch der Roten-Punkt-Aktion vorschwebten und ihrer der Konsumsphäre notwendig verhafteten Wirklichkeit drückt sich darin besonders krass aus, daß durch die selbsttätige Aktion der "vom Standpunkt des Proletariats" ausgehenden revolutionären Intelligenz mit Hilfe der Rot-Punkt Verkehrsorganisation die Arbeiter täglich schön pünktlich morgens zur Stätte ihrer Ausbeutung durch die Kapitalisten transportiert wurden.
Durch einen solchen Kampf wird die wirkliche Ursache der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Massen nicht angegriffen. Der Arbeiter tritt hier dem Kapitalisten gegenüber "als Käufer auf, d.h. als Besitzer von Geld oder Kredit, und daher keineswegs in seiner Eigenschaft als Arbeiter, d.h. als Verkäufer von Arbeitskraft. Die Prellerei mag ihn, wie überhaupt die ärmeren Schichten, härter treffen als die reicheren Gesellschaftsklassen, aber sie ist nicht ein Übel, das ihn ausschließlich trifft, das seiner Klasse eigentümlich ist." (Engels, "Wohnungsfrage", MEW 18, p. 214/215)
In einem gewissen Grad war uns (ausgehend von der Analyse der Heidelberger Genossen vom Sommer 1969) der Widerspruch zwischen der erstrebten "proletarischen Linie" und dem marktverhafteten Charakter der Kampagne bei der Ausarbeitung unserer Richtlinien auch klar: durch den Trick, das Nahverkehrssystem zum Teil der Arbeitsbedingungen zu erklären, schien es uns gelungen zu sein, die Kampagn aus der Konsumsphäre heraus in

die Sphäre der betrieblichen Klassenkämpfe zu verlagern. Dabei wurden jedoch zwei wichtige Tatsachen übersehen:
Erstens geht es hier - eben durch die spezifische Organisation des Nahverkehrssystems - um den Preis einer Dienstleistung, auf deren Kauf der Arbeiter (wie alle nichtproletarischen Schichten auch) ebenso angewiesen ist wie auf den Kauf der Lebensmittel zu seiner unmittelbaren physischen Reproduktion. Unsere Losung "Fahrtzeit ist Arbeitszeit" ist daher analytisch ebenso falsch wie es die Behauptung wäre, daß die für Schlaf und Essen verwendete Zeit "Arbeitszeit" sei.
Zweitens setzt die Argumentation "der Arbeiter fährt ja nicht zu seinem Vergnügen in den Betrieb, sondern um dort ausgebeutet zu werden" - eben das voraus, was durch die Kampagne vermittelt werden soll: proletarisches Klassenbewußtsein, Bewußtsein vom antagonistischen Charakter des Gegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das Verständnis der zitierten Formulierung setzt das Durchbrechen des Lohnfetisch voraus, das Wissen um das Wesen des Lohns als Tauschgegenstand für den Wert der Ware Arbeitskraft.
In dem Paper "MLS:Tarifkampagne" heißt es zu Beginn:

"Die Tariferhöhung ist einer der Auswirkungen der Ausbeutung, des indirekten Lohnraubs, wie die Teuerung überhaupt. Der richtig geführte Kampf kann sich daher nicht bloß in der Konsumsphäre abspielen, wo die Ausbeutung durch die Tariferhöhung ebenfalls spürbar wird, sondern es muß gezeigt werden, wo die Ausbeutung ihren eigentlichen Ort hat: im Betrieb, in der Produktion. Der Kampf kann daher im Grunde nur dort geführt werden, jeder Kampf gegen Preissteigerungen ist illusionär, wenn er isoliert geführt wird. Die Preis- und Tariferhöhungen sind genau der Anknüpfungspunkt, um den Arbeitern klarzumachen, daß ihnen die Kapitalisten immer wieder über die Preise rauben, was sie sich erkämpft haben.. Der "fehlerhafte Kreislauf" kann nur durchbrochen werden, wenn der Kampf gegen Preis- und Tariferhöhungen integrales Moment des ökonomischen Kampfes wird.. Damit ist der Ort des entscheidenden Kampfes: der Betrieb und das Subjekt dieses Kampfes: die Arbeiterklasse angegeben. Unsere Kampagne muß so geführt werden, daß sie zum betrieblichen Klassenkampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten führt oder zumindest darauf verweist. Sie muß (zumindest theoretisch) über die Konsumsphäre hinausgehen. Sie muß eine Klassenspezifische Agitation sein, vom proletarischen Klassenstandpunkt ausgehen. Der Kampf muß zentral gegen die Kapitalisten orientiert werden - und wenn er sich kurzfristig gegen die Gemeinde Wien richtet, dann genau, um ihre Helferhelferdienste für das Kapital aufzuzeigen. Unsere Losungen müssen so sein, daß sie der Kampagne diesen Charakter aufprägen."

Was sich in der obigen Formulierung vom Arbeiter, der in den Betrieb fährt, um ausgebeutet zu werden, als Losung präsentiert wird hier deutlich ausgesprochen. Aus der r i c h t i g e n Feststellung, daß der Kampf gegen die Tariferhöhung sich nicht bloß in der Konsumsphäre abspielen darf und daß die Ausbeutung ihren eigentlichen Ort im Betrieb hat, wird f a l s c h gefolgert, daß der Kampf "daher (?) im Grunde nur dort geführt werden kann". Der Schluß liegt nahe: "Unsere Kampagne muß so geführt werden, daß sie zum betrieblichen Klassen kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten führt."
Besonders krass kam dieses aus der Studentenbewegung stammende Vorurteil in der Formulierung eines Genossen, der mit der MLS sympathisiert, heraus: er vertrat den Standpunkt, daß, da unmittelbar Konflikte im Produktionsbereich nicht zu erwarten wären, die revolutionäre Intelligenz über Konflikte in der Sphäre der Reproduktion (insofern in ihr proletarische Interessen erkennbar sind) Kampfaktionen der Arbeiterklasse in der Sphäre der

Produktion initiieren müsse.
Diese Auffassung wurde von der MLS zwar nicht geteilt, jedoch waren wir uns über das Verhältnis von Kampfaktionen, die von der organisierten Arbeiterklasse getragen werden und politischer Aufklärungskampagne keineswegs im klaren. Die ganze Anlage unserer STK suggerierte, daß es möglich sei, auch von einer Position außerhalb der Arbeiterklasse über Konflikte, die die Arbeiterklasse betreffen, Kampfaktionen im Produktionsbereich zu initiieren.
Der illusionäre Versuch, dem marktverhafteten, reformistischn Charakter der STK zu entgehen, indem voluntaristisch das Nahverkehrssystem zum Teil der Arbeitsbedingungen erklärt wird, d.h. das reale gesellschaftliche Verhältnis als Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer der Dienstleistung in der Kampagne zu vernachlässigen, führt zu einer Reihe von weiteren Fehlern.

"Der Kampf muß zentral gegen die Kapitalisten orientiert werden - und wenn er sich kurzfristig gegen die Gemeinde Wien richtet, dann genau, um ihre Helfershelferdienste für das Kapital aufzuzeigen."

Abgesehen von der schiefen, das Problem geradezu verschleiernden Formulierung (den Kampf "zentral gegen die Kapitalisten" zu richten heißt auch, gegen sie als Klasse und ihre Agentur auf politischer Ebene zu kämpfen) muß doch festgestellt werden, daß die Verkehrsbetriebe eben nicht im unmittelbaren Interess der Einzelkapitalisten geführt werden daß der reale Gegner in der spezifischen Frage die Gemeinde ist und im Bewußtsein der Massen auch so erscheint. Die Verkehrstarife sind Preise besonderer politischer Art und der Kampf gegen die Tariferhöhung ist ein Kampf gegen die Instanz, die über diese Preise entscheidet. Da, wie oben nachgewiesen, der Kampf gegen die Tariferhöhung ein dem Markt notwendig verhafteter Kampf zwischen Käufer und Verkäufer einer Dienstleistung ist, erscheint auch die Funktion des Staates hier aus der Sicht des Konsumenten. So wird verhindert, daß der Staat in seiner Funktion als Garant der kapitalistischen Produktionsweise durch die Kampagne entlarvt wird: es kommt im Gegenteil zu einer Verfestigung der Sozialstaatsillusion durch den Apell an den Staat, in seiner "Fürsorgefunktion für das Allgemeinwohl", der er in diesem spezifischen Fall halt nicht nachgekommen sei.
Der Widerspruch zwischen dem reformistischen Grundcharakter der STK und dem Anspruch, sie vom Standpunkt des Proletariats ausgehend politisch anzuleiten, ist innerhalb der Kampagne und durch die Kampagne beim gegenwärtigen Stand der eigenständigen ökonomischen und politischen Artikulation der Arbeiterklasse nicht aufzulösen.
Das heißt keineswegs, daß ein Kampf außerhalb der Produktionssphäre vom proletarischen Standpunkt aus nicht zu führen sei. Die Bedingungen, daß ein solcher Kampf, der aus Konflikten in der Konsumsphäre herrührt, nicht zum Reformismus verkommt, liegen v.a. in seinem Zusammenhang mit dem (und nicht in seiner voluntaristischen Etikettierung als) gewerkschaftlichen Kampf zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten, dem Kampf um das Verhältnis von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit. Dieser Zusammenhang kann erst garantieren, daß ökonomische Forderungen an den Staat (die durchaus in diesem Bereich gestellt werden können und müssen), nicht einfach einen Wechsel im Angebot zur Folge haben bzw. nicht durch Verschärfung der Ausbeutung wieder ausgeglichn werden können. Dieser Zusammenhang mit dem gewerkschaftlichen Kampf der Klasse kann nicht von Studenten in ihren Aktionen quasie stellvertretend für das Proletariat postuliert werden, sondern muß von der Arbeiterklasse durch ihre organisierte Teilnahme erfahrbar sein. Unter diesen Bedingungen kann der Kampf gegen den Staat als politischer Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die massenfeindlichen Maßnahmen des idellen Gesamtkapitalisten geführt werden, unter dieser Voraussetzung können durchaus Bündnisse mit anderen

ohne daß die Kampagne dadurch ihren Klassencharakter verlieren, d.h. ins Fahrwasser der bürgerlichen Ideologie abgleiten muß.
Demnach lassen sich unsere Fehler wie folgt zusammenfassen:
Der Grundcharakter der STK wurde mangelhaft analysiert. Statt aus der notwendigen Bindung der Kampange an die Konfrontation mit der Staatsgewalt und an die Konsumsphäre ihre (für den proletarischen Klassenstandpunkt) notwendige, reale Verknüpfung mit dem gewerkschaftlichen Kampf der Klasse zu erkennen und daraus die Unmöglichkeit einer solchen (!!) Kampagne in der gegenwärtig vorherrschenden Phase der Klassenauseinandersetzung zu schließen, leugneten wir diese reale Bindung an die Konsumsphäre und an den Staat, indem wir voluntaristisch durch die bloße Etikettierung des Nahverkehrssystems als Teil der Arbeitsbedingungen die Kampagne als gewerkschaftliche Kampfaktion der Arbeiterklasse - quasi stellvertretend - zu führen versuchten. Real begaben wir uns dadurch jeder Möglichkeit, die Rolle der Gemeinde als Agentur des Gesamtkapitalisten zumindest in der Propaganda und Agitation exemplarisch zu behandeln und trugen damit zur Entpolitisierung des Konfliktes bei.
Es ist klar, daß politische Aufklärung im Proletariat, die an allen Widersprüchen des Kapitalismus ansetzen sollte, eben nicht in einer mehr oder weniger isolierten und zufälligen Kampagne geschehen kann. Notwendig ist die Aufnahme umfassender, kontinuierlicher, auf der Grundlage einer noch auszuarbeitenden marxistisch-leninistischen Programmatik beruhenden ökonomischen und politischen Arbeit im proletarischen Bereich durch eine kommunistische Organisation, die hier von den Marxisten-Leninisten noch zu schaffen ist, verbunden mit der Schulung und Organisierung der fortschrittlichsten und bewußtesten Arbeitergenossen. Es ist die aktuelle Aufgabe der MLS und aller Marxisten-Leninisten, den Aufbau einer solchen Organisation zielstrebig in Angriff zu nehmen.

Das erste Flugblatt, die Verteilungsaktion vor den Betrieben und die ersten Diskussionen danach hatten bereits die Oberflächlichkeit und Mangelhaftigkeit der Vorbereitung der Kampagne vor Augen geführt. Ohne jedoch grundsätzlich über den Charakter und die Funktion einer STK zu diskutieren, versuchten wir zuerst Möglichkeiten herauszufinden, um sie in modifizierter Form weiterführen zu können. Im Verlauf der Diskussion bildeten sich zwei Richtungen heraus die jeweils an den zwei einander widersprechenden Elementen des ursprünglichen Entwurfes anknüpften. Die einen bezogen sich auf die Ausrichtung der STK gegen die Einzelkapitalisten, auf den gewerkschaftlichen Kampf. Es komme jetzt primär darauf an, den ökonomischen Kampf der Arbeiter in den Betrieben anzuleiten, da die Sozialstaatsillusion von der Arbeiterklasse erst auf einer sehr hohen Stufe der Entwicklung der ökonomischen Klassenkämpfe durchbrochen werden könne. Politische Aufklärungsaktio nen über die Rolle des Staates seien zur Zeit voluntaristisch und sinnlos. Die Weiterführung der Aktion sei nur unter der Prämisse sinnvoll, daß von der Argumentation gegen den ideellen Gesamtkapitalisten weitgehendst abgesehen und das Hauptaugenmerk auf die Aufnahme von Kontakten mit Arbeitern zwecks betriebsspezifischer Informationsgewinnung gelegt werde. Das impliziere eine Konzentration der Flugblattverteilung auf einige wenige ausgewählte Betriebe, in denen man dann, auf Grund der erhaltenen Informationen, mit der betriebsspezifischen ökonomischen Agitation beginnen solle.
Die zweite Position ging davon aus, daß die Tariferhöhung ein Akt des ideellen Gesamtkapitalisten ist und im Bewußtsein der Arbeiter dieser Konflikt sich als einer zwischen der Gemeinde und der Bevölkerung darstelle.
Es sei voluntaristisch, vom Bewußtsein der Arbeiterklasse von diesem Konflikt einfach zu abstrahieren und - in diesem konkreten Vorfall nur auf den Antagonismus zwischen Lohnarbeit und

Kapital im einzelkapitalistischen Verhältnis Bezug zu nehmen. Diese Position hätte den Ansatz für eine richtige Einschätzung unserer Möglichkeiten zur (propagandistischen) politischen Intervention in diesem Konfliktfall geboten. Es gelang den Genossen jedoch einerseits nicht, den wesentlichen Unterschied zwischen einer politischen Aufklärungsaktion im Proletariat und dem Versuch der Initiierung von Kampfaktionen der Arbeiter (die sich an konkreten Forderungen entfalten) herauszuarbeiten, andererseits waren sic auch nicht in der Lage, die Fehler in der Anlage der Kampagne aufzuweisen. Die Diskussion blieb an der Oberfläche stecken. Die Kampagne wurde abgebrochen, ohne daß es uns kollektiv gelungen wäre, die Fehler selbstkritisch einzuschätzen.

K.P.Schwarz

Der Nixon-Besuch in China

Vorbemerkung

Der rachfolgende Text war als Flugblatt der MLS gedacht. Selbst die kursorische Behandlung bloß der unmittelbar anfallenden Grundfragen sprengte aber den Rahmen eines Flugblattes. Weil sich der Text zudem in erster Linie an einen beschrankten Teil von Genossen richtet und keine Möglichkeit der selektiven Verteilung bestand, drucken wir ihn statt dessen hier ab.

Wir nehmen eine grundsätzlich andere Haltung zur VR China als zur Sowjetunion ein. Während in der Sowjetunion die "kapitalistische Linie in der Übergangsgesellschaft" sich durchgesetzt hatund der Kapitalismus (wenn auch nicht in genau denselben Formen wie hierzulande) restauriert wird, wird in der VR China der Sozialismus aufgebaut. Gerade die Kulturrevolution riß das Land aus der stets drohenden Gefahr,auf den kapitalistischen

Weg abzugleiten. Der prinzipielle Gegensatz der beiden Linien äußert sich auch in der Außenpolitik. Die Außenpolitik der VR China hat nicht die Prinzipien von 1963 (Polemik über die Generallinie) fallengelassen, sondern beruht auf einer anderen Einschätzung der Widersprüche in der Weltarena, nämlich auf der Einschatzung der SU als kapitalistisch und "sozialimperialistisch". Zwar sind die Gefahren, die von der SU unmittelbar für die Weiterfuhrung der chines. Revolution ausgehen, genauso real wie die, die von den imperialistischen Staaten ausgehen. Aber das reicht keinesfalls hin, um der SU den Charakter eines kapitalistischen (und daher "sozialimperialist") Systems zuzuschreiben. Es wird zu diskutieren sein, wie weit die Restauration des Kapitalismus in der SU tatsachlich fortgeschritten ist - und wie sich die Einschatzung der chines. Genossen in ihrer außenpolitischen Strategie äußert (z.B. in Nigeria, im Sudan, in Indien, in Ceylon...). Im Gegensatz zur chines. Außenpolitik, deren Fehler rücksichtslos zu kritisieren sind, die aber nicht eine prinzipiell auf die "Verständigung" mit dem Imperialismus gerichtete Politik ist, ist auch die Grundlinie der sowjet. Außenpolitik keineswegs auf den Fortschritt der Weltrevolution gerichtet.

Die Analyse der zwei Wege in der Übergangsgesellschaft ist genauso voranzutreiben wie die Analyse der Außenpolitik der VR China einerseits, der SU andererseits.

Wir sind gegenwärtig noch nicht in der Lage, etwa die Politik der VR China im Sudan oder im Krieg zwischen Indien und Pakistan fundiert einzuschatzen. Fest steht, daß die Revisionisten aller Lander den indischen Kolonialismus in Bengalen unterstützen, weil ihnen das reaktionäre indische Regime als "fortschrittlich", weil mit der SU verbündet, gilt und sie es sogar hochjubeln. Die "Volkstimme" stellte die indische "Neutralitatspolitik" als Vorbild für Österreich hin - ein paar Wochen vor der Aggression in Bengalen. Dange, der Vorsitzende der an Moskau orientierten revisionistischen indischen KP, lobte schon vor Jahren die indische Regierung für ihre Aggressionspolitik gegen die VR China.

Manche Genossen stimmen jetzt in den Chor der ultralinken Schreier gegen die VR China ein, manche lassen sich durch die revisionistische Hetzpropaganda irreführen, manche geben ihr "ungutes Gefühl" für ihre politische Position aus. Wir werden die Entwicklung etwa in Bengalen untersuchen, die Außenpolitik der VR China prüfen und dann, wenn es sich als notwendig erweist, im Rahmen einer fundierten Einschatzung unsere Kritik vortragen.

Der Nixon - Besuch in Peking

Vor dem Hintergrund der umstrittenen chinesischen Außenpolitik der letzten 2 Jahre konnte der Besuch von Nixon in der VR China von der bürgerlichen Presse zum Ansatzpunkt wilder Spekulationen, von den Revisionisten zum Ansatzpunkt einer neuen Welle übelster antichinesischer Hetzpropaganda genommen werden. Die revolutionare Bewegung steckt in Osterreich noch in den Kinderschuhen, sie ist unerfahren, es ist daher kein Wunder, wenn Genossen in ihrer Haltung zur (Außenpolitik der) VR China,

insbesondere dem Nixon-Besuch, dem bürgerlichen und revisionistischen Druck nachgeben. Dies insbesondere dann, wenn sie ihr Verhältnis zur kommunistischen und zur revisionistischen Weltbewegung nicht klar definiert hatten.

Der Schritt der USA ist äußerlich Zeichen der relativen Schwäche des US-Imperialismus, der v.a. unter dem Druck der Niederlagen in Indochina zu einem partiellen Abgehen von seiner 20-jährigen Aggressions-u.Subversionspolitik gegen die VR China gezwungen ist. Die VR China dagegen strebte im Sinne der leninschen Politik der friedlichen Koexistenz schon immer gegeseitige Beziehungen aufgrund der "5 Prinzipen" (Achtung der territorialen Integritat und der Souveränitat, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens)an. Daher ist die "Normalisierung" der Beziehungen zwischen den USA und der VR China ein außenpolitischer Erfolg des chines. Volkes. Ohne irgendein Zugestandnis seitens der VR China mußten die USA in ihrer aggressiven antichines. Politik zurückstecken und den durch die Siege der Völker Indochinas verä nderten Kräfteverhältnissen Rechnung tragen. Die formelle Anerkennung der "5 Prinzipien" seitens der USA drückt diese relative Schwache des US-Imperialismus aus. Aber die VR China macht sich nicht - wie die Revisionisten - Illusionen über die mögliche Verwandlung des Imperialismus in ein friedliches System. Am Charakter des Imperialismus hat sich durch seinen partiellen Rückzug nichts geandert. Die USA haben sogar ihre Aggression gegen das vietnames. Volk angesichts der erwarteten Offensive des Vietkong verstärkt. Sie können die Völker nicht tauschen, indem sie demagogische "Friedenspläne" lauthals verkünden und zugleich mit dem Abzug von Landtruppen die Luftkriegsführung verstärken. Die Farce dieses "Rückzugs", die sogenannte "Vietnamisierung" des Krieges ist bereits gescheitert und entlarvt. Auch der Versuch, den US-"Rückzug" aus Taiwan mit der (ohnedies für die USA nicht zu verhindernden) politischen und militarischen Stärkung des japan. Imperialismus in diesem Raum zu verbinden, wird entlarvt werden.

Die bürgerlichen Massenmedien mußten das wirkliche Problem verschleiern. Sie konnten auf ideologischem Gebiet nicht der realen Politik des US-Imperialismus nachziehen, sie mußten die in jahrelanger antichinesicher Hetze aufgebauten Vorurteile retten und zugleich den Schritt der USA verteidigen. Sie verwickelten sich dabei in heillose Widersprüche und ergingen sich in wilden Spekulationen. Ihre Haltung war daher schwankend und keineswegs einhellig.

Die Revisionisten mit der Sowjetregierung an der Spitze entfalteten die wütendste Hetze gegen die VR China seit der Zeit des endgültigen Auseinanderbrechens der kommunistischen Weltbewegung. Nach einer Zeit, in der sie meist zu subtilen Formen der Propaganda griffen, hat die Methode der Lügen und Verleumdungen einen neuen Höhepunkt erreicht. Schon lange wurden das Wesen und die Formen des Aufbaus des Sozialismus in China totgeschwiegen und verdreht. Schon lange sollte die Parole von der "Einheit der kommunistischen Weltbewegung" die wirkliche Politik der Sowjetführung, ihren antichines. Charakter, die Politik des Einkreisens (von Indien her) verschleiern. Aber selten griffen sie zu einer so schamlosen Lügenpropaganda wie die TASS in der letzten Zeit. Ebenso die "Volkstimme", die in dieser Hinsicht, in der Außenpolitik, nur eine Agentur der Sowjetregierung ist.

Wahrend die Revisionisten bis vor kurzem den chines. Genossen, die weder vor dem Kapitalismus kapitulierten, noch sich mit

ihnen verbündeten, Kriegslüsternheit vorwarfen, beschuldigen sie sie jetzt des Kapitulantentums und versuchen auf dem umgekehrten Weg, die eigene Politik als konsequent revolutionär, die der VR China aber als "kleinbürgerlich-nationalistisch", also durch prinzipienloses Schwanken bestimmt, hinzustellen.

Die Wahrheit ist, daß die "allseitige Zusammenarbeit" mit dem Imperialismus gerade das außenpolitische Programm der KPdSU bildet. Daß 1963 die KPCh in der "Polemik über die Generallinie" gegenüber der sowjetischen Linie in der friedlichen Koexistenz, die den Kampf zwischen imperialistischen und sozialistischen Ländern zum "Hauptinhalt der Weltgeschichte seit 1917" erklarte und tatsächlich die Kollaboration mit dem Imperialismus bedeutete, an der leninschen Linie in der Politik der friedlichen Koexistenz festhielt.
Die friedliche Koexistenz wurde von der KPCh als ein Moment einer korrekten Außenpolitik betrachtet, neben dem proletarischen Internationalismus, und nicht als die Generallinie. Nach Meinung der Sowjetrevisionisten sollte der Gegensatz zwischen Imperialismus und Sozialismus mehr und mehr zu einem "Kampf zwischen den Ideologien" reduziert werden, zum"Meinungsstreit". Auf politischem Gebiet aber sollte er durch die "allseitige Zusammenarbeit" mit den USA abgelöst werden. Ebenso auf ökonomischem Gebiet, wo die SU mehr und mehr als Konkurrent auf dem kapitalistischen Weltmarkt auftritt, es auch bereits Ansätze von Kapitalexport (nach Indien z.B.) und Kapitalimport (z.B. japanisches Kapital in Sibirien) gibt. Letzteres wird als "friedlicher Wettbewerb" ideologisiert. Diese antileninistische Politik wurde auch nach Chruschtschows Sturz auf dem XXIII. und XXIV. Parteitag der KPdSU bestätigt und bei der internationalen Beratung 1969 für die teilnehmenden KPs verbindlich gemacht.

Was die Sowjetrevisionisten der VR China vorwerfen ist nichts anderes als die Kapitulantenpolitik, die sie selbst, unter Friedens-u.Sicherheitsparolen versteckt, langst praktizieren . Die Hetze gegen die VR China hat auch die Funktion, von der genaueren Analyse der sowjetischen Außenpolitik abzulenken.

Die Stärke Chinas stört die Absichten der Sowjetrevisionisten, sich mit dem US-Imperialismus "zu verstandigen". Die SU und die USA, meinte Gromyko 1962, "sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg von Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen." In einer solchen Politik ist die VR China ebenso ein Störfaktor wie revolutionare Erhebungen, die notwendig der sowjetischen Kontrolle entgleiten. Zudem ist der Aufbau des Sozialismus in China die starkste praktische Revisionismuskritik an der sowjetischen Politik, die den "kapitalistischen Weg beschritten hat", d.h.an die Stelle de s Aufbaus des Sozialismus die schrittweise Restauration des Kapitalismus gesetzt hat.
Die Politik der Sowjetregierung gegeüber der VR China war und ist daher bestimmt durch den Versuch, China zu isolieren,alle anderen KPs gegen die KPCh zu hetzen. Sie umfaßte die ökonomische Blockade ebenso wie die politisch-militärische Einkreisung (z.B. von Indien her, das aufgrund ökonomischer Abhangigkeit ziemlich in der Hand der SU ist). Die chinesische Revolution ist so nicht nur vom amerikanischen und japanischen Imperialismus bedroht, sondern ebenfalls von Seiten der SU bzw.Indiens, dessen expansionistische Politik ein Faktor der antichinesischen Strategie der SU ist. Die objektive Lage Chinas erfordert, daß es diese Einkreisung durchbricht

und dazu Widersprüche im feindlichen Lager ausnützt. Es muß das schwachste Kettenglied packen und hier die Kette lockern oder durchbrechen. Das schwachste Kettenglied ist weder die SU noch der offensive japanische Imperialismus, sondern der durch die Schläge der Völker Indochinas geschwächte US-Imperialismus.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Konstellation, v.a. angesichts der Gefahren, die der chinesischen Revolution noch immer von außen drohen, wird sowohl das Interesse der VR China an der "Normalisierung" der Beziehungen zu den USA und der Nixon-Besuch verstandlich, wie auch die wütenden Angriffe seitens der Sowjetregierung und überhaupt des revisionistischen Teils der Weltbewegung. Gegenüber deren Verleumdungen betonen wir, daß der Versuch, die gegenseitigen Beziehungen zu "normalisieren" eine korrekte Politik ist.

Was war der Inhalt der Verhandlungen, was sind ihre Ergebnisse? Denn darauf kommt es an und nicht auf das lächelnde oder finstere Gesicht Tschu En-Lais,-das den Stoff der bürgerlichen Presse bildete.Die Revisionisten warfen der VR China v.a. den Verrat an den Interessen der Völker Indochinas vor. Sie würde mit den USA auf dem Rücken der Völker Indochinas die Lage in Indochina "entspannen" wollen. Erklärungen der nordvietnamesischen und nordkoreanischen Kommunisten wurden "schöpferisch" interpretiert als Kritik des Nixon-Besuches und als Angriffe gegen die VR China.Selbst wenn in den Erklarungen der DRV und der KVDR versteckt solche Bedenken angemeldet wurden, sagte dies noch lange nicht, daß sie sich als zutreffend erweisen. Inzwischen ist bekannt(und das außert sich auch im Kommunique), daß die VR China keinerlei Konzessionen bezüglich Indochina oder Korea machte. Auch Nixon-Erklärungen sollten den revisionistischen Vorwurf untermauern; es war der meist verwendete demagogische Trick in der revisionistischen Propaganda, von den zweifellos gegen die Völker Indochinas gerichteten Interessen der USA ausgehend vermittelt über die behauptete Übereinstimmung zwischen USA und VR China "in allen wichtigen politischen Fragen" (TASS) der VR China diese konterrevolutionären Interessen zuzuschieben. Der revisionistische Vorwurf ist aber fatal, denn ist es nicht gerade die Sowjetregierung, die in aller Welt die Lage auf dem Rücken der Völker "entspannen" will, die z.B. gegen die revolutionäre Erhebung des palästinensischen Volkes Hand in Hand mit den USA den "Frieden" durchsetzen wollte und zum Handlanger bei der zeitweiligen Niederschlagung der palastinensischen Revolution wurde? Der Vorwurf ist fatal, weil man nur die sowjetische Position zu Indochina mit z.B. dem letzten gemeinsamen Kommunique des ZK der KPCh und des ZK der nordvietnamesischen Kommunisten (Peking Rundschau 49/71) vergleichen muß, um zu sehen, wie die Verhältnisse wirklich sind. Wahrend die Sowjetregierung Propaganda für die "politische Lösung" und den "Frieden" macht und einen faulen Kompromiß anstrebt, heißt es im Kommunique: "Das vietnamesische Volk und die anderen Völker Indochinas sind entschlossen,den Widerstandskrieg bis zu Ende zu führen, das chinesische Volk ist entschlossen, sie bis zu Ende zu unterstützen. Um das vietnamesische Volk und die anderen Völker Indochinas in ihrem Widerstandskrieg gegen die USA-Aggression zur Rettung des Vaterlandes zu unterstützen und ihnen Beistand zu leisten, hat das chinesische Volk schon längst alle Vorbereitungen getroffen und wird auch vor den größten nationalen Opfern nicht scheuen." Die VR China ist in der praktisch-materiellen und propagandistischen Unterstützung des indo-chinesischen Kampfes nie auch nur einen Zentimeter zurückgewichen.

Was könnten sonst noch "schädliche Folgen" des Nixon-Besuches

sein? Vorbereitende Gesprache für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen? Vorbereitende Gespräche für einen Nichtangriffspakt? Was ist an beidem zu kritisieren? Die Handelsbeziehungen werden ausgeweitet, die Kapitalisten aller Länder suchen Aufträge der VR China zu ergattern. Der Außenhandel eines sozialistischen Landes ist aber nicht an und für sich schädlich, er wird es nur dann, wenn er die Formen von Kapitalexport und -import annimmt, wenn über ihn die sozialistische Wirtschaft voll in den kapitalistischen Weltmarkt integriert werden soll, wenn über ihn kapitalistische Verhaltnisse importiert werden, z.B. wenn die gleiche Fiatfabrik mit den gleichen Fließbändern und der gleichen Arbeitsorganisation, gegen die die italienischen Arbeiter kämpfen, in Togliattigrad aufgebaut wird. Kurz: wenn er so betrieben wird, wie durch die SU.

Es gibt dann noch das kurzsichtige "Argument",die VR China habe Nixon mit dem Besuch schon jetzt zu einem Wahlsieg verholfen. Erstens ist es die Aufgabe der amerikanischen Revolutionäre,das unveränderte Wesen des Imperialismus bloßzulegen und die Kriegs-u.Aggressionspolitik Nixons zu entlarven. Zweitens kann die VR China nicht ihre Außenpolitik, bei der es um die Verteidigung der Revolution nach außen geht, daran ausrichten, ob Nixon oder eine andere Charaktermaske der Kapitalsinteressen Prasident wird, wodurch sich entweder gar nichts andern oder bestenfalls eine minimale Veranderung in Tempo und Grad der Faschisierung der US-Gesellschaft eintreten würde.

Diese letzten Vorwürfe sind also gegenstandslos. Aber es ist geradezu ein Hohn, wenn die Revisionisten sie erheben. Auch hier wirft die Sowjetregierung der VR China demagogisch eigentlich vor, diese würde ihr eigenes revisionistisches Programm, ihre Kapitulantenpolitik verwirklichen.

Wenn wir die bürgerliche und die revisionistische Hetzpropaganda gegen die VR China zurückweisen, wenn wir die wirkliche Politik der Sowjetregierung darstellen und hinter der ideologischen Auseinandersetzung zwischen der SU und der VR China den "Kampf zweier Linien" sichtbar machen, wenn wir uns nicht nur im Kampf gegen den amerikanischen und japanischen Imperialismus voll auf die Seite der VR China stellen, sondern auch in der Auseinandersetzung mit der SU, im ideologischen Kampf gegen den Sowjetrevisionismus, so bedeutet das nicht die bruchlose Identifikation mit der gesam ten Außenpolitik der VR China. Gerade weil es in dieser Politik Schwankungen und keineswegs immer prinzipienfestes Vorgehen gab, weil erhebliche Fehler gemacht wurden und weil diese Politik in manchen Fragen geradezu schädliche Folgen hatte, fanden die bürgerlichen Spekulanten und die revisionistischen Hetzer Gehör. Die Parteinahme für die VR China schließt - wo es sich als notwendig erweist - die rücksichtslose Kritik an ihrer Politik etwa im Sudan oder in Ceylon und die Kritik der Fehler, die bei der Behandlung des Bengalenproblems gemacht wurden, keineswegs aus. Die Untersuchung der wirklichen Entwicklung in Bengalen z. B. beinhaltet auch die Entlarvung der sowjetischen Politik in diesem Raum, die gegnüber Indien das Ziel der ökonomischen und politischen Unterwerfung des Landes verfolgt und die sich des indischen Expansionismus und Kolonialismus ebenso bedient, wie sie ihn deckt.

Wir werden die Entwicklung in Bengalen genau untersuchen und dann fundiert Stellung beziehen.

Ebenso wie die revisionistische muß auch die ultralinke Propaganda gegen die VR China, v.a. von trotzkistischer Seite , zurückgewiesen werden. Ihr Grundzug besteht darin, mit eleganten "radikalen" Phrasen die wirkli-

chen Probleme zu verschleiern und z.B. die möglichen objektiven Widersprüche zwischen den Interessen der VR China als sozialistischer Staat und den Interessen einzelner revolutionärer Bewegungen zu leugnen. Die Führung der VR China wird als "stalinistische Bürokratie" betrachtet, obwohl keinerlei Kontinuität von Stalin zur Theorie und Praxis der KP Chinas besteht - außer daß die KPCh sich auf Stalin verbal beruft. Die friedliche Koexistenz wird global abgelehnt und nicht nur die sowjetische, pazifistische Linie. Die ultralinke Kritik weist selbst opportunistische Einschlage auf und ist strukturell mit der Haltung jener Linksliberalen verwandt, die ebenfalls (die SU und) China als "stalinistisch" verteufeln und allem ihr eigenes, intellektuelles und durch keine Realität beschmutztes "Sozialismusbild" entgegensetzen. Daher ist auch der Übergang von linksintellektuellen zu ultralinken Positionen so leicht. Daher ist auch das Ultralinkstum ein Feind des Marxismus-Leninismus.

Leitung der MTS

Aus Anlass der Irandemonstration am 25. 2. 72

Der Iran ist kein feudales Land mehr, der Kapitalismus hat sich durchgesetzt. Die Ablösung vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse durch eine rasche Kapitalisierung hat sich in den wirtschaftlich wichtigsten Produktionssektoren bereits vollzogen. Die Bodenreform beschleunigt diesen Prozeß, indem sie -neben einer teilweisen Parzellierung des Bodens - zu einer Kapitalisierung der Agrarwirtschaft führt und die Bauern aus den feudalen Fesseln herausreißt. Dieser Kapitalisierungsprozeß, der auflösend auf alle vorkapitalistischen Produktionsformen wirkt, vollzieht sich im Iran - vergleichweise mit der Entwicklung des Kapitalismus in Europa -mit ungeheurer Geschwindigkeit und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann die feudalen Reste liquidiert werden. Insofern ist es gerechtfertigt, vom Vorherrschen der kapitalistischen Produktionsweise zu sprechen, auch wenn zur Zeit vorkapitalistische und Kleinproduktion

noch quantitativ überwiegen.
Ist zur gänzlichen Auflösung der feudalen Verhältnisse eine bürgerlich-demokratische Revolution notwendig und ist sie unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt noch möglich? Kann die Bourgeoisie noch ökonomisch und politisch fortschrittlich sein? Kann eine bürgerliche Regierung jene Maßnahmen setzen, die zur Verbesserung der materiellen Lage des Volkes notwendig sind?
Die Niederlage, die der US-Imperialismus und seine lokalen Verbündeten der nationalen iranischen Bourgeoisie unter Führung von Mossadeq zufügten, verhinderte die Herausbildung einer unabhängigen, nationalen und 'fortschrittlichen' Bourgeoisie. Die einheimische Bourgeoisie verband sich vollständig mit dem Imperialismus, schloß sich mit der ökonomischen und politischen Reaktion, dem Großgrundbesitz zusammen. Diese drei Faktionen: Imperialismus, Kompradorenbourgeoisie und Großgrundbesitz sind engstens mit dem Staatsapparat verflochten, der eine wirtschaftliche Entwicklung sichern soll, die ihren Interessen dient.
Eine solche, eindeutig gegen das Volk gerichtete Politik, kann nur gewaltsam durchgeführt werden. Während die werktätigen Massen von Polizei, Armee und Geheimdienst mit brutaler Gewalt niederhalten werden, wird ein großer Teil des Kleinbürgertums und der Intelligenz materiell korrumpiert und dadurch an das Regime gebunden.
Unter solchen Bedingungen ist keine Entwicklung möglich, die Persien zu einem unabhängigen Land machen würde. Persien hat seinen festen Platz im imperialistischen Weltsystem.
Aus dieser Position kann es auch nicht durch 'großzügige' Wirtschaft hilfe von seiten der Sowjetunion herausgerissen werden. Ein Land beschreitet noch lange nicht einen 'nichtkapitalistischen Weg', wenn es festere Beziehungen zur SU eingeht. Dies behaupten die Revisionisten. Indien zeigt beispielsweise sehr deutlich, daß die 'großzügige Wirtschafthilfe' der SU dieses Land keinen Schritt weg vom Kapitalismus und Imperialismus gebracht hat, auch wenn damit die Kon-trolle und der Einfluß der SU in Indien gewaltig erhöht wurde. Aber gerade letzteres ist ja das Ziel sowjetischer Wirtschaftshilfe; daher wird bei deren Gewährung auch vom Klassencharakter der Regimes abgesehen, die unterstützt werden.
Persien wird zwar von den Imperialisten ausgeplündert, genießt aber eine gewisse Selbständigkeit. Gegenüber seinen Nachbarländern betreibt es selbst eine imperialistische Politik. Mit den Erdöltrusts gerät es in Widersprüche, aber diese sind keine Widersprüche zum Imperialismus, sondern Konkurrenzwidersprüche, zwischenkapitalistische Widersprüche. Persien wird deshalb noch lange kein antiimperialistisches Land.

Die forcierte kapitalistische Entwicklung -die durch die ausländischen Kapitalinvestitionen eingeltet wurde, die aber zugleich eine nationale Akkumulation verunmöglichte - hat aber auch die Kräfte hervorgebracht, die die herrschende Clique stürzen und eine wirtschaftliche Entwicklung im Interesse des Volkes sicherstellen werden.
Nicht nur nimmt mit der Entwicklung der industriellen Produktion die Zahl der Arbeiter zu, auch ein Großteil der landlosen Bauern wird in ein festes Lohnverhältnis eingegliedert. Die Bauern, die im Zuge der Bodenreform Land erhielten, können ihre Parzelle ohne materielle Unterstützung nicht bewirtschaften und geraten daher in ein direktes Abhängigkeitsverhältnis vom Staat, dem ausländischen Kapital und der ländlichen Bourgeoisie.
Die Arbeiterklasse, die landlosen und die armen Bauern stehen demselben Feind gegenüber. Die herrschende Clique muß diesem Tatbestand Rechnung tragen und den Terror, der bisher auf die Städte beschränkt war, auch auf das Land ausdehnen.
Auf Grund dieser ökonomischen und politischen Bedingungen kann die iranische Kompradorenbourgeoisie keine fortschrittliche Rolle mehr spielen. Das Volk ist selbständig auf den Plan getreten.
Die revolutionäre Bewegung hat

ein solches Ausmaß erreicht,daß die Gewährung demokratischer Rechte -also auch das Recht der Arbeiterklasse,sich selbständig zu organisieren und revolutionäre Propaganda zu betreiben - unmittelbar zu einer Gefahr auch für eine 'fortschrittliche'Bourgeoisie würde.Die Bourgeoisie ist endgültig reaktionär geworden,ihr Vorgehen gegenüber der Arbeiterklasse würde sich von dem des gegenwärtigen Regimes nicht grundsätzlich unterscheiden.Sie könnte zwar -wenn sie allein an der Macht wäre -einige bürgerlich-demokratische Freiheiten einführen;sie würde sie aber sofort wieder vernichten,wenn sie revolutionär ausgenützt werden,sobald das Volk ihre Klassenherrschaft bedroht.
Das heißt aber noch keineswegs, daß die Kommunisten den Kampf für demokratische Freiheiten,den Sturz des Schah-Regimes,für überflüssig halten.Im Gegenteil:sie sind die Vorkämpfer bei der Beseitigung der Diktatur.Aber sie wissen,daß dies nur das Werk der Arbeiter und Bauern,und nicht irgendwelcher Bourgeois sein kann.
Die zentrale Frage ist die,wie der Kampf gegen die Diktatur geführt wird;ob der Kampf um demokratische Rechte Teil eines sozialistischen Kampfes ist,oder ob das Endziel die Herstellung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse sein soll.
Die Kommunisten werden in diesem Kampf jene Losungen stellen,die die Massen organisieren und im Kampf um demokratische Rechte zu gleich alle demokratische Illusionen zerstören.
Demokratische Forderungen können nur innerhalb einer sozialistischen Strategie gestellt werden.
Für Kommunisten gibt es keine klar abgegrenzte demokratische Etappe des Kampfes,der dann eine sozialistische Etappe folgen würde.
Sie kämpfen um die Durchsetzung demokratischer Forderungen,wenn sie den sozialistischen Kampf erleichtern,bzw.in breiterem Umfang ermöglichen.Die Vorstellung, es müßte zuerst die bürgerliche Freiheit(mit Hilfe der fortschrittlichen Bourgeoisie) erobert werden,bevor der Kampf um den Sozialismus in Angriff genommen werden kann,entspricht die Vorstellung, daß es in der gegenwärtigen Phase noch bürgerliche Revolutionen geben könnte,in der die Bourgeoisie politisch fortschrittlich sein könnte.In Wirklichkeit ist die Bourgeoisie endgültig reaktionär geworden,da ihr überall das Volk im Kampf entgegentritt.Demokratische Rechte kann sich das Proletariat und die mit ihm verbündeten werktätigen Klassen nur im Kampf gegen die Bourgeoisie erobern
Dies heißt noch keineswegs,daß die Bourgeoisie nicht Teilreformen durchführen könnte,und daß das Volk in seinem Kampf nicht Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie ausnützen soll.Es heißt lediglich, daß die demokratischen Rechte nur dann gesichert sind,wenn das Volk die Macht erobert hat.
Und dies ist auch die Orientierung der iranischen Revolutionäre.
Der Sturz des Schah-Regimes und die Herstellung demokratischer Verhältnisse kann nur das Werk der Arbeiter und Bauern sein,die ihre demokratische Diktatur aufrichten und die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus schaffen.Sozialistische Revolution,dies heißt noch keineswegs, daß die Produktion unmittelbar vergesellschaft,sozialistisch organisiert wird,sondern dass das Proletariat an der Macht ist und jene Maßnahmen setzt,die den Übergang zur sozialistischen Produktionsweise ermöglichen.

II.

Die Kommunisten beteiligen sich an,bzw.organisieren antiimperialistische Aktionen nicht nur,um Leute zur Solidarität mit den Kämpfenden,Revolutionären und Oppositionellen aufzufordern,sondern auch,um im Verlauf der Aktionen den Teilnehmern den Stand und das Ziel des Kampfes zu vermitteln und internationalistisches Bewußtsein zu wecken.So muß jede Solidaritätsdemonstration zugleich eine Propagandaaktion sein.
Aus diesem Grund ist klar zu unterscheiden zwischen dem unmittelbaren Zweck der.Demonstration als

indirekte Unterstützung der Kämpfenden und der propagandistischen Arbeit unter den Aktions(Demonstrations)teilnehmern.
Wie es unsere Aufgabe ist, im Kampf im eigenen Land eine klare revolutionäre Linie zu verfolgen, so ist es ebenso unsere Pflicht, einen ebensolchen Kampf, eine ebensolche Linie in ausnahmslos allen Ländern zu unterstützen. Wir unterstützen daher den Kampf und die Forderungen der Opposition im allgemeinen, aber die revolutionären kommunistischen Gruppen im besonderen und stellen deren Linie und deren Kampf besonders klar heraus.
Dies heißt keineswegs, daß wir nur für sozialistische Losungen und Forderungen eintreten, daß wir nicht die demokratischen Forderungen des iranischen Widerstandes unterstützen. Aber wir müssen klar herausstellen, welchen Stellenwert diese Kampfforderungen haben und wie sie mit dem Endziel des Kampfes vermittelt sind. Wir unterstützen diese Forderungen aber nicht, weil wir die Demokratie stärken, sondern weil wir die Revolution stärken wollen. Deren Durchsetzung würde den Kampf des Volkes gegen seine Ausplünderer auf eine neue Stufe stellen.
Und darin unterscheiden sich denn auch die Kommunisten von den Dutzerdliberalen und den Revisionisten: diese stellen diese demokratischen Forderungen reformistisch, wo sie nur revolutionär -im Zusammenhang mit der Revolution-gestellt werden können.
Eine Demonstration trägt nicht deshalb liberalen Charakter, weil die Forderungen, die gestellt werden, demokratische Forderungen sind, sondern weil diese Forderungen nicht revolutionär gestellt werden. Wir meinen nicht, daß dann sich nur Kommunisten an dieser Demonstration beteiligen sollen und können. Allerdings halten wir den Appell an die "demokratische Öffentlichkeit" für moralisierendes Geschwätz. Die "Demokraten" sind zwar auch verbal für bürgerliche Freiheiten im Iran, aber nur weil es sie bei uns schon gibt. Aber sie werden nicht demokratische Rechte fordern, wenn diese die Revolution stärken. Sie werden keinen Finger dafür rühren, weil das auch bedeuten würde, einen Kampf auch gegen jene zu führen, die mit der Diktatur in Persien paktieren: die Kapitalisten und ihre Regierung.
Dieselben Forderungen, die die iranischen Revolutionäre stellen, und die dort auch von einigen Bürgerlichen unterstützt werden, weil sie sich größere bürgerlich-demokratische Freiheiten für sich selbst versprechen, können hier bei uns nur von der Arbeiterklasse (und der revolutionären Intelligenz, die sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse gestellt hat) unterstützt werden. Daher müssen wir jenen Demokraten, die aus humanitären Gründen und aus aufrechter demokratischer Überzeugung für die Forderungen der iranischen Genossen eintreten, klarmachen, daß in Persien sie nur durch den revolutionären Kampf des Volkes erobert werden können. Wir müssen alle bürgerlich-demokratischen Illusionen zerstören und das Ziel des Kampfes und den Weg zum Ziel aufzeigen.
Aber diese unsere Aufklärung hat auch noch einen weiteren Zweck: sozialistisches Bewußtsein ist notwendig internationalistisches Bewußtsein. Nur wenn die Arbeiterklasse (und die Intelligenz, die sich auf ihren Standpunkt gestellt hat) tatsächlich ihren Kampf als den Kampf der internationalen Arbeiterklasse führt, ist er revolutionär. Die Voraussetzung, daß ein solches Bewußtsein sich entwickelt, ist das Wissen um den Stand der Klassenkämpfe und das Ziel in anderen Ländern. Zum Teil kann dies im Verlauf von antiimperialistischen Aktionen vermittelt werden.
Die Vorantreibung des Klassenkampfes im eigenen Land ist zwar die wirksamste Form der Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in den anderen Ländern, darf aber nicht die einzige Form der Unterstützung bleiben. Die moralische (nicht moralisiernde wie bei den Revisionisten) und materielle Unter-

näre hätten nur dagegen gekämpft, "dass in ihrem Land einige Wenige das Dasein von Märchenprinzen führen auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung"ist eine Verleumdung des iranischen Widerstandes. Diese kämpfen für die Revolution: Und die KJÖ?Sie war nicht etwa das vorwärtstreibende Element - wie es Aufgabe der Kommunisten ist- sondern hat sich den liberalen Losungen der CISNU angeschlossen. Ihre schriftliche Propaganda bestritt sie damit,daß sie den Inhalt der CISNU-Propaganda übernahm und durch ihr eigenes Impressum ergänzte.
Keine einzige Forderung,keine einzige Losung,die revolutionär formuliert war,die den bürgerlich-demokratischen Rahmen verlassen hätte.Kein Wort wurde über den Stand der Klassenauseinadersetzung, über die vorwärtstreibenden Elemente des Widerstandes und über das Ziel des Kampfes verloren. Und welch aufklärerische Wirkung versprach sich ihr Sprecher vom Hinweis,dass über 80% der Inhaftierten Jugendliche sind?Dachte er Assoziationen zur SP-Regierung zu wecken,die bekanntlich ja auch eine 'jugendfeindliche'Politik betreibt?Und erst sein weinerliches,larmoyantes Geschwätz bei der Abschlußkundgebung!
Bei dieser Demonstration haben sich die Revisionisten wieder einmal in schöner Eintracht mit den Dutzendliberalen gezeigt,die KJÖ wieder einmal bewiesen,daß sie die Organisation von "Menscheitskämpfern",nicht aber von Kommunisten ist.

F.Hellmut

Die folgende Wiedergabe der Stellungnahme eines Sprechers der MLS auf der Iran-Demonstration soll u.a. auch die Haltlosigkeit der Vorwürfe der Revisionisten aller Schattierungen dokumentieren, wir lieferten zwar im nachhinein richtige Analysen, seien aber nicht imstande und auch gar nicht willens, schon in bzw. während der Aktionen mitzuarbeiten.

Genossinnen und Genossen !

Die neuerlichen Terrorakte der im Interesse der Imperialisten regierenden Schah-Diktatur sind ein Beweis dafür,daß das Regime nur unter großen Schwierigkeiten und durch die Anwendung brutalster Unterdrückungsmethoden mit dem Widerstand der breiten Volksmassen fertig werden kann.Die provokatorische 2500-Jahrfeier der Schahdiktatur vom Herbst letzten Jahres hat die Verschärfung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten zur Folge gehabt.
Was sind nun die objektiven Bedingungen der politischen und ökonomischen Entwicklung des Iran,denen die Revolutionäre heute gegenüberstehen?Der Iran befindet sich in einer Übergangsphase,deren Merkmale in der Ablösung der vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse durch eine forcierte Kapitalisierung bestehen.Die Kapitalisierungspläne des iranischen Regimes lassen sich durch folgende Maßnahmen kennzeichnen:Das bestimmende Moment ist die Sicherung der Vormachtstellung des ausländischen Kapitals in allen wirtschaftlichen Bereichen.Der Iran garantiert den ausländischen Investoren die größtmöglichen Gewinne durch eine befristete steuerfreie Akkumulation und durch einen freien Kapitaltransfer.Bi-

laterale Abmachungen sichern den ausländischen Kapitalisten solche Positionen, die eine unabhängige nationale Akkumulation unmöglich machen. Die Rolle der nationalen Bourgeoisie wird durch diese Maßnahmen auf die Rolle einer Kompradorenbourgeoisie reduziert. Unrentable Privatunternehmen, die meist in ausländischen Händen sind, werden durch ihre Eingliederung in den staatlichen Sektor gestützt. Durch geschickte Propaganda versucht der Schah, diese Politik, die eindeutig gegen die Interessen der werktätigen Klassen gerichtet ist, zu vertuschen. Es stimmt zwar, daß der Iran eine Wirtschaftswachstumsrate von 11,4 % aufweist. Die konterrevolutionäre Propaganda der Schahlakaien auch in der österreichischen bürgerlichen Presse verschweigt jedoch, daß 44-45 % dieses Wirtschaftswachstums auf den Dienstleistungssektor entfallen, was nichts Fortschrittliches, sondern nur ein Zeichen für den übermäßig aufgeblähten, parasitären Staatsapparat ist. Weitere 38% dieses angeblich so überaus progressiven Wirtschaftswachstums bildet die Rohölproduktion, die von den ausländischen Konzernen kontrolliert wird. Ein weiteres Mittel zur Unterstützung des ausländischen Kapitals durch die Regierung sind die halbstaatlichen, halbprivaten Finanzinstitute. Die Banken kontrollieren die persischen Unternehmen und vergeben Kredite nur dann, wenn sie für den Import von Waren aus dem Ausland und nicht für inländische Investitionen gebraucht werden.

Die Kapitalbewegung nach und aus dem Iran zeigt deutlich, daß dieses Land ein enorm wichtiges und interessantes Ausbeutungsobjekt für das internationale Kapital darstellt. Über ein Drittel der ausländischen Investitionen werden in Form von Profiten wieder ausgeführt. Diese Summe übertrifft sogar noch die Erwartungen der ausländischen Kapitalisten, denen der Schah in einer offiziellen Erklärung der iranischen Zentralbank einen Gewinn von 25-30% des investierten Kapitals garantierte.

Die ausländischen Kapitalisten haben zwar in Persien einen Kapitalisierungsprozeß eingeleitet, sie haben aber zugleich die nationale Kapitalakkumulation erheblich geschwächt und eingeschränkt. Die sogenannte "Weiße Revolution" des Regimes hat dem Kapitalisierungsprozeß auch auf dem Lande günstige Ausgangsbedingungen geschaffen. Zwar wurden durch die seit 1962 laufende "Weiße Revolution" viele Bauern von der Fronarbeit befreit. Die großen wirtschaftlichen Unternehmen brachten diese Bauern aber in ein direktes Abhängigkeitsverhältnis vom Staat, vom ausländischen Kapital und von der ländlichen Bourgeoisie. Viele dieser Bauern erlangten dadurch den Status der Lohnabhängigen, der für die oppositionelle Arbeit von größter Wichtigkeit ist. Wie sehr die Umwälzung des Dorfes durch die "Weiße Revolution" die politische Mobilität und revolutionäre Gärung beschleunigt hat, zeigt allein schon die Tätigkeit des persischen Geheimdienstes SAVAK, der sich seit einigen Jahren nicht mehr auf die Terrorisierung der Stadtbevölkerung beschränken kann. Ohne die brutalste Unterdrückung jeder Opposition kann jedoch die Politik des Scha-Regimes im Dienst des internationalen Finanzkapitals nicht länger fortgesetzt werden.

Die vom Schah-Regime geförderte Kapitalisierung des Landes schafft so immer bessere Bedingungen für die Revolution in Persien. Sie schließt die armen Bauern und alle anderen werktätigen Klassen immer enger mit der Arbeiterklasse zusammen. Dieses feste Bündnis unter der Führung des Proletariats ist die Hauptvoraussetzung für den

Sieg der iranischen Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und seine Lakaien. Den iranischen Kommunisten und demokratischen Revolutionären steht durch die derzeitige Desorganisation der Bewegung noch ein langwieriger und langjähriger Weg bevor, an dessen Ende jedoch sicherlich der Sieg im revolutionären Volkskrieg stehen wird.

Solidarisieren wir uns mit den iranischen demokratischen und sozialistischen Revolutionären in ihrem Kampf gegen den Imperialismus! Die Terrorakte der Konterrevolution können die Volksmassen nicht besiegen.

ES LEBE DER REVOLUTIONÄRE KAMPF DER IRANISCHEN VÖLKER!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

Ökonomische und soziale Bedingungen des Klassenkampfes in der Türkei

Die Beseitigung des korrupten Menderes-Regimes durch den Staatsstreich der Armee im Jahre 1960 und die Verfassungsgebung von 1961 konnten unter der breiten oppositionellen Bewegung die trügerische Erwartung entstehen lassen, dass die Türkei in Zukunft einen reformistischen, auf die nationalen Interessen, die Beseitigung des Einflusses des ausländischen Kapitals und der mit Menderes herrschenden Kompradorenbourgeoisie und Grundherren gerichteten Weg gehen würde. Die Interimsregierung des General Gürsel selbst proklamierte als Ziel einer neuzuwählenden Regierung die Fortführung der "kemalistischen" Wirtschaftspolitik, der kemalistischen Prinzipien des "Reformismus" und "Etatismus". Die nationale Wirtschaft sollte durch die Intervention des Staates (direkte Investitionen, Förderungen, 5-Jahres-Pläne) planmässig entwickelt werden, lang ausstehende Reformen sollten verwirklicht werden. Vor allem aber gaben die hauptsächlich von den Putschisten ausgewählten Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung dem türkischen Volk die liberalste Verfassung seiner Geschichte; unter anderem war darin zum ersten Mal (mit Ausnahme eines kurzen Zeitraumes nach dem II. WK)

die Gewerkschaftsfreiheit und das Streikrecht verankert. 1961 durfte die türkische Arbeiterpartei (TIP) gegründet werden, während die KPT weiterhin verboten blieb. Die Demokratische Partei, die Partei Menderes', wurde damals verboten. Die Verfassung von 1961 war, im Rückblick auf die 1o Jahre vor der Errichtung des jetzigen Regimes, die einzige bleibende Errungenschaft der "Revolution" von 196o. Sie gab den fortschrittlichen Kräften, der Bewegung der Arbeiter, Bauern, Studenten und von Teilen des Kleinbürgertums noch nie dagewesene Entwicklungsmöglichkeiten.

Trotz aller verbalen Berufungen auf den "Kemalismus" blieb die Reformfreudigkeit der Führer der "Bewegung vom 27. Mai" weit hinter den Notwendigkeiten für eine eigenständige, vom Imperialismus nicht deformierte und begrenzte wirtsch. und polit. Entwicklung zurück. Als eine starke Minderheit linksgerichteter Offiziere in der Armee versuchte, ein radikales Programm durchzusetzen, das die Verstaatlichung von Grund und Boden, Errichtung von Staatsfarmen, die staatliche Entwicklung industrieller Massenfertigung anstelle der unproduktiven Kleinproduktion, Zwangssparmassnahmen, Erhöhung der Investitionen, Planwirtschaft, sowie die Enteignung der ausländischen Monopole vorsah, wurden sie von den Kommandeuren ausmanövriert.

Ein zweiter kemalistischer Versuch zur Erzielung nationaler Unabhängigkeit auf Basis einer eigenständigen hohen industriellen Entwicklung hätte unter ganz anderen objektiven Bedingungen erfolgen müssen als der erste (1923-1939). Er wäre deshalb von Anfang an gescheitert.

Der Kemalismus der Zwischenkriegzeit stützte sich auf eine kleinbürgerliche Schicht von Offizieren, Staatsbürokraten, Intellektuellen und später auf eine geringe Zahl von kleinen und mittleren Kapitalisten, die von den Industrieförderungsmassnahmen des Staates profitieren konnten. (Aus taktischen Gründen mussten die Kemalisten auch das Wohlwollen der Grundherren suchen; diese waren zu stark, als dass ihre Interessen hätten angegriffen werden können. Deshalb keine Bodenreform, keine "Reformierung" des Dorfes.) Oberstes Ziel des Kemalismus war eine auf eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung beruhende politische Unabhängigkeit; das westliche "Zivilisationsniveau", die kapitalistischen Industriestaaten sollten eingeholt werden.
Das Privatkapital entwickelte sich aber nach dem Unabhängigkeitskrieg 1919-1923 nicht im industriellen Bereich. Es suchte sich die profitabelsten Anlagesphären, allen voran den Handel, den Dienstleistungs-, und Geldsektor. Die bestehenden Kapitalien der Handelsbourgeoisie und Grundherren flossen nicht in den industriellen Aufbau. Wenn einige bedeutende Erfolge im industriellen Aufbau erzielt wurden, lag dies vor allem an den direkten Staatseingriffen nach 193o.
Die Mittel der Akkumulation kamen v.a. von der steigenden Ausbeutung der Arbeiter. Z.B. stieg der Produktionswert der Industrie um 32%, die Lohnsumme um 22%, die Beschäftigtenzahl um 25%.(nach: G.Barthel, Der ind. Aufbau in der Türkei zwischen 1923 und 1966) Der Streik galt als Vergehen gegen die "Interessen des Volkes".
Für die Einschätzung des kemalistischen Versuchs ist von Bedeutung, dass er in einer Zeit der Schwäche des europäischen Imperialismus begonnen wurde.

Die von den angeführten Schichten für eine noch nicht existierende bzw. schwache Bourgeoisie errichtete Herrschaft wurde durch das erstarkende Privatkapital, an der Spitze die Grossbourgeoisie in Handel und Bankwesen, das seine Profitmöglichkeiten durch die dirigistischen Eingriffe der umfangreichen Staatsbürokratie beschränkt sah, zunehmend angefeindet. Nach dem II.WK gelang es der Grossbourgeoisie und den Grundherren - nicht zuletzt aufgrund der Unzu-

friedenheit der Bevölkerung mit der repressiven Politik der damaligen Republikanischen Volkspartei, der kemalistischen Partei - nach Beseitigung des Ein-Parteiensystems, sich in der Demokratischen Partei zu organisieren und die direkte Herrschaft zu erringen. Damit beginnt die Einbeziehung der Türkei in das imperialistische System. Der Aussenhandel wurde für den Import von Waren und Kapital freigegeben; seit damals ist die Handelsbilanz ständig defizitär, die Verschuldung im Steigen begriffen.

Einem Versuch kemalistischer Armeekreise und mit ihnen verbündeter kleinbürgerlicher Schichten und des schwachen nationalen Kapitals, die Türkei auf einen "dritten Weg" zu führen, wäre 1960 der geschlossene Widerstand der Grundherren, Wucherer, der Grossbourgeoisie in Handel und Bankwesen entgegengestanden. Diese waren damals bereits viel stärker als 1923 und durch zahllose Fäden mit dem ausländischen Finanzkapital verbunden, nicht zuletzt militärisch durch die Eingliederung der Türkei in das imperialistische Paktsystem und die Anwesenheit imperialistischer US-Truppen im Lande selbst. Um den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen und den Einfluss des Imperialismus auszuschalten, hätten die Arbeiter- und Bauernmassen mobilisiert werden müssen. Zählte das Proletariat um 1930 noch 250 000, so war es 1960 auf mindestens drei Millionen angewachsen, und wenn man das ländliche Halbproletariat, das während der Ruhemonate der Landwirtschaft in die Stadt kommt, hinzuzählt, noch auf einiges mehr. Die Lage der Massen hatte sich unter der Herrschaft Menderes', des Vertreters des reaktionärsten und schadlichsten Teils der türkischen Grossbourgeoisie, enorm verschlechtert. Eine Industrialisierungspolitik gegen die Massen und gegen die machtigsten Teile der türkischen Bourgeoisie war unmöglich geworden. Eine nationalrevolutionäre Bewegung aber, die die Massen demokratisch einbezogen hätte, hätte nicht auf einen fiktiven "dritten Weg", sondern nur zur Diktatur der Arbeiter- und Bauernmassen und zur sozialistischen Umgestaltung führen können. Dies ist weltweit die einzige Alternative zur imperialistischen Abhängigkeit.

Tatsächlich gab die Armee nach den Wahlen von 1961 die Regierungsgewalt an die Republikanische Volkspartei (RVP) ab, die mit Inönü als Ministerpräsidenten eine Koalition von Bourgeois gutsbesitzerlichen Klassenfraktionen anführte, in die durch den linken Flügel der RVP auch Kleinbürgertum und nationales Kapital einbezogen waren. Weder die mit dem Menderes-Regime von der direkten Herrschaft zeitweilig verdrängten Teile der Bourgeosie und Gutsbesitzer, noch das ausländische Kapital und die NATO hatten viel zu fürchten. Die Koalitionsregierungen Inönüs besassen keine einheitliche Linie zur Durchführung des "positiven Reformprogramms", das ursprünglich proklamiert und vom linken Flügel der RVP verlangt worden war. Weder Steuer-, Agrar- oder Verwaltungsreform wurden durchgeführt, was wesentlich zu den ständigen Finanzkrisen des Staates beitrug. Es lag ihnen fern, die Interessen des Imperialismus anzugreifen; im Gegenteil, man war den ausländischen Monopolen gegenüber nicht weniger einladend als zuvor. Unter diesen Bedingungen konnten auch die "Wirtschaftspläne", denen das Parlament zumeist die notwendigen Mittel versagte, keine Änderung der türkischen Wirtschaftslage bringen. Das einige Jahre lang erzielte beträchtli- Wachstum der Industrie (ca. 10%) ging zum überwiegenden Teil auf Konto der ausländischen Investitionen.

DIE ARMEE

Die bürgerlichen Reformisten in der Armee, v.a. Offiziere der niederen Ränge, konnten den betrügerischen Charakter des Regierungswechsels von Menderes zu Inönü bald erkennen. 1962 und 1963 revoltierten jeweils die Kadetten der Militärschule von Ankara unter ihrem Kommandanten Aydemir. Ihre Forderungen beinhalteten die konsequente Aufnahme einer national-reformistischen Politik. Die Armeeführung, die solche Opposition regelmässig unterdrückte, schritt auch dann nicht ein, als die Menderes-Partei unter dem Namen"Gerechtigkeits-Partei" (GP) wieder zugelassen und 1965 sogar an die Macht kam. Und in letzter Zeit haben wir gesehen, dass die militärische Führung selbst auf seiten der Bourgeoisie und Gutsbesitzer aktiv an der Beseitigung der Verfassung von 1961 teilnimmt.

Man durfte sich in den 60er Jahren nicht von den Phrasen der "kemalistischen Armee", der"unabhängigen Bewacherin der nationalen Interessen" täuschen lassen. Die in- und ausländische Bourgeoisie verstand es mustergültig v.a. die höheren Offiziere durch diverse Privilegien in ein williges Werkzeug ihrer Interessen zu verwandeln. Ich führe dazu ein längeres Zitat aus: "Militär und Politik in der Türkei" von K.P.Dietzel (Blätter für internat. Politik 8/1971, s.833f.) an:

> War die Mehrheit des Offizierskorp der 500000 Mann starken türkischen Armee durch Ausbildung in westdeutschen und US-amerikanischen Militärschulen, sowie infolge der Gewährung zahlreicher Privilegien ideell wie materiell auf das westliche Paktsystem eingeschworen, so traten seit 1961 handfeste wirtschaftliche Interessen hinzu. Den Ausgangspunkt bildete die Gründung einer "Unterstützungskasse der Armee" ... die Kasse entsprechend dem Charakter einer berufsgenossenschaftlichen Alters- und Invaliditätsvorsorge konzipiert, mauserte sich im Laufe weniger Jahre zur zweitgrössten Unternehmensgruppe der Türkei und gleicht mittlerweile eher einer Holding-Gesellschaft. Im Aufsichtsrat der "Gesellschaft" sitzen hohe Militärs, wie der Vorsitzende General Elbisin, Kommandeur der 28. Heeresdivision, und Zivilisten wie Özel Derbil, Minister für aussenwirtschaftliche Beziehungen im neuesten, unter der Regie der Generäle gebildeten Kabinett Erim. Der Aufstieg führender Militärs in einflussreiche Positionen der türkischen Kapitalistenklasse war kometenhaft. Die "Unterstützungskasse, 1961 mit einem Anfangskapital von 44 Millionen TL gegründet verfügte bereits 1970 über ein Stammkapital von 915 Millionen TL. Im gleichen Zeitraum wurden Mitgliedsbeiträge in Höhe von 973 Millionen TL kassiert. Davon gelangten zur Auszahlung an die Mitglieder in Form von Pensionen, Invalidenrenten und Sterbegeldern etc. 311 Mill. 351 Mill. wurden als Kredite zum Bau und Ankauf von Wohnungen vergeben. Auf diese Weise hatten bis 1969 8831 Kassenmitglieder eine neue Unterkunft erhalten. Die Hauptaktivität entfaltete die Kasse jedoch bei der Anlage ihrer Gelder in profitträchtigen Zweigen der "türkischen" Wirtschaft. So wurden insgesamt 411 Mill. investiert ... von 1961 bis 1970 erzielte die Gesellschaft Gewinne in Höhe von insgesamt 202 Mill. TL, davon allein im Jahre 1969 120 Mill.= 62%. Zahlreiche Beteiligungen an Unternehmen, die ganz oder teilweise durch ausländisches, vorwiegend US-Kapital ... kontrolliert werden und durchwegs in wachstumsstarken Branchen angesiedelt sind ... dokumen-

tieren die engmaschige Interessensverflechtung zwischen der türkischen Armeespitze und dem ausländischen Monopolkapital. Die Unterstützungskasse, die 197o dazu überging, Dividenden an ihre Mitglieder zu bezahlen, ist seit diesem Jahr auch mit Renault liiert; besagter Minister Dervil sitzt auch hier bei der türkischen Zweigniederlassung des französischen Automobilkonzerns im Aufsichtsrat. Dementsprechend fährt das türkische Offizierkorps nicht mehr Volvo; Favorit ist - durch besondere Bezugsrechte begünstigt - seit neuestem Renault.

LIIERUNG MIT DEM IMPERIALISMUS

Für die türkische Kapitalistenklasse wurde die kemalistische Politik der positiven Handelsbilanz und des ausgeglichenen Staatshaushalt, sowie geringer Kapitaleinfuhren bald zum Hindernis. Das Privatkapital war v.a. Handels-,Wucher- und Bankkapital, die Industrialisierung beruhte wesentlich auf Staatsinvestitionen (1964 noch erzeugten staatliche Betriebe 5o% des industriellen Produkts).Auch nach dem II.WK blieben die Zirkulationsinteressen gegenüber den direkten Interessen der Produktion für die türkischen Kapitalisten bedeutsamer.Dies erklärt, wie bereits bemerkt, wesentlich den Angriff der Demokratischen Partei auf die RVP. Nachdem sie die Staatsmacht erobert hatte, wurde die Wirtschafts- und Aussenpolitik grundlegend geändert. Aussenhandel und Kapitaleinfuhr waren faktisch wieder vollkommen ungehindert.Die fortwährend negative Handelsbilanz und die geringen türkischen Industrieinvestitionen versuchten die Herrschenden durch Gewinnung von ausländischen Investitionen zu überdecken.Außerdem war man gezwunger, ständig neue Kredite vom internationalen Finanzkapital aufzunehmen. Bereits für 1964 schreibt G.Barthel (das Auslandskapital in der Türkei DWI Berichte Heft 12 1964,Berlin) " Der immense Dollarsegen offenbarte sich nämlich nach und nach als eine Bürde, an der die Türkei noch lange zu tragen haben wird. Die mit der Aufnahme von Krediten, die noch dazu zu unproduktiv und teilweise parasitär vergeudet werden, resultierende Rückzahlungspflicht, brachte ein lawinenartiges Anschwellen der Schulden gegenüber dem Ausland mit sich. Die Auslandsschuld der Türkei vergrößerte sich von Jahr zu Jahr und erreichte 1965 eine Höhe von knapp 1,8 Md US Dollar. In dieser Summe sind nicht die Shulden enthalten, die über den "Gegenwertsfond" für die Lieferung von amerikanischen Überschußwaren in nationaler Währung zu begleichen sind. Die Verpflichtungen der Türkei gegenüber dem Ausland in der Binnenwährung betrugen am 3o.9. 1965 2,91 Md. TL "
Bereits 1969 belief sich die Dollarschuld auf über 2Md. Dollar. Bis zu 80% der neuaufgenommenen Kredite werden jeweils für Zinsen und Rückzahlungen benötigt.
Was die ausländischen Direktinvestitionen betrifft, so machen sie zwar nur etwa 12-15% des investierten industriellen Grundkapitals aus, jedoch sind diese Investitionen so verteilt, daß erstens bestimmteBereiche vom Auslandskapital vollkommen beherrscht werden : Erdöl mit etwa 40% aller ausländischen Investitionen. 50,7% der ausländischen Investitionen in der verarbeitenden Industrie fallen auf Kunststoff und Chemie, 12,5% auf Eisen,Stahl und Maschinenbau, 12% auf die Elektroindustrie (G.Kazgau "Ausländisches Kapital und technologischer Transfer", "Cumhuryet" 6.8.1969). Zweitens sehen wir eine starke Verknüpfung von türkischen und ausländischen Monopolkapital im Banksektor. 1967 wurden 17Mill Dollar Auslandskapital in die Türkei eingeführt, während 25 Mill. ins Ausland trans-

feriert wurden. Für 1968 lauten die Zahlen 18 Mill. und 32 Mill. Dollar (Süddt. Ztg. 24.6.70). Wenn man bedenkt, daß ein Teil der erzielten Profite im Lande reinvestiert werden, kann man die Profitabilität dieses Geschäfts der Ausbeutung des türkischen Volks durch das imperialistische Finanzkapital, allen voran das US und BRD Kapital, erahnen.
Daß die Ausbeutungsfreiheit des internationalen Finanzkapitals keineswegs im Interesse der Entwicklung einer lebensfähigen Industrie liegt, zeigen auch zwei andere Tatsachen. Von den während 1950 - 64 importierten Auslandskapitalien kam nur ein Zehntel bar ins Land, während der überwiegende Teil auf Importe von Waren verausgabt wurde; darin und im Folgenden zeigt sich das bekannte Gesetz der imperialistischen Ökonomie, daß nämlich der Kapitalexport den Warenexport nach sich zieht. In den 60er Jahren entwickelten sich die Montagebetriebe zur Hauptform des Eindringens des Auslandskapitals: Rundfunkgeräte, Kühlschränke, Lastwagen, etc. werden arbeitsintensiv aus den eingeführten Bestandteilen zusammengebaut. Da die Monopole kein Interesse an der Erzeugung der Bestandteile in der Türkei haben, besteht der Zwang zum Import und der daraus resultierend Belastung der Handelsbilanz. 1968 entfielen 50% oder 418 Mill. Dollar auf Rohstoffe und Ersatzteile, d.i. zirka die Hälfte aller Importe (N.Z.Z. 12.4.69) . Während die Handelsbilanz damit belastet wird, bestehen kaum Chancen auf den Export von türkischen Fertigwaren(N.Z.Z. 11.10.69).

Mit der Einbeziehung in das wirtschaftliche System des Imperialismus einher ging die Intendierung in das militärische System, die angesichts der Lage der Türkei für den US-Imperialismus besonders wichtig ist. Die Türkei rangiert an 2. Stelle (hinter Südkorea) als US "Hilfe" Empfänger. Das Land ist heute mit über 100 US- Stützpunkten ein einziges Natolager. Seit 1964 engagiert sich die BRD zunehmend auch auf militärischen Gebiet mit zirka 100 Mil. DM Militärhilfe pro Jahr.
Mit über 500 000 Mann unter Waffen muß das türkische Volk die 6. größte Armee der Welt bei einem pro-Kopf Einkommen von ca 300 Dollar tragen (d.i. 200D. unter dem von Portugal, niedriger als das Ägyptens) Das Staatsbudget ist damit durch die militärischen Ausgaben stark belastet (ca 33%) womit die permanente Finanzkrise des Staates, die zu noch größerer Abhängigkeit vom Imperialismus führen muß teilweise zu erklären ist.

DIE WIRTSCHAFTS- U. FINANZKRISE UND DIE VERSCHLECHTERUNG DER LAGE DER ARBEITENDEN KLASSEN

Bei den Wahlen von 1965 kam, wie schon erwähnt die Nachfolgerin der Menderes Partei, die GP unter Demirel zur Macht. Damit bestimmte wieder die reaktionärste Fraktion der herrschenden Klassen bestehend aus Grundherren, Zinswucherern, Wucherhändlern und den am wenigsten an Reformen interessierten Teilen der Bourgeoisie uneingeschränkt den Kurs. Die GP konnte ihre Wahlerfolge vor allem deshalb erzielen, weil die in ihr organisierten feudalen und halbfeudal en Grundherren auf die ländliche Bevölkerung, die 70% der Gesamtbevölkerung ausmacht, von der wieder 60% Analphabeten sind, einen großen politischen Einfluß ausüben können. Neben Analphabetentum und der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Masse der Bauern vom Wohlwollen des Grundherren sind auch noch die verbreitenden religiösen Vorurteile der ländl. Massen dafür ausschlaggebend. Auch in jüngster Zeit haben die reaktionären Faschisten die Religiösität der Massen demagogisch

gegen die demokratischen Kräfte auszunutzen versucht.
Von einer grundsätzlichen Reform des Steuersystems, die hauptsächlich die Großgrundbesitzer und Wucherer hätte treffen müssen, um ihr Mehrprodukt für die Tilgung und Zinsenzahlung für die enorme Schuldenlast, für die Kosten des Heeres und die notwendigen industriellen Investitionen heranzuziehen, konnte überhaupt keine Rede mehr sein. An Stelle dessen versuchte man, die Lücken durch zusätzliche Auspressung des arbeitenden Volkes mittels Massensteuern zu füllen. Das konnte bei der bestehenden breiten Armut keine Erfolge zeitigen. Der Staatshaushalt blieb defizitär, die in-u.ausländische Verschuldung 1971 war schließlich die Finanzkrise des Staates soweit gereift, daß Routinezahlungen (Pensionen etc.) ausfielen und der Verschuldungsplafond erreicht war. Dies hatte entsprechende Auswirkungen auf das Preisniveau, das innerhalb von 10 Jahren vor 1970 um 200% angestiegen war. Damit sank die Konkurrenzfähigkeit der türkischen Exporte, das Loch der Handelsbilanz drohte noch größer zu werden. Auf den Druck der Imperialisten hin mußten Abwertungen folgen.Handelsrestriktionen wollte und konnte man nicht einführen. Für das investierende Auslandskapital sind Abwertungen (deren letzte belief sich auf 66%) vorerst einmal vorteilig, kann es doch so mit weniger Dollars mehr TL und somit mehr türkisches Vermögen aufkaufen. Die Importe wurden damit aber auch teurer; ein Teil der Importe, nämlich die für den Fortgang der Produktion notwendigen Ersatzteile und Rohstoffe etc. konnte nicht beschränkt werden, ohne die Produktion vor allem in der Montageindustrie zu unterbrechen. Dies aber ist genau, was in den letzten Jahren geschah; ganze Industriezweige, so vor allem die Kraftwagenmontageindustrie, waren minimal ausgelastet oder standen überhaupt still. Die unterbrochene Versorgung mit Produktionsmittel war nur ein Moment der sich zuspitzenden Krise der Industrie. Um der finanziellen Krise des Staates zu begegnen, fand es die Kompradorenregierung am einfachsten, neben zusätzlichen Belastungen der Massen die staatlichen Investitionspläne zu kürzen; beides mußte die Krise verschärfen. Wenn die durch die steigenden Preise und Steuern erfolgende Senkung des Lebensstandards der Massen den Kapitalisten einerseits als zusätzliche Aussaugung der Massen willkommen war,ließ dies andererseits ihre Lager mangels zahlungskräftiger Nachfrage anwachsen und ihre Profite sinken. Je mehr die Profite fielen, desto stärker der Druck auf die Arbeiter.
Die Arbeitslosigkeit betraf 1970 (bei noch 3,6% industriellem Wachstum lt. offiziellen Angaben) von den 3,3 Mill. Proletariern ca 1,5 Mill. Mit den arbeitslosen Halbproletariern, die im Sommer in der Landwirtschaft arbeiten, im Winter aber sich um andere Arbeit umsehen müssen, kletterte diese Zahl auf etwa 6-7 Mill.Über 500 000 Türken arbeiten offiziell im Ausland, 2 Mill. warten auf eine Genehmigung.

Die Landflucht stellt auch in "normalen" Zeiten (1966:15-35% Arbeitslosigkeit) für den proletarisierten Bauern keinen Ausweg dar. Die Konkurrenz der Arbeitskräfte in den Städten ist zu groß, in Ankara z.B.leben etwa 2/3 der Bevölkerung in Slums. Von den 35 Mill. Türken und Kurden leben 70% von der Landwirtschaft; 2000 Familien besitzen allein 80% des dafür in Frage kommenden Bodens.
Der größte Teil der ländlichen Bevölkerung setzt sich aus Landproletariat, armen und mittleren Bauern zusammen. Während erstere dauernd auf den Feldern derreichen Bauern und Gutsherrn arbeiten oder um Arbeit umherziehen, besitzen die armen Bauern etwas Land oder/und primitives Ackerbaugerät. Auf ihnen lastet eine vielfache ausbeutung: meist sind die armen Bauern während eines Teils ihrer

Arbeitszeit Lohnarbeiter auf den Feldern der Reichen, Halbproletarier. Der arme Bauer muß zusätzliches Land von den Grundherren zu Halbpart oder Pachtbedingungen erhalten. Hinzu kommt die Ausbeutung durch den Zinswucherer (oft ein reicher Bauer) oder den Wucherhändler, wenn er gezwungen ist, einen Kredit in Geld oder Lebensmittel von diesen Blutsaugern zu nehmen, meist nur um seine Familie über die Wintermonate zu erhalten. Im nächsten Jahr muß er seine Schulden als umso billigerer Lohnarbeiter abschuften, oder er darf einen Teil seiner Ernte zu gedrückten Preisen hergeben.

Die Mittelbauern, wenn sie auch weniger Land pachten müssen, unterliegen dennoch der Ausbeutung durch die Zinswucherer und Wucherhändler, die nur der verlängerte Arm des Bankkapitals auf dem Lande sind. Die Banken geben Kredite an die Kleinproduzenten nur, wenn ein Reicher dafür haftet. Die Beute wird also aufgeteilt. Diese Mittelbauern verstricken sich, indem sie zahlungs unfähig werden, regelmässig in das Schuldenfangnetz der Wucherer, denen ihr Land schliesslich ratenweise verfällt.
Die reichen Bauern verfügen über genügend Grund und Kapital, um Lohnarbeiter zu beschäftigen, Wucher zu treiben oder einen Teil des Kapitals in der Stadt anzulegen. Sie stellen die ländliche Bourgeoisie dar, die den Grundherren gegenüber eine schwankende Haltung einnimmt, für eine gemässigte "Bodenreform" und eine "gerechte Verteilung" der Kredite eintritt.

Das kurdische Volk, etwa 5 bis 6 Millionen Menschen im Osten der Türkei, trifft zusätzlich zum ausgebeuteten Zustand als Lohnarbeiter, armer und mittlerer Bauer die nationale Unterdrückung. Der Kurde darf nicht sagen, dass er Kurde sei, und dasselbe schon gar nicht auf kurdisch schreiben. Neben der kulturellen Unterdrükkung erfolgt die wirtschaftliche Benachteiligung von seiten der Zentralregierung. Auf diese 24% der Bevölkerung entfielen in den letzten Jahren höchstens 15% der staatlichen Budgetmittel für Investitionen etc..
Die Herrschenden legen allen Nachdruck darauf, die Ausgebeuteten zu spalten, indem sie ihre Beziehungen durch eine chauvinistische, antikurdische Hetzpropaganda zu vergiften suchen. Sie reagieren tobend auf jede politische Regung der Kurden, insbesondere auf die Arbeit von Genossen in den kurdischen Dörfern. Die politische Opposition in den kurdischen Gebieten wird generell als vom Ausland gelenkte kommunistische Spaltertätigkeit gegen die Einheit und die Interessen der Nation verschrien. Lange bevor der Ausnahmezustand über die kurdischen Gebiete im April 1971 verhängt wurde, wurden die kurdischen Dörfer von Spezialkommandos der Armee und von faschistischen Banden regelrecht belagert und terrorisiert.

DIE SICH ZUSPITZENDEN KLASSENKÄMPFE BEDROHTEN DIE HERRSCHAFT DER GRUNDHERREN, KOMPRADORENBOURGEOISIE UND DER IMPERIALISTEN !

Der Kampf der Arbeiterklasse, ihre Bewusstheit und Organisiertheit bewegten sich seit 1960 auf einer aufsteigenden Linie.
Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stieg von 250000 im Jahre 1959 auf 600000 im Jahre 1966. In 40 Streiks zwischen 1961 und 1963 und 83 Streiks zwischen 1963 und 1966 forderten die Arbeiter höher Löhne, mehr Sicherheit am Arbeitsplatz und protestierten gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit (K.P.Dizel, a.a.O. s.384). 1967 wurde die revolutionäre Gewerkschaftsföderation DISK gegründet, in der zur Zeit ihrer Auflösung über 125000 Proletarier organisiert waren. Aus der Menderes-Zeit stammt die gelbe Gewerkschaftsföderation TÜRK-IS, die heute wieder die einzig zugelassene Dachgewerkschaft ist.
Der zunehmende wirtschaftliche Druck und die brutalen Methoden,

mit denen die Demirel-Regierung jede Opposition zu unterdrücken versuchte, intensivierten den Kampf der Arbeiterschaft, der immer mehr politische Züge annahm. Seine wichtigsten Stationen in den Jahren 1968-1971 waren:
1968 wurde die Singer-Fabrik von den Arbeitern besetzt. 1969 standen die Arbeiter in Türk-Demir-Döküm "gegen die faschistische Regierung", "gegen die gelben Gewerkschaften" und "gegen die Aushöhlung unserer durch die Verfassung gewährleisteten Rechte" auf. Die 2200 Arbeiter besetzten die Fabrik und schlugen gemeinsam mit anderen Teilen der armen Bevölkerung die Angriffe der Polizei ab. 1969 kam es auch zur Bestreikung der amerikanischen Militärstützpunkte, in deren Verlauf Angriffe auf amerikanische Einrichtungen erfolgten und die Familien der amerikanischen Soldaten nach Griechenland evakuiert wurden.
Im Mai 1970 wurde die Singurlar-Fabrik unter der Losung "Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten!" besetzt; der Unternehmer musste trotz Einsatz von Militär den Forderungen der Arbeiter nachgeben.
Daneben gab es eine nicht abreissende Kette von Kämpfen in zahlreichen anderen Betrieben.

Die Arbeiterklasse stand nicht allein im Kampf gegen die Herrschenden. Studenten, fortschrittliche Intellektuelle, Kleinbürgertum, das vom wirtschaftlichen Kurs hart getroffen wurde, schlossen sich der demokratischen Oppositionsbewegung an. Bereits 1968, nachdem beim Begräbnis eines liberalen Richters der Trauerzug von faschistischen Banden überfallen worden war, demonstrierten 300000 bis 400000 Menschen in verschiedenen Städten gegen das Regime: "Nieder mit der Regierung!" "Nieder mit der Reaktion", "Für eine unabhängige Türkei!".
Dazu kam, dass die Regierung und hier v.a. die Grossgrundbesitzer die Ruhe und passive Haltung der Bauernmassen gestört sahen. 1970 und 1971 kam es wiederholt zu Besetzungen des Bodens von Grossgrundbesitzern durch Landproletariat, arme und mittlere Bauern. Revolutionäre Kader, die Marxisten-Leninisten um die Zeitung "Arbeiter und Bauern" (Auflage 50000 im jahr 1970) insbesondere, entfalteten eine erfolgreiche Propagandaarbeit in den Dörfern.

Die Demirel-Regierung antwortete auf die Bedrohung der Profite und ihrer Herrschaft überhaupt mit immer brutaler werdender Gewalt und Repression - Militär und Polizei gegen streikende Arbeiter und gegen Demonstranten, Unterstützung der Ausbildung faschistischer Terrorbanden, kein Eingreifen gegen ihr Treiben -, deren Höhepunkt 1970 mit dem Angriff auf die Verfassung von 1961 erreicht war. Es wurde die Einschränkung des Demonstrationsrechts - Demonstranten sollten zum Militär rekrutiert werden - und der politischen Bewegungsfreiheit, sowie der politischen Betätigung der Gewerkschaften vorgeschlagen; die DISK sollte in eine gelbe Gewerkschaft nach franco-spanischem Vorbild umgewandelt werden. u.a.m.
Dagegen gingen am 16. und 17. Juli allein in Istambul 100000 Arbeiter auf die Strasse und lieferten der Polizei, Armee und den von ihnen unterstützen paramilitärischen Kommandos der Faschisten eine siegreiche Schlacht, in der drei Arbeiter ihr Leben verloren. Die Proleter Devrimci Aydinlik, Zentralorgan der Marxisten-Leninisten der Türkei, Nr.1/1971 s.26, schreibt darüber:

> Im Vordergrund der Aktion vom 16. und 17.Juli stand zwar die Gewerkschaftsfreiheit, Streikrecht und Tarifrecht. Infolge der Arbeit der proletarischen Revolutionäre, sowohl vor wie während der Aktion, nahm der Kampf jedoch einen sozialistish -politischen Charakter an. Während der Aktion wurden folgende politische Parolen ausgegeben; die die heutigen Losungen des sozialistischen Kampfes in der Türkei sind: "Unabhängige Türkei!", "Nieder mit dem US-Imperialismus!", "Arbeiter und Bauern, Schulter an Schulter!" und "Die Regierung muss zurücktreten!".

Daraufhin erklärte die Regierung den Ausnahmezustand in den am meisten betroffenen Städten Istambul und Ismir: Aufhebung des Streik- und Demonstrationsrechts, Verbot der Tätigkeit revolutionärer Organisationen, Zensur, Stürmung der Universitäten, Massenverhaftungen.

Doch weder gelang es der Demirel-Regierung, die geplanten Verfassungsänderungen sofort durchzusetzen noch der sozialen Unruhe Herr zu werden. Bereits im Oktober 1971 kam es wieder zu schwersten Auseinandersetzungen in der südanatolischen Textilindustrie, zu Fabriksbesetzungen und Kämpfen mit der eingesetzten Armee.

DAS MEMORANDUM VOM 12. MÄRZ 1971. DIE ERIM REGIERUNG.

Während die Demirel-GP-Regierung vergeblich versuchte, die Krise der herrschenden Klassen durch zunehmende Repression und Terror, schließlich durch die offen bekundete Absicht der Beseitigung der Verfassung von 1961, zu bewältigen, gewann die bürgelich-reformistische Opposition gegen das Regime an Stärke.

Diese rekrutierte sich vor allem aus dem Kleinbürgertum , und der - zahlenmäßig eher unbedeutenden- mittleren Bourgeoisie, die mit den ausländischen Monopolen keine direkten Interessensverbindungen hat. Die ideologische und politische Führungsmannschaft dieser Fraktion bildeten Offiziere, Bürokraten und Intellektuelle. Die Konsequentesten und einsichtigsten Elemente davon vertraten explizit antiimperialistische Zielsetzungen. Ihre parteipolitische Vertretung ist der linke Flügel der RVP, der in der Vergangenheit die Partei immerhin zeitweise dominieren konnte. In der Armee sammelten sich die reformistischen Offiziere um die Zeitung "Revolution".

Daneben aber sorgte die Krise auch dafür, daß die Widersprüche zwischen den herrschenden Klassen verschärft wurden. Vor allem im Lager des Teils der Großbourgeoisie, der durch den rechten Flügel der RVP (Inönü, Koç, Erim) vertreten ist und sicherlich den "moderneren", von keiner wirtschaftlichen oder politischen Bindung an die Großgrundbesitzer unmittelbar gehemmten Teil der türkischen Großbourgeoisie darstellt, und der seit 1965 von der direkten politischen Machtausübung ausgeschlossen war, wuchs die Unzufriedenheit und Opposition gegen die GP-Regierung, deren Unfähigkeit i.w.S. man für die wirtschaftliche und soziale Krise verantwortlich machte. Sie sprachen auch von "Reformen", meinten aber jeweils solche, die für die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Positionen des grossen Kapitals, insbesondere einer bestimmten Fraktion davon, notwendig waren. Eine solche vordringliche Aufgabe ist die Durchführung einer "Agrarreform" möglichst auf Kosten der Großgrundbesitzer.

Aber auch der bisher herrschende Block von Großbourgeoisie, Gutsherrn und Wucherer drohte in verschiedene Fraktionen zu zerfallen; auch hier befürworteten die Kapitalisten Demirels Ablöse. Bereits 1969 hatte sich der extreme Flügel der Großgrundbesitzer von dem Block abgespalten und die "Demokratische Partei" gegründet.

Die reformistischen Offiziere befürworteten schon lange vor dem Memorandum eine Intervention der Armee gegen das von den reaktionären Kräften beherrschte Parlament.

Angesichts der Gespaltenheit der herrschenden Klassen, der anhaltenden wirtschaftlichen Krise und unter dem Druck der reformistischen Kräfte im eigenen Offizierskorps verfaßte die Armeespitze das Memorandum vom 12. März 71. Taktisch klug war es so verfaßt worden, daß die Generäle wenigstens verbal den Wünschen der Reformisten entgegenkamen: es forderte unter Berufung auf Kemal Atatürk neben der Überwindung der "anarchischen" Verhältnisse (die in den Monaten davor v.a. durch

die Untriebe der faschistischen Trupps der "Partei der nationalen Bewegung" verursacht wurde)) die Wahrung der Verfassung von 1961 und die Durchführung der in ihr vorgesehenen Reformen.
Die Reaktion auf das Memorandum war bei einem Großteil der reformistischen und demokratischen Bewegung sehr positiv. Die Armeezeitung "Revolution", die ein gutes Monat später verboten war, nachdem die erste Säuberung des Offizierskorps bereits zwischen dem 15. und 18. März erfolgt war, schrieb sogar euphorisch, daß die Armee ihr Schwert auf die Häupter der Armee habe sausen lassen.
In einer Erklärung der "Patriotischen Einheitsfront für eine Demokratische Türkei" heißt es darüber (Rote Fahne, Jg. 1, Nr. 3, 25. Nov. 71, G.S.R. Luxemburg):
"Mit dem Memorandum vom 12. März 1971 übernahmen die obersten Befehlshaber der Streitkräfte und der Stabschef, die Vertreter der kollaborierenden Großbourgeoisie in der Armee, zum Schein die reformistischen Forderungen der Mittel und Kleinbourgeoisie, um die Gefährdung der Interessen der Kompradorenbourgeoisie durch diese reformistische Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie taten so als wären sie Kemalisten (Reformisten). Sie drohten: Entweder betrachten die beiden Häuser des Parlaments die Situation "mit einem überparteilichen Verständnis" und bilden innerhalb "demokratischer Regeln" eine starke nationale Koalitionsregierung, oder aber die Armee ist bereit, "die Macht unverzüglich zu übernehmen". Die Demirel Regierung trat gleich darauf zurück. Inönü und seine Clique, die den rechten Flügel der RVP anführen, unterstützten das Memorandum. Viele reformistische Schriftsteller und Intellektuelle versuchten, das Memorandum als einen Sieg der progressiven Kräfte in der Armee innerhalb der Armee, als einen Triumph für die kemalistische Tradition der Armee zu interpretieren."
In Wirklichkeit hatte es die mit dem in- und ausländischen Monopolkapital verbündete Armeeführung in ihrer Hand, zur Behebung der wirtschaftlichen und politischen nach den Wünschen der Bourgeoisie eine dieser treu ergebene Regierung unter dem RVP Mann Erim zu etablieren und das Parlament - wenigstens vorübergehend - hinter ihr zu sammeln. Die Entschlossenheit, die demokratische Bewegung zu zerbrechen und die wirtschaftliche Krise auf dem Rücken des arbeitenden Volks zu beheben, diente vorerst als Heftpflaster fürdie Einheit aller Reaktionäre.

Mit dem Gerede von Reformen versuchdie Großbourgeoisie das Kleinbürgertum und das mittlere, nationale Kapital hinters Licht zu führen. Insbesondere durch die 11 "unparteiischen" Minister im Kabinett Erim, die die "Reformen" ausarbeiten sollten.
Die übrige Zusammensetzung des Kabinetts war aber für das neue Regime sehr bezeichnend. Erim selbst kommt vom rechten RVP-Flügel, in dem der größte Kapitalist der Türkei, Vehbi Koc, einen dominierenden Einfluß ausübt. Überhaupt gelang es der Koc-Holding, wichtige Posten mit ihren Generaldirektoren und Managern zu besetzen. "Anstelle der Akbank, Has Holding und Haci Ömer Holding, die die GP erobert hatten, herrscht Yapi Kredi Bankasi, Koc Holding und die Gruppe von Eczacibasi über die neue Regierung..... KocHolding ist ein großer Konkurrent der Akbank Gruppe. Koc, der größte Importeur der Türkei, hält das große Industrie imperium, das aus 50 mit dem Imperialismus assoziierten Großgesellschaften besteht, unter seiner Kontrolle. Die Wirtschaftspolitik der Demirel-Regierung war immer auf die Interessen der Akbank und gegen die der Koc-Holding gerichtet. Die letzte Geldentwertung stieß auf heftigen Protest der Koc-Holding, von deren Umsatz 45% in der Auto-Montageindustrie liegt...... Andrerseits war die Yapi Kredi Bankasi eine monopolkapitalistische Gruppe, die mit der GP Regierung nicht zufrieden war. Yapi Kredi Bankasi, die mit Koc-Holding feste Interessenverbindungen hat, steht mit der Akbank in Konkurrenz wegen der Teilhaberschaft mit den amerikanischen Banken. ...Wie zu erfahren war, hat die Regierung von Koc, an der Spitze Erim, die Absicht, die Akten der

Akbank und die damit verbundenen Spekulationen aufzudecken und die Akbank zur Rechenschaft zu ziehen. Dieses Vorgehen ist ein Ausdruck der Kampfe zwischen den Monopolen... (P.R. Aydinlik, 2/3, dt. Ausgabe S 22/23)
Weiters sind in der Regierung der stellvertretende Generaldirektor der OYAK ("Unterstützungskasse der Armee") sowie eine Reihe von bekannten US-Lakaien, z.B. Außenminister O.Olcay, früherer stellvertretender politischer Generalsekretär der NATO.
Bezeichnend für das neue Regime war auch, daß bei Bekanntwerden des Regierungsprogramms die 11 Technokratenminister zurücktreten wollten, sowenig war allein schon im Regierungsprogramm von Reformen zu sehen.
In der Außenpolitik versteigert sich die Regierung in Beteuerungen der Treue zum westlichen Bündnissystem zur Zusammenarbeit mit den Regimes ähnlichen Charakters in diesem Raum: Griechenland, Persien, Pakistan. Der EWG-Beitritt (ein Assoziierungsvertrag besteht seit 1964) wird als festes Ziel postuliert; der Markt soll dem europäischen Kapital weit geöffnet werden, das amerikanische wird mit der Umgehung der EWG-Zollschranken gelockt.
Die Annäherung an die EWG bedeutet aber für die Klein- und Mittelproduzenten erdrückende Konkurrenz. Darin und in anderen fehlenden oder existierenden Programmpunkten ersieht man, daß die Regierung, das Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie mit Scheinreformen lockt, daß die kollaborierende Großbourgeoisie auf ihre Interessen weiter keine Rücksicht nehmen wird noch kann. Ausdruck für die latente Opposition dieser Schichten sind die schweren Auseinandersetzungen zwischen linkem und rechtem Flügel der RVP nach Bekanntwerden des Regierungsprogramms und der darauf folgende Rücktritt Ecevits als Generalsekretär der Partei. Letzterer kommentierte das Regierungsprogramm so: "Ein Programm, das mit den Ziel vorbereitet wurde, um vor allem die ausländischen kapitalistischen Länder, die NATO, CENTO und EWG zu befriedigen ... ein Programm zur Befriedigung der einheimischen und ausländischen Unternehmerkreise, vor allem aber der ausländischen." (P.r. Aydinlik, dt. Ausgabe, Nr.2/3, S 47)
Die Indistialisierungpolitik des Staates soll auf große und konkurrenzfähige Anlagen beschränkt bleiben.
Die neue "staatskapitalistische Politik" sieh t die Auslieferung der Verwaltungsgremien der Staat betriebe an die direkten Vertreter der Großbourgeoisie vor.
Auf dem Gebiet des Kapitalmarkts plant die Großbourgeoisie ein neues Aktiengesetz zur besseren Erfassung der Kapitalien, sowie die Konzentration auf dem Banken- und Versicherungssektor.

Das Ziel der von der Großbourgeoisie geplanten und verlangten "Bodenreform" formulierte der Vorsitzende der Industriekammer von Istanbul, Soysal, folgendermaßen: "Die Frage der Erhöhung des Ertrages in der Landwirtschaft durch die Bodenreform interessiert uns zutiefst ... Dieser Sprung nach vorn bedeutet nicht, daß das vorhandene bebaubare Land an diesen oder jenen verteilt wird, sondern durch die Bodenreform soll die Leistung des bebaubaren Bodens forciert werden ... Wenn wir in der Landwirtschaft die intensive Betriebsweise und die moderne Technologie nicht anwenden, werden wir keinen hohen Ertrag erhalten." (p.r. Aydinlik, p.49)
Die Produktivität der türkischen Landwirtschaft blieb durch die kleinen Parzellen und die fehlenden Mechanisierungsinvestitionen auf seiten der Großgrundbesitzer die die ihnen dafür vom Staat gegebenen Kredite 'in der Stadt' profitabler anlegten, sehr niedrig. Im Vergleich exportierte die Türkei 1969 Agrarprodukte zu 6 Millionen Dollar, Israel zu 115 Millionen Dollar.
Das Regime denkt an keine Landverteilung an die Masse der Bauern. Diese werden auch weiterhin, und mit der Förderung von großen, kapitalistisch betriebenen und produktiven landwirtschaftlichen Einheiten sowie mit der Annäherung an die EWG in steigendem Maße verarmen, von Grund und Boden verdrängt und in die Masse der Land- und Industriearbeiter geworfen

werden. Der Staat wird das Land den Großgrundbesitzern abkaufen und der reiche Bauer wird Gelegenheit haben, es vom Staat mit Bankkrediten abzukaufen. Die Großgrundbesitzer würden durch die "Bodenreform" jedenfalls nicht viel verlieren. Die Großbourgeoisie muß, da sie in dem über jedes Gesetz abstimmenden Parlament noch die Unterstützung der Grundherren braucht, mit ihnen feilschen und Kompromisse treffen. Deshalb sollen sie neben hohen Ablösen den fruchtbarsten Teil des Landes behalten können; die Höchstgrenze wird wahrscheinlich um 2000 ha festgesetzt werden. Darüber hinaus bemüht sich die Regierung, auf diverse Hintertüren hinzuweisen, die die "Reform" entschärfen soll (Aufteilung auf mehrere Familienmitglieder)

Nicht zu umgehen sind die Interessenwidersprüche zwischen Grundbesitzer und Großbourgeoisie in der Frage der Landwirtschaftssteuer, die die Bourgeoisie mangels anderer Einnahmequellen im vergangenen Jahr im Parlament vorbringen mußte. Gegen die Opposition der Großgrundbesitzer und ihres Schwanzes an provinziellen Kapitalisten aber wird es der Großbourgeoisie schwerfallen, die seit dem Memorandum bestehende politische Form, nämlich die parlamentarische, beizubehalten. Dies um so mehr, da die Opposition des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie wächst.

Die 11 "überparteilichen" Minister traten am 5. Dez. 71 geschlossen aus der Regierung aus. In einer von ihnen abgegeben Erklärung hieß es, daß niemand noch der Ansicht sein könne, daß die Regierung die im Memorandum genannten Aufgaben und Reformen tatsächlich zu erfüllen habe. Die vorgesehene "Agrarreform" sei nicht einmal eine "Minimalreform". Statt die wirtschaftliche und politische Krise zu beseitigen, habe die Erim-Regierung und das Parlament die von der Großbourgeoisie im Oktober 71 begonnene "Kampagne für Preiserhöhungen" toleriert, ja sogar den früheren GP-Finanzminister in die Regierung genommen. Als Voraussetzung der Beseitigung der Krise müsse der Ausnahmezustand gegen die oppositionelle Bewegung aufgehoben werden.

In der RVP spielen sich gegenwärtig heftige Führungskämpfe zwischen dem rechten und dem linken Flügel statt, aus denen letzterer als Sieger hervorgehen könnte. Für diesen Fall und für den Fall der Opposition des Ecevit-Flügels gegen die Erim-Regierung (bisher unterwarfen sich diese meist der Parteidisziplin) sagte der gegenwärtige Führer der RVP, Inönü, bereits das Verbot der Partei voraus.

Es ist aus obigen Gründen sehr fraglich, wie lange der Schein des "freien westlichen Systems", die parlamentarische Regierungsform, in der Türkei noch aufrechterhalten werden wird und wann sie nach griechischem Muster beseitigt werden wird.

Das Reformgeschrei diente dem neuen Regime als Vorwand, in puncto "Ruhe und Ordnung" mit äußerster Brutalität und Terror gegen alle reaktionären Gruppierungen, aber auch gegen jede bürgerlich-reformistische Opposition überhaupt vorzugehen. Der erwähnte Vorsitzende der Istanbuler Industriekammer, E. Soysal, ein einflußreicher Mann in der VehbiKoc-Gruppe sprach die unterdrückerischen Absichten der Herrschenden bereits am 21.3.71 sehr klar aus: "Wir haben eine Verfassung in unserer Hand .... Vielleicht ist es notwendig, dass wir einige Änderungen an der Verfassung vornehmen müssen, damit die Verwirklichung der disziplinierten Ökonomie, die wir verfechten, möglich wird. Unser Land ist ein ökonomisch rückständiges Land. Aber unsere Verfassung kann vielen westeuropäischen Ländern als Beispiel dienen. Wenn in ihr manche Paragraphen vorhanden sind, die unsere ökonomische Entwicklung behindern, so müssen wir sie mutig ergreifen und ändern." (p.r. Aydinlik, 2/3, p 34 f.)

Alle ausbeuterischen Klassen und ihre Parteien werden mit Losungen wie "Schutz der nationalen Interessen und der nationalen Einheit",

"überparteiliches Verständnis" etc. zu einer heiligen Allianz gegen das Volk aufgerufen. Letzteres selbst soll durch chauvinistische und antikommunistische Hetzen unter den ideologischen Einfluß der Bourgeoisie gebracht werden.

Am 26.April 1971 wurde der Ausnahmezustand in 11 Industriegebieten, agrarrevolutionären Gebieten, in Universitätsstädten und von Kurden bewohnten Gebieten ausgerufen und bis heute jeweils verlängert. Dies bedeutet:

- Aufhebung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit.
- Auflösung aller revolutionären und fortschrittlichen Organisationen, unter ihnen die DISK und die kurdischen Kulturvereine.
- Verbot der gewerkschaftlichen Tätigkeit, Streikverbot.
- Aufhebung des Postgeheimnisses
- Anwendung der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches (beide sind wörtliche Übernahmen des Strafgesetzbuches Mussolinis), die jede interessenmäßige Organisierung des Volkes verhindern.
- Versetzung und Ausschluß vieler Offiziere.
- Militärtribunale

Bisher kam es zu mehreren Verhaftungswellen, dessen letzte mit einer Durchsuchung Istanbuls druch über 80.000 Soldaten und ca. 300 Verhaftungen endete. Ungefähr 13.000 politische Häftlinge befinden sich zur Zeit in türkischen Gefängnissen. Erst kürzlich wurden zwei der aus dem Gefängnis entflohenen Angehörigen der Türkischen Volksbefreiungsarmee von der Polizei erschossen bzw. verwundet. Von den im Oktober 1971 zum Tode verurteilten 18 Revolutionären sollen jetzt 2 endgültig hingerichtet werden. Weitere Scheinprozesse stehen bevor.

Gemäß der Auffassung des Ministerpräsidenten Erim, der die Verfassung von 1961 als Luxus für die Türkei bezeichnete, soll dieser Zustand verewigt werden. Dievorgesehenen und z.T. schon durchgeführten Veränderungen der Verfassung umfassen:

- Regierungsverordnungen bekommen Gesetzeskraft.
- Kontrolle und Entlassungsmöglichkeit der Richter durch einen neu zu wählenden Marionettenausschuß.
- Aufhebung der Autonomie von Rundfunk und Fernsehen.
- Aufhebung der Autonomie der Universitäten und Errichtung von polizeilichen Kontrollstellen innerhalb derselben.
- Vereinigungen sollen nur noch mit Zustimmung der Regierung gegründet werden können.
- Streikrecht, Demonstrationsrecht und Versammlungsfreiheit werden aufgehoben
- Verschärfung der Notstandsgesetze.

MLS - Wien, Ausschuß für Proletarischen Internationalismus Arbeitsgruppe Türkei

TEACH-IN
(voraussichtlich) 13. März

DER FASCHISMUS IN DER TÜRKEI

schickt die Arbeiter mit Waffengewalt in die Betriebe; läßt seine Gendarmerie im Interesse der Gutsherren und Wucherer auf die armen Bauern schießen; läßt die kurdische Bevölkerung von seinen niederträchtigen Kommando-Einheiten terrorisieren; läßt die revolutionäre Jugend von seiner blutbefleckten Polizei ermorden; wirft die Intellektuellen, die Demokraten und alle Antifaschisten in den Kerker und die Folterungskammer; setzt die Verfassung und die demokratischen Rechte des Volkes außer Kraft.

proleter devrimci
AYDINLIK

Die Perspektiven der palästinensischen Revolution

I. Palästin. Revolution 1972 Das Ja und das Nein zur Kapitulation

Der letzte große Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug, den die königl. jordanische Armee gegen die Organe und Stützpunkte der pal. Revolution unternahm, fügte ihr empfindliche materielle Verluste zu. Ideologisch bestätigten sich jedoch die Ansichten des linken Flügels des Widerstandes, der schon vor dem September 70 eindringlich die Unmöglichkeit der Koexistenz mit dem Husseinregime aufzeigte.

Schon 68 und 69 versuchte die revolutionäre Linke den Mehrheitsflügel (Al-Fath) des Widerstandes von der Notwendigkeit der Ergreifung der Kampfinitiative gegen das Husseinregime zu überzeugen. In der Tat war damals unter dem Druck der steigenden Flut der pal. Rev. eine Doppelherrschaft in Jordanien entstanden. Da die bewaffnete Auseinandersetzung determiniert war, sollte die Revolution selbst den Zeitpunkt des Kampfes bestimmen.
Die Bauern und Kämpfer-Sowjets von Irbid in Nordjordanien waren letzter Ausdruck der Doppelherrschaft. Unmittelbar vor dem Sieg der Konterrevolution im September 70. Doch schon 2 Jahre früher hatte die pal. Rev. ihre eigene Gerichtsbarkeit in Jordanien errichtet. Sogar der jordan. Grenzschutz und die Paßkontrollen erfolgten von doppelt besetzten Grenzkontrollstationen udn Patrouillen. Die von den Organisationen des Widerstandes auf Decknamen ausgestellten Kämpferausweise ermöglichten den Inhabern jederzeit freie Ein- und Ausreise, sowie Bewegungsfreiheit in Jordanien. Dadurch konnten viele Sympathisanten der Rev. aus den arabischen Ländern und aus dem Ausland (griech., türk., iranische Widerstandskämpfer) an Ort und Stelle die Einrichtungen der Rev. studieren, ja sogar als Guerilleros ausgebildet werden. Soziale Institutionen der Rev. bildeten sich selbstständig heraus und übernahmen Funktionen, die vorher von den jord. Behörden nur mangelhaft erfüllt worden waren und nur karitativen Charakter hatten. Witwen- und Waisenfonds sowie die Errichtung von eigenen Spitälern und Ambulanzen, Behandlungsstationen, nicht nur für die Palästinenser der Flüchtlingslager, sondern auch für die armen Bauern des libanesischen Südens und des jordanischen Nordens, welche bisher ohne institutionalisierte ärztliche Betreuung geblieben waren, waren die wichtigsten sozialen Einrichtungen der Rev.

Der Klassencharakter der Führung der Mehrheitsfraktion des Widerstandes (pal. Klein- und Mittelbürgertum im Schoße der arabischen Gesellschaften) stand aber

in krassem Widerspruch zu einer offensiven Politik. Aus diesem Grund ist seitens dieser Führung das Fehlen eines sozialrevolutionären Inhalts des Kampfes abzuleiten. Die Exponenten der pal. Großbourgeosie sowie die Feudalherren der besetzten Westbank des Jordans (Notablen etc.) werden wohl des nationalen Verrats wegen Kollaboration mit den Besatzern bezichtigt. Darin erschöpft sich aber die Kritik und es wird nicht auf die Produktions- und Austauschverhältnisse der Westbank eingegangen.

Die genannten Kräfte des pal. Klein- und Mittelbürgertums verhinderten zugleich die Aufnahme breiter Massen von Nichtpalestinensern in die Reihen der Rev. Die jordanischen und syrischen und die anderen arabischen Massen sollten sich auf das Spenden und auf die moralische Unterstützung der Rev. beschränken. Die vernichtende Niederlage einer israelischen Strafexpedition auf einen Stützpunkt der Rev. in Karameh 1968 hatte nämlich zur Folge, daß tausende von Freiwilligen jordanischer, syrischer und anderer Abstammung in die Reihen der Feddayin eintreten wollten.
Ca. 20.000 Tote und etliche Positionsverluste gingen im September 70 auf die Rechnung der jordanischen Armee. Die Führung der Mehrheitsfraktion des Widerstandes präsentierte und verbreitete kurz danach folgende Ursachen und lehren als Rettungs- und Rechtfertigungsversuch ihrer Position: Unreflektiertheit der extremistischen Losungen zum Sturz der jordanischen Monarchie seitens der linken Organisationen; publizistische Übertreibung der Rolle des pal. Widerstandes seitens der arabischen Staaten; Verbürgerlichung des Habitus der Führungskräfte des Widerstandes, wie das Halten von Chauffeuren, Leibwächtern, etc.. Es folgt aber daraus nicht die Säuberung in den eigenen Reihen, das Ganze soll nur auf die "Unart" mancher Führer verweisen.
In völliger Blindheit wird die Hauptschuld an den Sptemberereignissen der Habbasch-Gruppe (FPLP, einer radikalen-kleinbürgerlichen, daher im wesentlichen terroristischen Organisation) gegeben, die die vier Passagierflugzeuge entführte und sprengte. Die Gruppe hätte damit unweigerlich den König "provoziert". Man vergißt zu erwähnen, daß besagte Flugzeugentführung erst nach Abbruch der Jarring-Verhandlungen seitens Israels erfolgten. Die zionistischen Machthaber wollten nämlich, solange ein starker pal. Widerstand in Jordanien die führende politsche Rolle spielt, nicht weiter mit der jordanischen Regierung verhandeln.

Was die wahren Lehren der Septemberereignisse betrifft, so gilt es, 1,5 Jahre danach, in einer politischen Atmosphäre, die in den arabischen Ländern mehr und mehr durch Siege der Konterrev. gekennzeichnet ist, das "fehlende" Glied, welches den Zusammenhang zwischen der Lage des pal. Widerstandes und den optimalen Bedingungen für den Sieg über den Zionismus schafft, zu finden. Dieselben Kreise des Widerstandes die im Sommer 70 Nassers prinzipielle Zusage zu einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes laut als "Verrat" brandmarkten, gaben im November 71 bei der Konferenz von Djidda ihrem eigenen "Rogersplan" das Jawort. Dort erfolgte ein liquidatorisches Abkommen zwischen jordanischer und pal. Seite, welches mit ägyptischem und saudiarabischem Druck und Segen zustandekam.
Es verdeutlicht dies aber, daß das pal. Kleinbürgertum, wenn auch mit zeitlichem Abstand die Rev. ebenso verraten hat, wie es die arabischen kleinbürgerlichen nationalistischen Regimes vor ihm taten.
Der Grund für das Zuvorkommen der kleinbürgerlich-nationalistischen Regimes der sogenannten "fortschrittlichen" arabischen Länder in dieser Hinsicht ist, daß ihr nationales Kleinbürgertum über die politische und wirtschaftliche Macht verfügt. Das pal. Klein- und Mittelbürgertum hingegen übt erstens keine polit. Macht in einem Staate aus und mußte zweitens den Führungsanspruch auf das pal. Volk einer-

seits erst einmal einer anderen Klasse (Notablen der Westbank) entreißen, andererseits diese Führung überhaupt erst in pal. Hände zurückerobern (die besitzlosen pal. Flüchtlinge dem Nasserismus entziehen).

Die rev. Linke innerhalb des Widerstandes (FPDLP, Al-Saiqa) entwickelt eine Strategie, welche folgende Fragestellung planvoll beleuchtet: welches sind die Bedingungen, die in den arabischen Ländern zu schaffen sind, damit die pal. Rev. nicht nur überleben sondern letzten Endes auch siegen kann. Der rev. Volkskrieg als Mittel zum Klassenkampf (und nicht nur zur nationalen Befreiung) ist eine dieser Bedingungen.
Der Widerstand darf keinen takt. Erwägungen mehr den Vorrang über die strategischen geben. Jeder Opportunismus in den eigenen Reihen muß bekämpft werden und die völlige Autonomie muß wieder hergestellt werden.
Die kurzsichtige und fruchtlose Kollaboration mit den arabischen Regimes aller Schattierungen muß zugunsten des direkten Zuganges zu den arabischen Massen fallengelassen werden. Dadurch kann verhindert werden, daß die pal. Widerstandsbewegung von den Regimes für ihre außenpolitischen Zwecke (immer dann, wenn die Verhandlungsposition der arabischen Staaten - z.B. auf Grund mangelnder Aufrüstung-geschwächt ist, erfolgt die publizistische Aufwertung der Feddayin) mißbraucht wird. Die klassenspezifische Heranbildung und Schulung von revolutionären Kadern aus den Reihen des Industrieproletariats und der armen Bauern muß mit Nachdruck vorangetrieben werden.

II. Die Linie der FPDLP und die rechten und linken Fehler in der Beurteilung der palästinensischen Revolution

Unter den Fehleinschätzungen der palästinensischen Revolution durch die westeuropäische, studentische Linke dominieren zwei Grundhaltungen, die beide nicht in der Lage sind, die national-revolutionäre Bewegung der palästinensischen Volksmassen als widersprüchliche Einheit in den Griff zu bekommen. Die eine verbindet sich mit einer romantisierenden Vorstellug vom bewaffneten Kampf in der 3.Welt. Der Mythos der Militanz, der Ho Chi Minh, Che, Castro, Marighella und eben auch Arafat und Habbasch umgibt, tritt an die Stelle der Klassenanalyse und der Untersuchung der Bedingungen für eine Korrekte marxistisch-leninistische Strategie. Über der Bewunderung der Tapferkeit der Feddayin geht verloren, daß es sich hier um den Kampf eines g a n z e n Volkes gegen die Agression der Zionisten und die Reaktion der lokalen arabischen Regierungen handelt, einen Kampf, indem notwendig geschichtlich und klassenbedingte Widersprüche auftauchen, die vom Standpunkt der sozialistischen Revolution aus gelöst werden müssen. Es ist eine internationalistische Pflicht, den Kampf um die korrekte marxistisch leninistische Linie, der vor allem von der Demokratischen Volksfront FPDLP geführt wird, ideologisch, Propagandistisch und materiell zu unterstützen. Daß Diskussionen über Strategie und Taktik der palästinensischen Revolution von der oben skizzierten Position aus mit dem Hinweis abgewürgt werden, es stehe uns nicht zu, den palästinensischen Widerstandsorganisationen Zensuren auszustellen, hat nichts mit Solidarität zu tun, sondern ist objektiv dazu angetan, revolutionierende und politisierende Bewußtwerdungsprozesse zu verlangsamen oder gar zu verhindern.
Im Horizont dieser undifferenzierten und idealistischen Einschätzung können die Veränderungen gar nicht verstanden werden, die seit der objektiven Niederlage der Palästinenser im jordanischen Bürgerkrieg, der Zerschlagung ihrer bewaffneten Kerne und dem Aufbrechen der Widersprüche im Lager der

Widerstandsbewegung über die revolutionäre und die opportunistische Linie im Kampf gegen den Zionismus stattgefunden haben. Die Begeisterung für die Feddayin hat aufgehört, die palästinensische Revolution ist zur Zeit nicht mehr interessant genug für Abenteurer.
Während der Mythos von der Militanz der Palästinenser die Widersprüche leugnet und der Fehler in der Überbetonung der Einheit der nationalrevolutionären Bewegung liegt, "vergißt" die zweite Position die Einheit über den Widersprüchen.
Das Faktum, daß die IV.Internationale eine der ersten linken Organisationen war, die die FPDLP unterstützt haben, sagt noch nichts über die Motivation aus, mit der dies geschehen ist. Die FPDLP hat auf die Anbiederungsversuche der Trotzkisten und ihre linkssektiererische Interpretation der palästinensischen Revolution entsprechend reagiert. Es gibt einen Beschluß des Polit-Büros der Demokratischen Volksfront, der eine Zusammenarbeit mit den Trotzkisten ablehnt. In einem Interview mit Al-Djabha (nr.9/70, p.19) erklärt Genosse Nidal, Mitglied des Polit-Büros der FPDLP:
"Die Demokratische Volksfront war anfangs sehr isoliert, und sie hatte auch keine Vorurteile gegen irgendeine Richtung innerhalb der komm. Bewegung. So erklärt sich die Verbindung zu einigen trotzkistischen Gruppen in Europa, die die FPDLP unterstützten und die FPDLP benötigte jegliche Unterstützung. Andererseits war die Ideologie der FPDLP nie verhärtet oder starr, sondern immer veränderbar. - Unser Verhältnis zu den Troztkisten hat sich verschlechtert, da die Trotzkisten die FPDLP mit sich identifizierten und sie als trotzkistische Organisation betrachteten. Die FPDLP ist keine trotzkistische Organisation...Ein weiterer Grund ... war die Meinungsverschiedenheit um folgende Frage: Unterstützen sie die palästinensische Revolution als ganzes, auch wenn es die FPDLP nicht gäbe, oder unterstützen sie die palästinensische Revolution weil es eine marxistische Organisation, die FPDLP, gibt ?
Es machte ihnen Schwierigkeiten, diese Frage zu beantworten, weil sie meiner Meinung nach von einem Mißverständnis der nationalen Frage ausgehen; sie wollen die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen, falls sie marxistisch sind oder zumindest teilweise aus marxistischen Organisationen bestehen, während Marxisten nationale Befreiungsbewegungen auch dann unterstützen sollten, wenn diese nicht marxistisch sind."
In der Einschätzung der Frage des Kampfes gegen den Zionismus, der von der FPDLP korrekt als Hauptwiderspruch in der palästinensischen Revolution betrachtet wird, liegt der wesentliche Unterschied zwischen der linkssektiererischen und der marxistisch-leninistischen Linie in der Beurteilung der Revolution Genosse Nidal sagt richtig, daß eine Reduktion der Strategie der Linken auf den Klassenkampf gegen die arabische bzw. zionistische Reaktion (der von den israelischen Arbeitern als Klassenkampf geführt werden sollte), keineswegs eine revolutionäre Lösung des Problems gewährleisten würde.
"Die Befreiung Palästinas und die Zerstörung des Zionismus können nicht durch eine Revolution des israelischen Proletariats erreicht werden. Das Gegenteil ist der Fall.

Das Gegenteil ist richtig. Der Sieg des Proletariats in Israel kann nur durch die Befreiung Palästinas erreicht werden, durch den Kampf der Palästinenser und Araber." (Nidal,a.a.O.)
Die palästinensischen Revolutionäre, die die national-revolut. Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen den Zionismus konsequent vorantreiben, in dessen Verlauf dem palästinensischem Volk klar wird, daß es nur siegen kann, wenn es zugleich den Kampf

gegen die arabische Reaktion Jordanischer und Ägyptischer Provenienz aufgreift, verstehen sich als Teil der gesamtarabischen revolutionären Befreiungsbewegungen. Genosse Nidal:

"Die Herrschaft des Imperialismus (bewirkt) einen Widerspruch zwischen den unteren Klassen einerseits und den arabischen Oligarchien und der Kompradorenbourgeoisie andererseits. So wird aus dem antiimperialistischen Kampf gleichzeitig ein Klassenkampf, ein Kampf, in dem die Klassen, in deren Interesse der Kampf gegen den Imperialismus liegt, im Widerspruch stehen zu den Klassen, die mit dem Imperialismus verbündet sind, und auch zu den Klassen, die keinen systematischen Kampf gegen den Imperialismus führen können, also der Kleinbourgeoisie und besonders deren verbürgerlichten Teil. Die arabischen Länder leiden gleichzeitig unter 2 verschiedenen Arten der Unterdrückung: einerseits der zionistischen Herrschaft, die den national-patriotischen Widerspruch hervorruft, und andererseits der imperialistischen Herrschaft, die den Klassenwiderspruch hervorruft, weil, wie ich erklärte, der antiimperialistische Kampf zum Klassenkampf wird. Einer dieser beiden Widersprüche spielt in der jeweiligen Situation die dominante Rolle, während der andere in den Hintergrund rückt. Diese beiden Widersprüche können nicht auf einen zurückgeführt werden. Um es der arabischen Revolution zuermöglichen, mit diesen beiden Widersprüchen gleichzeitig fertig zu werden, müßte es eine einheitliche revolutionäre arabische Bewegung geben, die jeden der Widersprüche dazu benutzen kann, den anderen zu intensivieren, umddie eine Strategie entwickelt, die eine Niederlage ausschließt, eine Strategie, die die spezifischen Merkmale jedes der beiden Widersprüche in Betracht zieht. Der national-patriotische Widerspruch erfordert eine ganz bestimmte Taktik, die Taktik des nationalen Bündnisses, während der andere Widerspruch eine andere Taktik erfordert, die Taktik der Klassenbündnisse und Klassenwidersprüche. Deshalb müßte es im arabischen Raum eine einheitliche revolutionäre Bewegung geben, die diese Tatsachen in Betracht zieht und eine Strategie entwickelt, die gegen das schwächste Glied in diesem System der Widersprüche gerichtet ist. Deshalb ist die Beziehung und Verbindung zwischen der palästinensischen Widerstandsbewegung und der arabischen revolutionären Bewegung und auch die Verbindung zwischen der palästinensischen Widerstandsbewegung und den Befreiungsbewegungen in den Golfländern so wichtig. Andererseits lenkt aber die Existenz Israels die Aufmerksamkeit der Massen vom Klassenkampf und vom antiimerpialist. Kampf ab auf einen anderen Brennpunkt, den national-patr. Kampf und verschafft so dem Imperialismus einen großen Vorteil. Der Imperialismus wiederum unterstützt Israel durch die Ausbeutung der arabischen Länder und durch die Errichtung schwacher, unterentwickelter Staaten, die dem israelischen Staat unterlegen sind..

Wir können nicht den einen Kampf dem anderen vorziehen, denn wenn wir z.B. das Problem Israel in den Hintergrund schieben und das Problem des Imperialismus vorrangig behandeln würden, würde das bedeuten, daß wir Israel die Chance gäben, seine Position zu konsolidieren, und daß wir ihnen einen Angriff gegen die paläst. Widerstandsorganisationen ermöglichen würden. Wenn wir andersherum das Problem Israel vorrangig behandeln würden, und das imperialist. Problem zurückstellen würden, würde das heißen, sich der israelischen Herausforderung unter für Israel günstigen Bedingungen zu stellen, unter den Bedingungen der arabischen

Schwäche und der arabischen Unterentwicklung. Deshalb müssen die beiden Kämpfe gleichzeitig geführt werden und das strategische Problem ist, wie ich schon sagte, die verschiedene Taktik, die von den verschiedenen Merkmalen der beiden Widersprüche erfordert wird, in einem einheitlichen Kampf zu verwirklichen.. All dies beweist die Bedeutung der Verbindung zwischen paläst. Widerstandsbewegung und der arabischen Revolution, und die Bedeutung der strategischen Koordination zwischen den Befreiungsbewegungen in Palästina, in den Golfländern und in den anderen arabischen Ländern." (Nidal, a.a.O.)

Wie die FPDLP das Verhältnis des national-patriotischen und des antiimperialistischen und Klassenkampfes in bezug auf die Entwicklung der korrekten marxistisch-leninistischen Linie im palästinensischen Widerstand sieht, geht deutlich aus dem abgedruckten Text der FPDLP nach dem jordanischen Bürgerkrieg hervor.

III. Der Kampf um die Einheit der national-revolutionären Bewegung

Der Grad der Widersprüche zwische dem linken und rechten Flügel des paläst. Widerstandes hat sich indes seit dem Oktober 70 noch erheblich verstärkt.
Die Fath-Führung wird immer deutlicher zu einem direkten Arm der nationalistischen arabischen Regimes, insbesondere Ägyptens und befindet sich auf Grund ihrer klassenmäßigen und ideologischen Verbundenheit mit diesen sog. "progressiven Regimes" nur mehr soweit im Widerspruch zur jordanischen Reaktion, als es die nationalistische Bourgeoisie v.a. Ägyptens selber ist. "Es geht hier heute um die Frage, wer den Frieden mit Israel schließen darf, ein nationalistisches Regime auf dem Boden Jordaniens, das mit dem Syriens oder Ägyptens verbunden ist, oder das jordanische, das v.a. vom britischen Imperialismus als sicherer Garant der Erdölinteressen geschätzt wird. Um sich aber als Partner der bürgerlichen arabischen Regierungen und zuverlässiges Element des "Friedens" zu empfehlen, muß Al-Fath (bezieht sich auf die Fath-Führung, die Verf.) versuchen, die sozialrevolutionären Elemente der Widerstandsbewegung auszuschalten" (Neues Rotes Forum 1/71, p. 37)
In dem Maße, in dem sich die Fath-Führung als außenpolitisches Instrument der arabischen Regierungen erweist, brechen immer schärfere Konflikte zwischn ihr und den Massen auf. Es ist die Aufgabe der Linken, den Verrat der Fath-Führung an den Interessen des palästinensischen Volkes vor den paläst. und anderen arabischen Massen zu entlarven, die Kapitu lanten zu isolieren und die Einheit der national-revolutionären Massenbewegung auf der Grundlage einer marxistisch-leninist. Strategie wiederherzustellen.
Die enge Kampfgemeinschaft zwischen den bewaffneten Kadern an der Basis, unabhängig von der Zugehörigkeit zu verschiedenen Widerstandsorganisationen, erleichtert diese Aufgabe.

Die Konferenz von Djidda, (November 71), die auf Einladung und Druck Ägyptens und Saudi-Arabiens stattfand, hat zum ersten Mal zu einem wirklich massenhaften Aufbrechen der schwelenden Konflikte geführt, die zwischen Basis und Fath-Führung in ihrem Verhältnis angelegt sind. Es ging um die "Schlichtung" der "innerarabischen" Auseinandersetzungen zwischen den paläst. Revolutionären und der jordanischen Konterrevolution. Der Katalog der Jordanier, der als Diskussionsgrundlage dienen sollte, beinhaltete folgende liquidatorischen Forderungen:

1. das paläst. Volk soll künftig nicht mehhr durch den Widerstand, sondern vom jordan. Thron vertreten werden.
2. die Stützpunkte der Palästin. sollen auf einige wenige,

von der Regierung kontrollierte reduziert werden und insgesamt nicht mehr als einige tausend Feddayin umfassen dürfen.
3. Militärische Operationen der Feddayin gegen den nationalen Feind dürften künftig von jordanischem Gebiet aus ohne vorherige Konsultation der jordanischen Armee nicht mehr unternommen werden.
4. In Jordanien dürfe nur mehr ein Büro der Widerstandsbewegung unterhalten werden
5. Alle an der Konferenz nicht teilnehmenden paläst. Organisationen müssen liquidiert werden, wofür der paläst. Gesprächspartner selbst zu sorgen habe.

Als dieser Katalog der jordanisch. Mörder bekannt wurde, lehnte die von der Al-Fath schon vorher gebildete Delegation die Teilnahme an der Konferenz ab. Der Verhandlungstermin mußte aufgrund des Nichterscheinens der Palästinenser verschoben werden. Erst beim zweiten Anlauf gelang es dem rechten Flügel der Al-Fath eine Delegation von Kapitu lanten nach Djidda zu bringen.
Die Antwort der palästinensischen und jordanischen Massen auf diesen offenen Verrat der Al-Fath-Führung waren Massendemonstrationen in Beirut gegen die Kollaboration mit den jordanischen Konterrevolutionären. Sogar der Al-Fath-loyale palästinensische Studentenverband in Westeuropa, GUPS, sah sich veranlaßt, gegen die Teilnahme an der Konferenz zu protestieren. Verhandlungen und Verhandlungsergebnisse der Konferenz blieben geheim.
Je mehr sich - wie im Fall Djidda - die arabischen "progressiven Regimes" (bes. Ägypten, das sich unter Sadat stetig nach rechts bewegt) als willfährige neue Partner des Imperialismus in der Frage des "friedlichen Weges zur Lösung der Palästina-Frage" erweisen, wird die Eröffnung des Kampfes zum Sturz der neuen Bourgeoisien in den arabischen Staaten zur objektiven Notwendigkeit. Es ist klar, daß dadurch die Bedingungen des national-revolutionären und Klassenkampfes der Palästinenser erheblich erschwert werden.
"Die Methoden des Kampfes der revolutionären Linken in Jordanien und den anderen arabischen Staaten werden sich also ändern müssen, neben dem Versuch, das Bündnis mit dem radikalen Flügel des Kleinbürgertums zu erhalten, und die Massen in offenen Aktionen zu gewinnen, wird die Arbeit mehr und mehr in die Illegalität treten. Trotz des Formwechsels der revolutionären Arbeit aber wird die propagandistische und materielle Unterstützung durch die internationale revolutionäre Bewegung gerade dann wichtig sein, wenn die Aktionen der arabischen Revolutionäre weniger spektakulär ablaufen ...
Der Verlauf des (jordanischen) Bürgerkriegs im September 70, das Verhalten der arabischen Regimes und die Entwicklung der Widerstandsbewegung seitdem haben die Richtigkeit der Analyse der FPDLP, wie sie sich auch in dem hier wiedergegebenen Dokument ausdrückt, gezeigt. Die Zukunft der revolutionären Bewegung im Nahen Osten hängt nicht zuletzt davon ab, wie diese Organisation es schafft, die Anschläge, denen sie in der nächsten Zeit ausgesetzt sein wird, zu überleben und den eingeschlagenen Weg zur Bildung einer marxistisch-leninistischen Partei fortzusetzen" (NRF, a.a.O.)

MLS Wien
Ausschuß für proletarischen Internationalismus
"Arbeitsgruppe arabische Revolution"

Die FPDLP zum jordanischen Bürgerkrieg

I. DER VERLAUF DES BÜRGERKRIEGS

Die demokratische Volksfront über den Bürgerkrieg

Die militärische und politische Offensive, die die jordanisch-palästinensische Reaktion und der US-Imperialismus im September 1970gegen die Widerstandsbewegung organisierten, war nicht die erste und wird auch nicht die letzte Offensive sein. Sie war nicht nur gegen den linken Flügel der Widerstandsbewegung gerichtet, wie die Reaktion behauptet, oder durch die politischen Handlungen der Linken zustande gekommen, wie manche Kreise der Rechten in der Widerstandsbewe gung propagier en.

Die Septemberoffensive ist ein Glied in der Kette der reaktionären Aggressionen gegen die Widerstandsbewegung und die Bevölkerung. Sie ist ein objektives Ergebnis des fortwährenden Widerspruchs zwischen dem teils semi-feudalen, teils bürgerlichen (Kompradorenbourgeoisie) jordanischen System einerseits und der palästinensisch-jordanischen Befreiungsbewegung andererseits. Alle Versuche, diesen Widerspruch zu verschleiern, mußten scheitern, weil die jordanisch-palästinensische Reaktion wegen ihres Abhängigkeitsverhältnisses vom Imperialismus die nationalen Bestrebungen zur Lösung des nationalen Widerspruchs mit dem israelischen und imperi alistischen Feind bekämpfen mußte, und die Schwächung der nationalen Befreiungsbewegung das oberste Ziel ihrer Politik war. Wir sagen nichts Neues, wenn wir noch einmal daran erinnern, daß das reaktionäre Regime in Amman historisch eine Sicherheitsgarantie für die zionistische Bewegung vor 1948 und für den zionistischen Staat und die Konterrevolution im arabischen Raum nach 1948 darstellt. Wir sagen auch nichts Neues, wenn wir die Rolle der Reaktion bei den ständigen Versuchen zur Schwächung und Unterdrückung der Guerrilla vor 1967 (Al-Fat'h) ins Gedächtnis rufen, als die Guerrilla noch kaum organisatorisches oder militärisches Gewicht besaß.

Nach dem Juni-Krieg 1967 unternahm diese Reaktion die erste Offensive - Umzingelung und Vernichtung der Guerrilla im Al Agh am 2.2.68 -, noch bevor die Bevölkerung in den Städten bewaffnet wurde, und die zweite Offensive am 4.11.68 in Amman und anderen Städten, bevor es überhaupt einen organisatorisch unabhängigen linken Flügel in der Widerstandsbewegung gab. Alle diese Aggressionen der Reaktion sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens die reaktionäre, klassenmäßig und historisch überholte Struktur des Systems in Amman, und zweitens die Abhängigkeit dieses Systems vom Imperialismus und die damit verbundene Bereitschaft, an der Verwirklichung der imperialistischen Pläne durch die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung mitzuwirken.
Elemente der nationalistischen Rechten in den Reihen des Widerstands und diejenigen, die die Geschichte des Imperialismus in diesem Gebiet und in der ganzen Welt zu ignorieren versuchen, hören trotzdem auf die Lügen der Reaktion, daß die letzte Offensive dem linken Flügel der Widerstandsbewegung gegolten habe, oder dem linken Flügel provoziert wurde. Es ist daher dringend notwendig, solche Elemente aus den Reihen der Widerstandsbewegung zu entfernen.

Zur Vorgeschichte des Bürgerkriegs

Seit Anfang 1970 wurde deutlich, daß der Imperialismus

und die reaktionären arabischen Kräfte es sich für die Jahre 1970/71 vorgenommen hatten, die Palästinafrage zu lösen. Darauf deuteten einige dem Bürgerkrieg vorausgegangene Geschehnisse hin, wie z.B. der direkte amerikanische Druck auf Kairo, der Sisco-Besuch in Israel und den arabischen Ländern, die israelischen Militäraktionen, die den Krieg in das Innere des arabischen Gebiets, vor allem in die VAR, trugen, das Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz von Casablanca, die Januar-Angriffe gegen die Widerstandsbewegung im Libanon, die Angriffe vom 10.2. und 7.6.1970 in Amman etc. Auch die offizielle sowjetische Politik versucht 1970/71 die Nah-Ostkrise, wenn auch aus anderen Erwägungen als denen des Imperialismus und der arabischen Reaktion, zu lösen, und zwar nach der sowjetischen und arabischen Auslegung der Sicherheitsresolution vom 27.11.1967. Diese und andere Umstände führten zum Rogers-Plan (Ende Mai 1970), den Kaito und Amman im Juli 1970 annahmen. Damit rückte die Ausführung der Resolution näher. Eines der ersten Ergebnisse des Rogers-Plans war die Verwandlung des Kampfes gegen den zionistischen Feind in einen innerarabischen Konflikt, wodurch die Kräfte der Widerstandsbewegung verzettelt wurden. Die Kommuniques der FPDLP (Juli und August 1970) haben deutlich gemacht, daß der Rogers-Plan einen Schritt in Richtung auf die Jordanisierung des Krieges im Nahen Osten bedeutet.

Die jordanische Reaktion mobilisierte ihre Kräfte für die endgültige militärische Vernichtung der Widerstandsbewegung, indem sie den "königlichen weißen Putsch" in den Reihen der Armee, der Polizei und der Sicherheitspolizei anzettelte, um sich mit eiserner Faust in allen staatlichen Unterdrückungsinstitutionen zu festigen und sie politisch und psychisch für ihre Offensive zu mobilisieren. Sie setzte Regierungen mit national- bürgerlichen Figuren ein, die als trojanisches Pferd fungierten, um den Widerstand und die Bevölkerung zu täuschen. (Mitteilungen der FPDLP an die Zeitungen : Saut AlGamahier, Al Talifa, Al Shararah, Fat'h).

Um die Vorbereitungen der Offensive abzuschließen, besuchte Hussein vom 20. - 23.8.70 Kairo. Bei den Verhandlungen mit Nasser forderte Hussein die ägyptische Unterstützung seiner Pläne zur Schwächung und Unterdrückung der Widerstandsbewegung. Mit der Rückendeckung der "nationalen" Rifai-Regierung und der Politik der fünfköpfigen arabischen Schlichtungsdelegation setzte die jordanische Reaktion ihre Aggressionsvorbereitungen fort. In der Zeit vom 7.6. bis zum 16.9.1970 bestand zwischen Amman einerseits und den imperialistischen Staaten (Washington, London, und der Bundesrepublik) andererseits eine Luftbrükke, über die die jordanische Armee mit den für die Aggression nötigen Waffen und Munitionen versorgt wurde. Die Widerstandsorganisationen und das Zentralkomitee der PLO wußten von dieser Luftbrücke.

Der königliche Hof nützte die Annahme des Rogers-Plans durch die VAR sowie die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Widerstandsorganisationen für die Säuberung der Armee und Polizei aus. Er machte sich auch die allgemeinen Sympathien der Bevölkerung für den Nasserismus und die Lage der "nationalen" Bourgeoisie, die zu Kairo ein gutes Verhältnis hatte, zunütze. Er schien keine Bedenken hinsichtlich des Iraks zu haben, obwohl der Irak lautstark seine Unterstützung für die Widerstandsbewegung versprach.

Die FPDLP klärte die Bevölkerung und die Widerstandsbewegung über die gefährliche Lage auf (Die FPDLP -Dokumente zur 7. palästinensischen Nationalversammlung in Kairo vom 27.-31.5.70 sowie zur außerordentlichen Nationalversammlung in Amman vom 28.8.70) und wies nach, daß die Unterdrückung der Widerstandsbewegung in Jordanien und im Libanon bevorsteht. Kaum war die 7. Nationalversammlung beendet, da begann die vierte militärische Offensive in Amman und Zarka.
Auf der 7. palästinensischen Nationalversammlung setzte sich die FPDLP für die Durchsetzung elementarer Maßnahmen ein, die die Existenz der Revolution und ihre richtige nationale Linie in der jordanisch-palästinensischen Front ermöglichen sollten:

Eine Diskussion darüber war der FPDLP auf der 6. Nationalversammlung (Sept. 69) durch einige rechte Elemente von Al Fat'h und die Rechten der Nationalversammlung verweigert worden. Die wichtigsten dieser Maßnahmen sind:
1. Die Betonung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes als Anwort auf die Politik der Palästinisierung der Palästinafrage durch die Al Fat'h, d.h. die Hervorhebung des Zusammenhangs zwischen dem alltäglichen Kampf gegen den nationalen Feind auf der einen, dem Schutz der Revolution in Amman und der Notwendigkeit des Aufbaus einer soliden nationalen Basis in Jordanien auf der anderen Seite, so daß die Widerstandsbewegung die Angriffe der Konterrevolution und die Pläne des Imperialismus vereiteln kann .
2. Vereinheitlichung und Organisierung des politischen und ökonomischen Kampfs des palästinensischen und des jordanischen Volkes, als Antwort auf die Politik der Fat'h, die auf gewerkschaftlicher und berufsständischer Ebene eine separatistische Politik betrieben hatte. Die separatistische Fat'h-Politik trug objektiv zur Isolierung der ostjordanischen Bevölkerung bei und hinderte ihre Teilnahme am nationalen Kampf.
3. Zusammenschluß der Widerstandsorganisationen in eine nationale Einheitsfront auf der Basis der Gleichberechtigung, und die Wahl eines Zentralkomitees, dessen Politik sich an einem Minimalprogramm orientiert. Die Nationalversammlung beschloß zwar diese Maßnahme; sie kam jedoch zu spät, abgesehen davon, daß dieser Beschluß nicht in die Praxis umgesetzt wurde. Gegenüber den Staaten, die den Rogers-Plan annahmen, konnten weder die Widerstandsorganisationen noch das Zentralkomitee eine einheitliche, auf der Grundlage eines politischen Programms basierende Position vertreten.

Gegenüber Amman vermochten die Widerstandsorganisationen keine einheitliche Position zu vertreten. Es war die Aufgabe der Widerstandsbewegung, den Rogers-Plan zu vereiteln, mit dem die UN-Resolution in eine entscheidende Phase eintrat. Zur Vereitelung dieses Plans wäre die Schaffung einer nationalen Regierung notwendig gewesen, die gegen die imperialistisch-zionistischen und reaktionären arabischen Liquidierungspläne hätte kämpfen können. Die FPDLP machte die Massen, das Zentralkomitee der PLO

und die Widerstandsorganisationen auf die Gefahren der neuen Phase aufmerksam. (Kommunique der FPDLP und Al-Shararah) Unter Mitwirkung der FPDLP rief das Zentralkomitee die palästinensische Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung ein, auf der die FPDLP den Delegierten Vorschläge und Resolutionen vorlegte.

Die Nationalversammlung vom 27.8.1970 nahm zwar die Resolutionsvorschläge der FPDLP mit Änderungen an, lehnte jedoch die Konsequenzen ab (Kampf für eine nationale Regierungsform). Die Nationalversammlung beschloß: Die jordanisch-palästinensische Front wurde als eine Einheit und Ostjordanien zur Basis der Revolution erklärt. Keine Autorität, keine Regierung dürfe mit dem nationalen Feind über eine Regelung der Palästinafrage verhandeln. Darüberhinaus sollte auf die Umwandlung des ostjordanischen Gebiets in eine Festung der palästinensischen Revolution hingearbeitet werden, in der sich die bewaffneten Volkskräfte gemeinsam mit den revolutionären Soldaten zur Weiterführung des nationalen Kampfes organisieren werden.

Diesem politischen Kampf fehlte aber eine konkrete Bestimmung derjenigen Macht, die in Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung die revolutionären Volkskräfte und Soldaten zu einer Einheit zusammenschließen konnte. Die Nationalversammlung verweigerte eine Diskussion über die Bildung einer nationalen Regierung.

Um die Massen, die Widerstandsbewegung und die Soldaten auf diese zentrale Frage aufmerksam zu machen und zu mobilisieren, ergriff die FPDLP die Initiative und formulierte die nächsten politischen Aufgaben in der Parole: "Alle Macht dem Widerstand, den revolutionären Soldaten und dem bewaffneten volk". (Al Shararah, die Massenaktivitäten, Aufrufe an die Soldaten und Offiziere, revolutionäre Soldatenkomitees zu bilden etc.)

Die Widerstandsbewegung blieb diesen Fragen gegenüber bis nach dem Angriff der jordanischen Truppen auf Amman vom 31.8. - 1.9.70 unentschlossen. Bei diesem Angriff, der hinter dem Rücken des Oberbefehlshabers der jordanischen Armee Mashhour Haditheh unternommen wurde, wurde es der Widerstandsbewegung insgesamt deutlich, daß der Säuberungsprozeß in der Armee schon soweit vollzogen war, daß die jordanische Reaktion zum Angriff übergehen konnte. Erst danach veröffentlichte das Zentralkomitee der PLO die berühmte Erklärung zum Kampf für eine nationale Regierung, wobei diese Erklärung auf die Stellung des Königs nicht einging.

Trotz dieser, von allen Organisationen des Widerstands angenommenen, Erklärung blieb die Widerstandsbewegung in Verteidigungspositionen. Die militärischen und politischen Pläne des Widerstands waren defensiv und stellten daher keine Alternative zu den Aggressionsvorbereitungen der jordanischen Armee dar. Das Programm der Widerstandsbewegung reduzierte sich darauf:

1. Politisch wurde die Parole ausgegeben, daß die Widerstandsorganisationen den Kampf zur Bildung einer nationalen Regierung, zur Säuberung des Staatsapparats und zur Verhinderung der liquidatorischen Pläne etc. intensivieren. Die Parole zum Sturz des Marionetten-Regimes in Amman beschränkte sich auf die reaktionären, politischen und militärischen Erscheinungsformen der Machtausübung in Jordanien ohne den König selbst miteinzubeziehen.
2. Militärisch beschloß die Widerstandsbewegung einen Defensivplan im Falle einer militärischen Auseinandersetzung. Die Kräfte des Widerstands wurden dem Befehl eines "gemeinsamen Militärkomitees" unterstellt.
3. Darüberhinaus wurde die Kontaktaufnahme mit Kairo, Bagdad und Damaskus beschlossen, um die Positionen dieser Länder zu klären. Das Zentralkomitee der PLO war nicht in der Lage, ein Programm aufzustellen, auf dessen Grundlage die Klärung der Positionen hätte erreicht werden können.

Die Struktur der Widerstandsbewegung und deren Beziehungen zu den arabischen Ländern führte zu einer solchen Planung, obwohl die FPDLP in den Gespächen mit mehreren Organisationen davor warnte, dem jordanischen Regime die Initiative zu überlassen. Die Demokratische Volksfront wandte sich auch an die Massen, um die krisenhafte Situation durch eine sich ständig steigernde Wachsamkeit der Massen und der Widerstandsbewegung zu meistern.

Die Septemberoffensive, Ziele und Ergebnisse

Unter diesen Verhältnissen begann der Angriff und zwar eine Stunde nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Widerstandsbewegung und der jordanischen Regierung unter Aufsicht der arabischen Schlichtungskommission. Die Widerstandsbewegung war in der Tat daran interessiert, die sich ständig steigernden Gefahren eines Bürgerkrieges aufzuhalten. Der Hof und der Imperialismus hatten aber die notwendigen militärischen und sonstigen Maßnahmen für den Bürgerkrieg bereits getroffen. Ihre Ziele waren:

1. Eine materielle und physische Liquidierung der Widerstandsbewegung und ihre Isolierung von den Massen, unter deren Schirmherrschaft sich die Revolution entwickelte.
2. Terrorisierung der jordanisch-palästinensischen Massen als ein notwendiger Schritt zur Wiedereinführung der Diktatur derjenigen Klasse, die sich historisch mit dem Imperialismus zur Unterdrückung der nationalen Befreiungskräfte verbündet haben.
3. Spaltung des historischen Bündnisses zwischen dem palästinensischen und dem jordanischen Volk durch eine künstliche Hervorhebung regionalistischer Besonderheiten und Ansprüche, die das Regime wachzuhalten immer bereit war.
4. Schaffung solcher Verhältnisse, die eine Kapitulation des palästinensischen Volkes als eine spontane Reaktion auf die barbarischen Angriffe herbeiführen sollten.

Hinzu kommt, daß der Palast eigene Ziele verfolgte, die die weitere Existenz seiner Herrschaft und der Monarchie sichern sollten. Der Palast begann die Pläne seiner eigenen imperialistischen Herren zu fürchten, die eine Einverleibung des ostjordanischen Territoriums in den zu schaffenden Palästinastaat befürworten. In den imperialistischen amerikanischen Kreisen wurde die Frage der Einverleibung des ostjordanischen Gebiets in den projektierten Palästinastaat unter dem Gesichtspunkt diskutiert, daß das Westufer und der Gaza-Streifen weder ökonomisch noch geographisch das Territorium eines solchen Staates sein könne, zumal 900 000 Palä-

stinenser in Ostjordanien, 140 000 in Syrien, 300 000 im Libanon etc. leben. Aus dieser Überlegung und aufgrund der Interessen des US-Imperialismus an einer Regelung, die den Staat Israel und seine Interessen im arabischen Raum sichert, sind die USA zur Preisgabe der jordanischen Monarchie bereit.

Der britische Imperialismus betreibt hingegen eine Politik, die dem Palästinastaat zwar zustimmt, die ostjordanische Monarchie aber als Stützpunkt zur Sicherung seiner Ölinteressen beibehalten will.

Hussein war angesichts dieser Situation gezwungen, seine eigene Macht und Stärke in Jordanien zu demonstrieren. Er bot den imperialistischen Verbündeten mit seinen barbarischen Angriffen gegen die Widerstandsbewegung und die Bevölkerung eine andere Alternative, die darauf hinausläuft, den geplanten Palästinastaat unter der Voraussetzung zu unterstützen, daß dieser Staat ein Bundesland der jordanischen Monarchie sein muß. In mehreren öffentlichen Erklärungen hat Hussein diese Politik verteidigt.

Der Verlauf der Offensive

Am 16.9.70 setzte Hussein die Rifai-Regierung ab und beauftragte, eine Stunde nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens mit der Widerstandsbewegung, eine faschistische Militärregierung, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. In den ersten Stunden forderte das faschistische Regime die Bevölkerung auf, die Waffen abzugeben, Daraufhin trat das Zentralkomitee der PLO zusammen und beschloß die folgenden politischen und militärischen Maßnahmen:

1. Aufruf an die Bevölkerung, in dem die Entschlossenheit der Widerstandsbewegung bekräftigt wurde, den Kampf bis zum Sturz der Militärdiktatur fortzusetzen. Der offene Generalstreik wurde ausgerufen.
2. Bildung einer Aktionseinheit, in der alle Organisationen vertreten waren. Ein militärisches Oberkommando wurde mit der Ausarbeitung und Ausführung der Verteidigungspläne beauftragt.
3. Im Falle eines Bürgerkrieges wird der Norden (von Al Baqa bis Rathma) zu einem befreiten Gebiet erklärt. Der nächste Schritt in dieser Richtung ist die Ausrufung einer nationalen Regierung und die politische und militärische Mobilisierung der revolutionären Kräfte für den Marsch auf Amman.

4. Alle arabischen Länder werden aufgerufen, die Revolution zu unterstützen und die Offensive des Militärregimes zu verurteilen.

Der 16. September verlief relativ ruhig. In den ersten Morgenstunden des 17. Septembers begann die breit angelegte Offensive der jordanischen Armee gegen Amman, insbesondere gegen die armen Viertel der Stadt. Folgende Tatsachen kennzeichnen die Offensive.

- Zwei Divisionen und eine Panzerbrigade standen allein um Amman.
- Die Königstruppen wurden einem einheitlichen politischen und militärischen Oberkommando unterstellt.
- In den Königstruppen gab es keine Zersetzungserscheinungen. Nur in vereinzelten Fällen gab es Desertionen.
- Die Initiative lag in den Händen der Königsarmee. Der Widerstandsbewegung wurde in Amman und Zarqa der Verteidigungskrieg aufgezwungen, also eine dem regulären Krieg ähnliche Kriegsführung.
- Der königliche Generalstab konzentrierte sich auf Amman. Er plante eine rasche Liquidierung der Widerstandsbewegung in Amman, so daß er sich danach den anderen Gebieten zuwenden konnte. Die materielle und physische Unterdrückung des Widerstandes in Amman plante der jordanische Generalstab in vier Stunden und die des Widerstands in den anderen Gebieten in drei Tagen zu erreichen.

Auf der anderen Seite führte die Widerstandsbewegung einen Verteidigungskrieg in Amman und Zarqa und einen Angriffskrieg in Agloun und Salt (eine Art Guerilla-Krieg). Hierzu muß registriert werden:

- Die Widerstandsbewegung verfügte über kein einheitliches militärisches Oberkommando, geschweigedenn eine vereinigte politische Führung. Jede Stadt hatte ein eigenes Oberkommando, das selbstständig arbeitete. Anweisungen des Zentralkomitees an die Oberkommandos im Norden (Irbid und Ramtha) und in Mitteljordanien (Jeresh, Agloun, Salt) wurden nicht befolgt. Somit konnte die vereinigte Führung der Reaktion die von der zentralen Führung des Widerstands isolierten Städte angreifen.
- Das Schwergewicht der Kämpfe konzentrierte sich auf Amman. Das militärische und politische Oberkommando der Revolution beschränkte sich faktisch auf drei Organisationen (Fath, Al-Saiqa und die FPDLP). Erst nach sechs Tagen schlossen sich andere Organisationen dem Oberkommando der Revolution in Amman an. Das Zentralkomitee der PLO hielt an der zuvor beschlossenen Linie fest.
- Politisch stagnierte die Widerstandsbewegung in den befreiten Gebieten. Die vom Zentralkomitee beschlossene Politik zur Überführung der befreiten Gebiete unter die Verwaltung einer nationalen Regierung mit allen ihren politischen Konsequenzen wurde nicht vollzogen. Eine Stagnation in der militärischen Kriegsführung trat auch ein. Die Feddayin wurden in die Städte versetzt und dort konzentriert: Al Fath in Jeresh, Irbid, Ramtha; die PLA in Irbid, Ramtha; die FPDLP in Irbid und Agloun, Al-Saiqa in Irbid, Agloun und Ramtha. Trotz der Anweisungen des Zentralkomitees und der massiven Unterstützung der syrischen Armee, die die jordanische 40. Panzerbrigade zerschlug, konzentrierten sich die Feddayin in den Städten und versäumten damit die Besetzung der wichtigsten Verbindungslinien des Landes, wie z.B. das Dreieck Ramtha, die Kreuzung Nuaima und das Dreieck Irbid-Jeresh.

Daraus ersehen wir, daß die Kräfte des Widerstands nicht voll in den Kampf eingesetzt wurden. Die politischen und militärischen Möglichkeiten der Widerstandsbewegung in Nord-und Mitteljordanien wurden zum größten Teil nicht ausgenutzt.

Unter diesen Bedingungen und unter Berücksichtigung

des Mangels an Munition in Amman, insbesondere des Mangels an Panzerfäusten und Artillerie sowie der Aussichtslosigkeit, den Nachschub für Amman zu organisieren, mußte die Führung in Amman daran arbeiten, einen Waffenstillstand zu erreichen.
Jasir Arafat wurde vom Zentralkomitee der PLO mit dem Auftrag nach Kairo entsandt, einen Wa fenstillstand zu arrangieren, und zwar als einen taktischen Schritt, bis der Nachschub aus dem Norden organisiert wird. Das Zentralkomitee wurde aber überrascht, als Jasir Arafat ein Abkommen in Kairo unterzeichnete. Dieses Abkommen wurde vom Zentralkomitee drei Tage lang übersehen und ignoriert. Die Stagnation im Norden und das Eintreffen der arabischen Schlichtungskommission in Amman hat das Zentralkomitee vor vollende e Tatsachen gestellt.

II.
URSACHE UND WIRKUNG DES BÜRGERKRIEGS

Die Strukturkrise der Widerstandsbewegung:

Der Septemberkrieg hat die Richtigkeit der Kritik der FPDLP an der ideologischen, politischen und militärischen Struktur des Widerstands deutlich gezeigt. Die Widerstandsbewegung hat für das Fehlen einer revolutionären Theorie und der damit verbundenen Praxis auf jordanisch-palästinensischer und auf arabischer Ebene teuer bezahlen müssen. Es wurde wieder einmal bestätigt, daß keine Revolution ohne eine revolutionäre Theorie Bestand haben kann.
Das Fehlen der revolutionären Praxis einerseits und das Überwiegen der spontanen, nur nationalen Reaktion auf die Liquidationspläne des Regimes andererseits, führten zu einer ideologischen und militärischen Strukturkrise, die den Widerstandsbasen die Möglichkeiten eines genaueren Verständnisses des vorsich gehenden nationalen und Klassenkampfs nahm. Das Wesentliche an dem nationalen und Klassenkampf sowohl in Jordanien als auch im gesamten Nahen Osten wurde nicht aufgedeckt. Die innere politische Strukturkrise verhinderte eine nationale und klassenspezifische Praxis, die in der Lage gewesen wäre, die Kräfte der Reaktion zu bestimmen, die nationale palästinensisch-jordanische Einheitsfront zu schaffen und sie in den Dienst eines Programms zu stellen, das den nationalen und klassenspezifischen Bedürfnissen der unterdrückten Volkskräfte entsprochen hätte. Ein solches Programm hätte sich gegen die Pläne und die Programme der Reaktion und des Imperialismus, die unser Land politisch, ökonomisch und kulturell versklaven, stellen müssen. Auf militärischer Ebene drückte sich diese Krise in den materiellen und moralischen bürokratischen Privilegien in den Reihen des Widerstands aus. Ein falsches Verständnis und eine falsche Praxis der Regeln des revolutionären Volkskrieges wurden entwickelt und etabliert. Einige Erscheinungsformen dieser Krise sollen hier behandelt werden:

Die Privilegien:
Die Widerstandsbewegung genoß materielle und moralische Privilegien, die die theoretischen und klassenspezifischen Anstrengungen zur Ausarbeitung der richtigen politischen Linie hemmten. Gefährliche Abweichungen breiteten sich in einer Revolution aus, deren finanziellen Reichtum die arabische Reaktion und Bourgeoisie sicherte. In der "reichen Revolution" reduzierte sich die revolutionäre Wachsamkeit gegenüber den Feinden auf ein Minimum. Das bürokratische Leben, das sich in den Büros, Autos, Finanzen, militärischen Beziehungen zwischen der Führung und den Basen etc. zeigte, charakterisierten den bequemen Weg der Revolution.

Das Fehlen eines realistischen und wissenschaftlichen Verständnisses der Beziehungen zu den jordanisch - palästinensischen Massen

Das Fehlen eines solchen Verständnisses führte einige Führungsgremien in der Widerstandsbewegung zu einer Palästinisierung der Palästinafrage unter der Parole der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder. Als Ergebnis dieser Politik ist die falsche Praxis zu betrachten, die zur Spaltung der Einheit unseres Volkes entscheidend beitrug. Die Palästinisierung drückte sich darin aus, daß sich Widerstandsorganisationen palästinensische Institutionen und Massenorganisationen schufen, die im Widerspruch zu einer anzustrebenden revolutionären Verschmelzung beider Bevölkerungsteile, der Palästinenser und Ostjordanier standen.
Es wurden nicht nur der Rote Halbmond, Gefallenenfürsorge, Kinderhäuser gegründet, sondern auch solche Organisationen, die die Werktätigen und andere Bevölkerungsschichten am gemeinsamen beruflichen und gewerkschaftlichen Kampf beider Bevölkerungsteile hinderten, wie z.B. palästinensische Studenten -, Arbeiter-, Frauen-, Künstler-, Anwälts-, Schriftstellerverbände etc. Diese Palästinisierung verlief vertikal, d.h. ohne eine klassenorientierte Polarisierung der Volkskräfte und ohne eine Trennungslinie zwischen reaktionären auf der einen und nationalen und revolutionären Klassen auf der anderen Seite. Diese Politik war Wasser auf die Mühlen des reaktionären Regimes, dessen Politik sich an der Isolierung der ostjordanischen Bevölkerung von der Revolution ständig orientierte und eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere auszuspielen versuchte.
Die "Nichteinmischungspolitik" verstärkte die vom reaktionären Regime unterstützten separatistischen Tendenzen und verhinderte die Ausarbeitung und Durchsetzung eines Programms, das den nationalen und klassenspezifischen Interessen und Bedürfnissen der Revolution entsprochen hätte. Die Teilnahme der ostjordanischen Bevölkerung an der Revolution wurde dadurch auf allgemeine nationalistische Sympathien reduziert.

Wir versuchten mit all unserer Kraft dieser Politik und falschen Praxis eine Alternative entgegen zu stellen. Wir insistierten auf der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes und auf der Schaffung einer palästinensich-jordanischen Einheitsfront. Die FPDLP strebte in der Praxis und auf den Sitzungen der Nationalversammlung vereinigte soziale und gewerkschaftliche Institutionen an. Auf der außerordentlichen Nationalversammlung in Amman (August 1970) setzte sich die politische Linie durch, die auf die Abschaffung der separatistischen und

regionalistischen Massenorganisationen abzielte. Dieser Schritt, der nach erbitterten und heftigen Auseinandersetzungen eingeleitet werden sollte, kam allerdings zu spät und konnte nicht ausgeführt werden.

Das falsche Verständnis der Widersprüche

Sowohl in der Theorie als auch in der Praxis versuchte die Widerstandsbewegung auf Grund eines falschen Verständnisses der Widersprüche, den Nebenwiderspruch zugunsten einer Politik zu verdrängen, die sich vornehmlich auf die Lösung des Hauptwiderspruchs mit dem nationalen Feind konzentrieren möchte. Die diesbezügliche Politik verhinderte die Verbreitung der nationalen revolutionären Ideen unter der Bevölkerung und den Feddayin. Obwohl die jordanische Reaktion die Liquidierung der Widerstandsbewegung anstrebte, vermochte die Widerstandsbewegung das Ausmaß des in Jordanien bestehenden Widerspruchs nicht herauszuarbeiten und zu analysieren, um die Voraussetzungen zu schaffen, die den Massen und den Feddayin eine richtige Behandlung dieses Widerspruchs erlaubte. Einige Organisationen des Widerstands haben vergessen oder haben vergessen wollen, (was letzlich auf dasselbe hinausläuft) daß die Verdrängung des Nebenwiderspruchs zugunsten einer Lösung des Hauptwiderspruchs nur insofern gilt, als die Reaktion dem nationalen Programm zur Mobilisierung der Volkskräfte gegen den Zionismus und Imperialismus nichts in den Weg stellt. Indem aber diese Reaktion die Unterdrückung des Widerstands gegen Zionismus und Imperialismus versucht, stellt sie den Nebenwiderspruch auf eine andere Ebene, deren falsche Einschätzung zu einem falschen Verständnis der Widersprüche und zu einer falschen Praxis führen muß. Auf Grund ihrer klassenspezifischen Position und ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus steht die jordanische Reaktion in keinem Widerspruch zum nationalen Feind. In der Praxis lehnt sie faktisch die Bekämpfung dieses Feindes ab, weil sie dem nationalen Befreiungsprogramm feindlich gegenüber steht.
Aus diesen Gründen entfallen die Bedingungen, die für eine Verdrängung des Nebenwiderspruchs zugunsten der Lösung des Hauptwiderspruchs sprechen. Die Aufgaben der Revolution werden sich somit auf die Lösung des Nebenwiderspruchs, d.h. des Widerspruchs mit der Reaktion, konzentrieren müssen, so daß sich die Revolution eine solide nationale Basis im Kampf gegen den nationalen Feind schaffen kann.

Das Fehlen einer revolutionären Theorie und Schulung und das Überwiegen der rechten Schulung in den Basen des Widerstands ließen die Widerstandsbewegung die Initiative verlieren. Die Widerstandsbewegung ließ sich in Verteidigungspositionen drängen; sie geriet in eine Zange zwischen dem israelischen Hammer und dem jordanischen Amboss.

Das Verhältnis zu den arabischen Staaten

Die Widerstandsbewegung hat in den letzten drei Jahren ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht an der Haltung dieser Staaten gegenüber der Befreiung Palästinas und dem Kampf gegen den Imperialismus messen wollen. Die bürgerliche Ideologie, die besonders in den Führungsgremien des Widerstands herrschte, war nicht daran interessiert, den Kampf gegen Israel zum Bestandteil des Kampfes gegen den Imperialismus und die ihm hörigen reaktionären arabischen Klassen zu erklären. Die Beziehungen zu den arabischen Regimes wurden durch die Politik dieser Führungsgremien auf den Kopf gestellt. Um kurzfristige materielle Unterstützung (Waffen, Geld, Kommunikation etc.) bekommen zu können, wurde die Parole der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten" ausgegeben. Der Verzicht auf eine Position, die den Massen als die Alternative zu den Programmen von 1967 und 1948 hätte erscheinen müssen, führte zu einem Verständnis der Beziehungen zu den arabischen Staaten, das sich in der Praxis als demagogisch entlarvte. Diese Führungsgremien erklärten die arabischen Regimes als Gegenleistung für ihre finanzielle Unterstützung für sakrosankt. Gegenüber den Programmen der nationalen arabischen Regimes verhielt sich die Widerstandsbewegung unkritisch. Dieses falsche Verständnis des Verhältnisses zu den arabischen Regimes reduzierte das Verhältnis der arabischen Volksmassen zu der Widerstandsbewegung auf ein bloß emotionales, und schwächte dadurch das anzustrebende Bündnis mit den revolutionären Kräften der arabischen Befreiungsbewegung. Statt die Selbstständigkeit und das Bündnis mit den Massen als die Maxime der Politik des Widerstands anzustreben, betrieb die Widerstandsbewegung eine Politik, die auf palästinensich-jordanischer und arabischer Ebene eine revolutionär organisierte Massenerhebung völlig verhinderte. Die Ergebnisse dieser Politik haben sich im jordanischen Bürgerkrieg manifestiert. Die Widerstandsbewegung verlor die Initiative und ließ sich in Verteidigungspositionen drängen ohne den Kampf von Straße zu Straße, von Haus zu Haus und in Form von Angriffen aus dem Hinterhalt führen zu können. Die Kriegsführung der Widerstandsbewegung hat nicht der eines langanhaltenden Kampfs entsprochen, der die Defensive in das Gleichgewicht der Kräfte, das die Offensive einleitet, überführt.
Die technische und faktische Überlegenheit der Armee konnte nicht durch die sich auf die Massen stützende Kriegsführung paralysiert werden.
Die nichtrevolutionäre militärische und politische Struktur einiger Gremien der Widerstandsbewegung hat viele Kräfte im nationalen Klassenkampf gegen die Reaktion stagnieren lassen, trotz der vom Zentralkomitee der PLO beschlossenen Politik zur Ausrufung eines nationalen Regierungssystems im Norden, dessen Aufgaben die Organisierung des Aufmarschs auf Amman waren.
Die Paralysierung der Widerstandskräfte im Norden lassen uns die berechtigte Frage stellen, ob diese Handlungen nur auf die Abwesenheit eines revolutionären Verständnisses der militärischen und politischen Aufgaben zurückzuführen sind.

Auf Grund der Ergebnisse des Bürgerkriegs und des bestehenden Verhältnisses zu den arabischen Regimes geriet die Widerstandsbewegung unter die Schirmherr-

schaft der in sich widersprüchlichen arabischen Regimes. Das Kairoer-Abkommen ist ein Ausdruck dafür, daß die arabischen Regimes der Widerstandsbewegung ihre eigenen Pläne aufgezwungen haben Dem jordanischen Regime boten die arabischen Staaten auf der Kairoer-Konferenz nicht nur Überlebenschancen sondern auch neue Unterstützungen an, die sich in der Rehabilitierung seiner verlorenen Macht in den jordanischen Städten und Dörfern niederschlagen. Das Kairoer-Abkommen war für diese Regimes die Alternative zur amerikanischen Aggression, die sie gefährdet hätte und ihnen jede Einflußmöglichkeit genommen hätte. Diese Position der arabischen Regimes ist klassenbedingt und geht von dem Interesse aus, die Widerstandsbewegung nicht so stark werden zu lassen, daß sie ihre Kapitulationspläne über Bord werfen könnte.

Das Kairoer-Abkommen ist ein Versuch, die vom jordanischen Regime betriebene Politik zur Spaltung des palästinensisch-jordanischen Volks zu legalisieren. Die Politik der Spaltung der nationalen Einheit soll den Plänen der arabischen Regimes dienen, das palästinensische Volk in die Position zu treiben, deren politische Konsequenz der "Palästina-Staat" sein wird.

Der Widerspruch zwischen den Städten und Dörfern (Ostjordanien)

Die Palästinisierungspolitik einiger Widerstandsorganisationen auf der sozialen, gewerkschaftlichen und beruflichen Ebene und die daraus resultierende Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder führten zu einer Spaltung der palästinensisch-jordanischen Einheit. Diese separatistische Politik war weder politisch noch ökonomisch zu rechtfertigen. Das jordanische Regime konnte die daraus entstandene Praxis in den Dienst seiner sich gegen die Interessen der nationalen und revolutionären Klassen richtende Strategie stellen. Insbesondere in den Reihen der Armee und der Polizei versuchte die jordanische Reaktion die Fehler einiger Widerstandsorganisationen zugunsten ihrer liquidatorischen Pläne auszunutzen

Wichtiger als die Ausnutzung der Palästinisierungspolitik durch die jordanische Reaktion waren aber die Auswirkungen dieser Politik auf die ostjordanischen nationalen Kräfte und Klassen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Palästinisierungspolitik die Ausarbeitung und Ausführung eines nationalen Programms, das den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen entsprochen hätte, verhindert hat. Das Fehlen eines national-demokratischen Programms isolierte die ostjordanische Bevölkerung von der Widerstandsbewegung. Die programmatischen Schritte der linken und radikalen Flügel, die in dieser Richtung eingeleitet wurden, haben sich auf Grund der kurzen Zeit ihres Bestehens, der Palästinisierungspolitik einiger Widerstandsbewegungen und der Reaktion des jordanischen Regimes, die sich in den militärischen Angriffen gegen die Widerstandsbewegung ausdrückten, nicht in der ostjordanischen Bevölkerung verankert.

Das Programm der Linken drückte sich in den Bestrebungen zur Verschmelzung der palästinensischen mit der jordanischen Revolution aus: Unterstützung der Arbeiterstreiks, Ausbau der demokratischen Freiheiten, Unterstützung der nationalen ostjordanischen Kräfte, Verbreitung der revolutionären Ideen und revolutionäre, nationale und klassenspezifische Schulung auf dem Lande, Propagierung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes, Unterstützung der Bauern gegen die Großgrundbesitzer, Propagierung der freigewählten Volksräte, Säuberung des Staatsapparates und Kampf zum Sturz des reaktionären Herrschaftssystems.

Hingegen wirkte die Palästinisierungspolitik, die die Politik der Widerstandsbewegung vor allem bestimmt, negativ auf die ostjordanische Bevölkerung, und versetzte sie in die Position des Anhängers, der auf Grund der nationalistischen Verbundenheit mit Palästina seine Unterstützung für die Revolution auf ein emotionales Bündnis beschränkte.

Die Erfahrungen des September-Krieges hat bestätigt, daß die Städte und Flüchtlingslager die Dschungels des Widerstands sind. In den Städte und Flüchtlingslager finden die Feddayin ihre Hauptbasen und ihr menschliches Potential, weil die Städte und Flüchtlingslager, historisch gesehen, die Basen der nationalen Befreiungsbewegung waren. Hier haben sich die revolutionäre Theorie, die nationalen Organisationen, die Organisationen der Arbeiterklasse, der Kleinbourgeoisie etc. entwickeln können.

Mit der Entstehung der Widerstandsbewegung begannen die nationalen Kräfte und die Arbeiterklasse sich zu organisieren. Die Schwächung der Macht des Staatsapparates trug dazu bei, daß sich die Arbeiter, Kleinbourgeoisie und Teile der Mittelbourgeoisie in den Kampf gegen das Regime einreihten, das ihnen jahrelang die demokratischen Freiheiten geraubt hatte. Die Bevölkerung, die von der Widerstandsbewegung unterstützt wurde, fing an, den Widerstand gegen den Einfluß des Imperialismus, die Großgrundbesitzer, die Kompradorenbourgeoisie und für eine Modernisierung des Staates, den Aufbau einer nationalen Ökonomie und eine bürgerliche Demokratie zu führen.

Der Bürgerkrieg bestätigte aber auch, daß sich die Rolle des jordanischen Dorfes von der der Stadt grundsätzlich unterscheidet. Die Rolle des jordanischen Dorfes läßt sich aber historisch und ökonomisch erklären:

historisch blieb das jordanische Dorf dem kulturellen und politischen Leben fern. Die nationale Bewegung konnte sich kulturell und politisch durch ihr verbal antiimperialistisches, antizionistisches und formal demokratisches Programm auf dem Lande nicht verankern. Das Fehlen eines demokratischen Programms, das die Lösung der Agrarfrage zugunsten der armen Bauern anstrebte, die Bauern gegen die Großgrundbesitzer und die ländliche Bourgeoisie unterstützte, die Einführung des städtischen modernen Schulsystems und die modernen Bewirtschaftungsmethoden ermöglichte, trug entscheidend dazu bei, daß die ostjordanischen Bauern eine passive Rolle spielten.

In den letzten zwanzig Jahren lebte die ländliche Be-

völkerung Ostjordaniens an der Peripherie des politischen Lebens der Parteien und der nationalen Bewegung.

ökonomisch herrschten auf dem Land in Ostjordanien primitive Produktionsverhältnisse und Produktionsweisen. Die Knappheit der Ernte, die auf die dürren Regenzeiten zurückzuführen sind, und die Ausbeutungsverhältnisse bestimmen die Lebensverhältnisse der jordanischen Bauern. Die enormen wirtschaftlichen Probleme, die daraus entstehen, drängen viele Bauern in ein Abhängigkeitsverhältnis zum jordanischen Staatsapparat, der sie für die eigenen reaktionären Pläne mißbraucht. 5o% des Einkommens eines jordanischen Dorfes stammen von den Ersparnissen der in den Staatsdienst, vor allem in die Armee, aufgenommenen Bauern.

Die schlechten Bewässerungsverhältnisse lassen die Bauern in die Abhängigkeit vom Staat geraten, der unproduktive Hilfe leistet, also Dienstleistungen und kleine Subventionen. Der Staat versucht die Lebensbedingungen der Bauern nicht durch Bewässerungsprojekte und Einführung besserer und moderner Bewirtschaftungsmethoden zu verbessern, weil er an der Aufrechterhaltung des bestehenden Abhängigkeitsverhältnisses interessiert ist. Der Abhängigkeitsgrad der Bauern vom Staat unterscheidet sich je nach Regionen; im Norden liegt er um 6o% und im Süden um 90% des Einkommens.

Die Politik der Widerstandsbewegung

Die Politik der Widerstandsbewegung gegenüber den jordanischen Bauern beschränkte sich auf medizinische und soziale Hilfeleistungen sowie auch das Einkaufen von Lebensmittel für die in der Nähe dieser Dörfer stationierten Feddayin. Ein demokratisches Programm fehlte in der Praxis der Widerstandsbewegung. Deshalb konnte das jordanische Dorf kein klassenspezifisches Interesse an der Politik der Widerstandsbewegung haben.

Die Agrarfrage und die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Bauern standen nicht auf der Tagesordnung. Hinzu kommt, daß die Nichtbesetzung des jordanischen Dorfes durch die Zionisten das Interesse an der Revolution und an der Verteidigung des eigenen Grund und Bodens nicht, wie bei der palästinensischen Bevölkerung, wachgehalten hat.

Diese Faktoren bestimmten das Verhältnis der jordanischen Bauern zu dem reaktionären Regime einerseits und der Widerstandsbewegung andererseits. Ihr Abhängigkeitsverhältnis vom Staat und die falsche Praxis der Widerstandsbewegung reduzierte die Haltung der ländlichen Bevölkerung gegenüber dem Widerstand auf bloße nationalistische Sympathien, die während und nach dem Bürgerkrieg ins Gegenteil schlugen. Der Bürgerkrieg hat eine Reaktion zugunsten des Regimes bei der ländlichen Bevölkerung hervorgebracht, die immer offensichtlicher wird, je mehr wir vom Norden nach dem Süden gehen.

Die Bedeutung der Bauern ist für die Widerstandsbewegung bzw. für das reaktionäre Regime entscheidend und beginnt an Aktualität zu gewinnen. Teile der Armee rekrutieren sich aus den Reihen der Bauern. Gelingt es dem Regime die Bauern endgültig für sich zu gewinnen und für die Durchsetzung seiner Pläne in den Kampf einzusetzen, so wird dieses Regime seinen Terror wirksamer organisieren können, wenn es die nationale Bewegung und die Revolution zu zerschlagen versucht.

Der Staat und die Revolution

Wir sagen nichts Neues, wenn wir daran erinnern, daß der Staat ein Unterdrückungsorgan einer Klasse bzw. eines Klassenbündnisses gegen eine andere Klasse bzw. ein anderes Klassenbündnis ist. Dies gilt genauso für die zurückgebliebenen als auch für die fortgeschrittenen Länder.

Diese Wahrheit kann allerdings nicht bedeuten, daß unter den Bedingungen einer gegen die national-demokratische oder gegen die sozialistische Revolution gerichteten Offensive der herrschende Unterdrückungsapparat (Armee, Polizei, Verwaltung) völlig zugunsten der Konterrevolution funktionieren wird. Einige Teile des Staatsapparates, insbesondere die unteren und mittleren Kader können für die Revolution gewonnen werden. Dies hängt aber auch vom Ausmaß und vom Einfluß der national-demokratischen bzw. sozialistischen Revolution und von der Klassenzusammensetzung der Träger des Staatsapparates ab.

Die Reaktion stützte sich 1948 auf den Palast, die Großgrundbesitzer, die Kompradoren und den Imperialismus. Jordanien wurde zum Versuchsfeld des Terrors einer Handvoll von reaktionären Haschemiten, Großgrundbesitzern und Kapitalisten und zu einer Bastion vom großangelegten imperialistischen Anschlägen auf die nationale arabische Befreiungsbewegung. Zuvor fungierte Jordanien als Sicherheitsventil für die zionistischen Organisationen und die britischen Pläne zur "Indifizierung Palästinas".

Das Aufkommen der nationalen Massenbewegung im Jahre 1956 zwang den Palast, die übrige Reaktion und den Imperialismus zu einer Reihe von Konzessionen, die eine national-demokratische Phase einzuleiten schienen.

In der Armee wuchs der Einfluß der nationalen Soldaten und Kleinoffiziere. Die Zugeständnisse der Reaktion wurden erzwungen, nachdem die Massenbewegung die Pläne des Bagdad-Pakts in dem antiimperialistischen Massenaufstand zerschlug.

Mit der Unterstützung des CIA organisierte die jordanische Reaktion 1957 den Rückschlag. Die nationale Regierung wurde abgesetzt, die national-demokratische Bewegung zerschlagen und die Armee gesäubert. Bis 1967 etablierte der Imperialismus eine erzreaktionäre volksfeindliche Diktatur, die überall im Lande Terror und Unterdrückung organisiert. 197o versuchte das Regime das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

III. DIE JORDANISCHE ARMEE

Der jordanische Staatsapparat (Armee, Polizei, Verwaltung) bewahrte während des Bürgerkrieges seine Integrität und fungierte als ein Instrument in den Händen des Imperialismus und der Reaktion. Trotz der anhaltenden

Bombardierung von Amman und Zarga in den zehntägigen Kämpfen waren die Desertionen sehr beschränkt; die Zahl der Soldaten und Offiziere, die sich der Revolution angeschlossen haben, war sehr gering. (1)
In den Reihen der Polizei verhielten sich die unteren Ränge im Gegensatz zu den vom Staatsapparat abhängigen Vorgesetzten neutral. Diese Neutralität wurde in den Gebieten aufgegeben, die unter Kontrolle der Armee fielen. Die Polizei übernahm in diesen Gebieten die Aufgaben, mit denen sie vor 1967 beauftragt war (Durchsuchungen, Verhaftungen, Folterungen etc.).
Die Haltung des Verwaltungsapparats war ambivalent. Man kann die Position dieses Apparates nicht genau festlegen, weil er während des Bürgerkrieges an der Ausübung seiner Aufgaben völlig gehindert wurde. (2)
Die oberen Ränge des Verwaltungsapparates (Minister, hohe Beamte, Botschafter etc.) stellten sich ganz auf die Seite des Systems, weil sie ideologisch und klassenmäßig ein integrierender Bestandteil, ja sogar Träger dieses Systems sind (3).

Die September-Offensive hat die innere Struktur und die erzreaktionäre ideologische Schulung der jordanischen Armee am deutlichsten aufgedeckt. Als eine reguläre Berufsarmee war sie ideologisch und materiell in einer Abhängigkeit von der Reaktion, die der Abhängigkeit eines Lohnarbeiters vom Arbeitsgeber gleichkommt. Die jordanische Reaktion versuchte mit allen Mitteln die jordanische Armee von den nationalen und progressiven Strömungen im Lande fernzuhalten. Die nationale politische Schulung und die Zugehörigkeit zu einer nationalen politischen Richtung wurden verboten; die nationalen und progressiven Elemente wurden suspendiert und waren den Repressionen und Säuberungen des Regimes ausgesetzt.
Die Indoktrinierung der Armee orientierte sich einerseits an der Darstellung des Königs als Arbeitsgeber und andererseits daran, ein mystisches Verhältnis zu ihm als Nachkommen des Propheten zu entwickeln.
Der Nachkomme des Propheten habe das Recht auf eine unbestrittene Herrschaft im Lande. Das heilige Recht seiner Herrschaft über Land und Bevölkerung finde seine Legitimation in der Religion, deren Hüter die königliche Familie sei. Unter der Parole "Gott, König, Vaterland" wurde die politische Legitimation dieser Herrschaft mit dem religiösen Anspruch verbunden.
Um die Armee von den nationalen politischen Strömungen völlig zu isolieren, lehnte das Regime die Einführung des Wehrdienstes ab, obwohl ein Teil des Landes Palästinas unter israelischer Herrschaft steht. Diese Ablehnung hatte zwei Gründe: einerseits die Aufnahme von nationalen und progressiven Elementen, die die Struktur und die Ideologie der Armee hätten gefährden können, zu unterbinden und andererseits die Bevölkerung an der militärischen Ausbildung, die eine Gefahr für das Regime wäre, zuhindern.
Das Regime hat den obligatorischen Wehrdienst für 1969 eine kurze Zeit eingeführt, um die sich mit der Widerstandsbewegung solidarisierende Bevölkerung von der Teilnahme am militärischen Widerstand ferzuhalten und die Feddayin-Rekrutierung zu erschweren. Schnell wurde dieses für das Regime gefährliche Unternehmen aufgegeben, weil das Regime die militärische Ausbildung und die Bewaffnung des Volkes fürchtete. Statt die Bevölkerung zu bewaffnen und die Armee auf die Anforderungen des Kampfes gegen die israelischen Besatzer einzustellen, säuberte das Regime die Armee von allen nationalen Kräften, und stützte sich auf die Beduinen, insbesondere in den Panzerbrigaden, und auf die Beduinen-Sicherheitskräfte, (4) die sich als die schlagkräftigen Stoßtrupps verstanden. In der Armee wurden nicht nur jordanisch-palästinensische, sondern auch irakische, syrische und saudi-arabische Beduinen organisiert (5), die sich in den Dienst eines Systems stellten, das ihnen materielle Vorteile sicherte.

---

1) Fath hat nicht erwartet, daß die jordanische Armee so bestialisch gegen die Widerstandsbewegung vorgehen wird. Auch mit dem Einsatz der Panzerbrigade gegen Amman hat sie nicht gerechnet. Die Desertion der Palästinenser aus der jordanischen Armee wurde von Al Fath prophezeit.
Die FPDLP schätzte die Möglichkeiten eines militärischen Staatsstreiches sehr gering ein, abgesehen davon, daß die FPDLP solche Staatsstreiche grundsätzlich ablehnt, es sei denn, der Militärputsch wäre ein Bestandteil des nationalen Massenaufstands. Eine Spaltung in der Armee wurde für sehr wahrscheinlich gehalten unter der Voraussetzung, daß die Widerstandsbewegung im Kampf gegen das Regime ihre Positionen eine Woche lang behält.
Al Saika hat den Einfluß der nationalen Teile in der Armee überschätzt.
PFLP - Arabische Nationalisten - prophezeite eine schnelle Spaltung in der Armee. In den Juni-Kämpfen 1970 erwartete die PFLP eine Spaltung, wenn die Kämpfe 48 - 72 Stunden hätten dauern können.
Die Arabische Befreiungsfront (Irak) überschätzte ihre eigenen Möglichkeiten und glaubte nicht nur an eine Spaltung der Armee, sondern auch an die Paralysierung einiger Teile der Armee mittels des eigenen Einsatzes.

2) In dem Aufstand 1955 gegen den Bagdad-Pakt hat der Verwaltungsapparat den Aufruf zum Generalstreik befolgt.

3) Nur Anton Attalah, ehemaliger Minister der Rifai-Regierung, hat sein Amt als Delegierter der jordanischen Regierung bei den Vereinten Nationen niedergelegt.

4) Die Sicherheitskräfte sind Teile der Armee; hierzu gehört z.B. die Beduinen - Brigade. Ihre Bewaffnung ist modern, und sie verfügen über Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie.

5) Die britische Mandatregierung hatte sich beim Aufbau der arabischen Legion aus ideologischen und politischen Gründen auf die Beduinen konzentriert.

Der Prozentsatz der syrischen, irakischen und saudi-arabischen Beduinen in der jordanischen Armee beträgt 30%. Die jordanischen Beduinen und die jordanischen Dörfer, insbesondere die vom Regime abhängigen und politisch und wirtschaftlich zurückgebliebenen Dörfer des Südens stellen weitere 30% der jordanischen Armee. 10% der jordanischen Armee kommen aus den Reihen der städtischen Bevölkerung, die an der nationalen Befreiungsbewegung teilnimmt. Der städtische Teil der jordanischen Armee hat eine bestimmte Funktion in bestimmten Arbeitsbereichen, wie z.B. Verwaltung, Technik, Versorgungswesen etc. Dieser Teil ist ständigen Säuberungen ausgesetzt. Man darf aber keine starre Vorstellungen über diese Zusammensetzung entwickeln, denn unter dem beduinischen Teil gibt es auch nationale Offiziere, die auf Grund ihrer militärischen Ausbildung in fremden Staaten, wie z.B. Amerika, England und Pakistan Kontakt mit der Außenwelt aufnahmen, wodurch sich ihr Bewußtsein änderte.
Der Prozentsatz der Soldaten und Offiziere, die aus den besetzten Gebieten stammen, beträgt weitere 30%. Unter ihnen ist eine breite nationale politische Identifikation mit der Befreiungsbewegung festzustellen. Organisatorisch ist dieser Teil allerdings von der Widerstandsbewegung vernachlässigt worden, sodaß seine Bewegungsmöglichkeit im Bürgerkrieg sehr begrenzt war. In den Reihen der Soldaten und niederen Offiziere ist das nationale politische Engagement stark, während sich das obere Offizierskorps in den Dienst des Regimes stellt.
Aus diesem kurz dargestellten gesellschaftlichen und ideologischen Bild der jordanischen Armee ergeben sich die folgenden Konsequenzen:

1. Die Frage der jordanischen Armee kann nicht unter Bezugnahme auf das jordanische oder palästinensische Element behandelt und gelöst werden. Das Problem liegt in der ideologischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Struktur dieser Armee und deren Abhängigkeit von dem Regime. (Der palästinensische Bevölkerungsteil ist nicht auf die Armee angewiesen, weil die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in den palästinensischen Dörfern und Städten das Abhängigkeitsverhältnis von den jordanischen Regime auf ein Minimum reduzieren. Das Land ist fruchtbar; es gibt keine Feudalisten sondern höchstens vereinzelte Großgrundbesitzer; die Produktionsmittel und die Produktivkräfte sind in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium; der Boden wird zwei oder dreimal im Jahr bebaut; die Warenzirkulation ist lebhaft, der Agrarsektor stellt eine Kaufkraft dar, das Schulwesen und die Berufe sind organisiert und entwickelt. Hinzu kommt, daß der Tourismus und die Unterstützung der in den arabischen Ländern, Süd- und Nordamerika arbeitenden Palästinenser eine Rolle in der Ökonomie der palästinensischen Städte und Dörfer spielen.)
2. Die Aufgaben der jordanischen Armee als Instrument des volksfeindlichen Regimes erklären das Überwiegen des beduinischen Elements.
3. Abgesehen davon, daß ein militärischer Staatsstreich aus ideologischen und politischen Gründen falsch ist, hat die September-Offensive den diesbezüglichen Spekulationen ein Ende gesetzt. Diese Position kann nicht bedeuten, daß man der Armee keine nationale Rolle zuschreiben soll. Im Gegenteil. Die letzten Erfahrungen stellen die Widerstandsbewegung vor die Aufgaben einer neuen Politik gegenüber der Armee. Diese Politik muß sich gegen die Indoktrinierung der Armee stellen und sich für die Säuberung der reaktionären volksfeindlichen Elemente und für das Eindringen nationaler und progressiver Kader einsetzen, die als organisatorischer Bestandteil der nationalen Bewegung und des Widerstands fungieren.
4. Eine Politik gegenüber der Armee, die sich nicht an nationalen Positionen gegen den Imperialismus und Zionismus und an einer nationalen klassenspezifischen Position gegen das Regime orientiert, wird sich von der bisherigen falschen Politik nicht unterscheiden können. Die neue Politik muß sich auf ein national-demokratisches Programm gegenüber der ländlichen Bevölkerung beziehen, so daß die Soldaten bäuerlicher Herkunft die Interessenidentität mit der Widerstandsbewegung erkennen und sich für die Durchsetzung dieses Programms engagieren. Im Rahmen einer langfristigen Strategie müssen die Interessen des beduinischen Bevölkerungsteils deutlich zum Ausdruck kommen. Die Ansiedlung, der Ausbau des Schulwesens, die Befreiung von reaktionären Ideologien durch die Wahrnehmung der eigenen unmittelbaren Interessen müssen in den Mittelpunkt gestellt werden. Auf jordanisch-palästinensischer Ebene muß die Widerstandsbewegung auf die national-demokratische Revolution hinarbeiten.

Die innerarabischen Verhältnisse und das Kairoer Abkommen

Das Kairoer-Abkommen ist ein Modell arabischer Politik, in dem sich das Kräfteverhältnis unter den arabischen Staaten widerspiegelt. Dieses Abkommen machte das Verhältnis dieser Staaten sowohl zum palästinensischen Widerstand als auch zum jordanischen Regime deutlich.
Die politische und ideologische Struktur der arabischen Staaten führte zu einer sich an bestimmten Grundsätzen orientierenden Politik, die darauf hinausläuft, die Widerstandsbewegung in einem Rahmen zu halten, indem sie weder die arabischen Regimes gefährden noch ein Hindernis für die Durchsetzung der UN-Sicherheitsresolution sein würde. Die großzügige finanzielle Unterstützung einiger Widerstandsorganisationen sollte diese Politik absichern und ein Bündnis zwischen der Widerstandsbewegung und den Organisationen der nationalen arabischen Befreiungsbewegung verhindern.
Das Programm des linken Flügels in der Widerstandsbewegung konnte sich gegen die Politik der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten" und der Preisgabe des Bündnisses mit den revolutionären arabischen Organisationen nicht durchsetzen. Während die Rechten die verschiedensten Erleichterungen und Unterstützungen der arabischen Regimes in Anspruch nehmen konnten, waren die Linken ideologischen, politischen und materiellen Repressionen dieser Regimes ausgesetzt.
Die September-Offensive offenbarte, abgesehen von Syrien,

die feindlichen Positionen der verschiedenen arabischen Staaten. Trotzdem lehnen einige Widerstandsorganisationen die kritische Aufarbeitung des Verhältnisses zu den arabischen Regimes ab. Die Position dieser Organisationen ist klassenbedingt; sie verhindert eine kritische Aufklärung der Basen und der Bevölkerung nicht nur über die in den arabischen Ländern herrschenden Verhältnisse, sondern auch über die grundsätzlichen Fehler der bisherigen Theorie und Praxis dieser Organisationen.

Die reaktionären Regimes handelten bei der Unterzeichnung des Kairoer-Abkommens aus der Überlegung heraus, die eigenen Interessen und die der imperialistischen zu retten, sowie das jordanische Regime zu stärken.

Die nationalen Regimes unterzeichneten dieses Abkommen, weil es ihren eigenen Interessen entsprach.

Die Interessen dieser Regimes liegen in der Disziplinierung und Kontrollierung der Widerstandsbewegung als Druckmittel auf den Imperialismus und Zionismus bei den Verhandlungen zur Durchsetzung des Rogers-Plans. Die nationalen Regimes brauchen bei den Verhandlungen keinen revolutionären Widerstand, sondern eben einen, der im Laufe der Verhandlungen als Druckmittel und als Partner auftreten kann. Zugleich soll das jordanische Königreich erhalten bleiben, eine Freundschaftsgeste gegenüber dem Imperialismus und Israel. Darüberhinaus würde der Sturz des haschemitischen Regimes den Weg für eine nationale Revolution im Nahen Osten ebnen und den nationalen Regimes bestimmte Verpflichtungen gegenüber dem Widerstand und der Befreiung der besetzten Gebiete auferlegen.

Unter Bezugnahme auf die vorher genannten Faktoren muß man das Kairoer-Abkommen als eine neue Auflage der anderen Abkommen mit dem jordanischen Regimes sehen. Die Formen seiner Ausführung waren Ausdruck einer Verschiebung im Kräfteverhältnis auf jordanischer Ebene. Eine dieser Konsequenzen war der Abbau der Doppelherrschaft, der sich in der Rückkehr der Polizei in die Städte ausdrückt.

Die Lehren des Bürgerkriegs

Ungeachtet des Kairoer-Abkommens scheint das jordanische Regime entschloßen, seine Alleinherrschaft auf das ganze Land ausdehnen zu wollen. Die Widerstandsbewegung wird diesen Prozeß nur dann aufhalten können, wenn die folgenden Probleme richtig erfaßt und gelöst werden.

1. Die Praxis der Widerstandsbewegung hat die zentrale Aufgabe im Kampf gegen die liquidatorischen Pläne übersehen, die in der Lösung des Widerspruchs mit dem Regime lag. Seit Anfang September schwankten die Positionen einiger Widerstandsorganisationen zwischen der Verschiebung des Kampfes und seiner Austragung. Diese Organisationen haben kein Programm entwickeln können. Das kurzfristige Ziel war unbeständig. Während des Bürgerkriegs waren sie in Bezug auf die Lösung des Widerspruchs mit dem Regime unentschlossen. Diese Unentschlossenheit zeigte sich deutlich in Nord- und Mitteljordanien, von wo die Offensive gegen Amman hätte ausgehen müssen. Ein klares politisches Ziel hätte richtige Entscheidungen und richtige militärische und politische Taktiken gegen die Kräfte des Regimes einleiten können.
2. Die politische und militärische Struktur des Widerstandsbewegung hat die Feddayin in die Verteidigungspositionen verdrängt. Trotz der Anweisungen und der Aufrufe entwickelten die Feddayin keine Kriegsführung gegen die Armee, die dem Volkskrieg entsprochen hätte.
3. Manche Kräfte des Widerstands stagnierten und beschränkten ihren Arbeitsbereich auf die Städte. Diese Politik bestätigte die Unfähigkeit verschiedener Führungsgremien, die die Gesetzmäßigkeiten einer revolutionären Kriegsführung nicht begriffen haben. Statt die Kämpfe auf das ganze Gebiet auszudehnen, den Verteidigungskrieg mit der beweglichen Kriegsführung und den Straßenkämpfen zu verbinden, blieben die verschiedenen befreiten Gebiete unter dem Oberkommando vereinzelter und isolierter Führungskader, die nach dem Abzug der syrischen Armee den Angriffen der zentralistisch operierenden jordanischen Streitkräfte nicht Einhalt gebieten konnten.

Der palästinensische Staat

Die Diskussion über den Plan eines palästinensischen Staates als Bestandteil der endgültigen Regelung des Nah-Ostkonflikts ist aktualisiert worden. Zuvor fanden sich nur diejenigen Kräfte bereit, einem solchen Staat zuzustimmen, die sich historisch als volksfeindlich und als Stütze des jordanischen Regimes entlarvt haben. Ihre Vertreter waren Al Ga´bari, Kenaan, Shehadah, Al Farouki etc.

Nach dem Bürgerkrieg spielen manche imperialistische Kreise in den USA und England mit dem Gedanken eines palästinensischen Staates, obwohl die diesbezügliche Positionen beider Länder verschieden sind.

Die Sowjet-Union würde ebenfalls einem solchen Staat im Rahmen einer "friedlichen Regelung" zustimmen. Marokko und Tunesien haben Al Fat´h Vorschläge darüber unterbreitet. Die Vorschläge beider Regierungen stützen sich auf eine Weisheit des tunesischen Präsidenten Bourgiba, die auf "Nehmen und immer noch mehr Verlangen" hinausläuft. Eine solche Tendenz kann man auch in der ägyptischen Politik verfolgen. Nasser hat Arafat einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet.

Die Gefahren solcher Tendenzen liegen darin, daß der Bürgerkrieg eine resignative Haltung unter der Bevölkerung geschaffen hat, die einem solchen palästinensischen Staat zustimmt, um der barbarischen haschemitischen Herrschaft zu entgehen. Die imperialistischen und reaktionären Kräfte sind sich über die Notwendigkeit einig, solch resignative Stimmungen hervorzurufen.

Die israelischen Besatzer versuchen ihrerseits die neu entstandene Situation zugunsten eines palästinensischen Staates auszunützen. Sie versuchen in den besetzten Gebieten eine "neue Kraft" aufzubauen, die in den Verhandlungen als "Partner" auftreten kann. Diese "neue Kraft"

soll als Alternative sowohl zu den ersten Kollaborateuren, die früher als Stütze des Regimes fungierten, als auch zur palästinensischen Widerstandsbewegung in Aktion treten. Zu diesem Zwecke versuchen die israelischen Besatzer die Feindlichkeit der palästinensischen Bevölkerung gegenüber dem jordanischen Regime auszunutzen. Unter der Bevölkerung der besetzten Gebiete findet dieser Plan eine gewisse Zustimmung, vor allem in den Reihen der National- und Kleinbourgeoisie.
Auf dem Ostufer scheiterten die Versuche des Regimes, die reaktionäre palästinensische Bourgeoisie an die Spitze einer solchen "neuen Kraft" zu stellen, weil diese historisch der nationalen Befreiungsbewegung feindlich gegenüber stand und keine Führungschancen mehr hat, und weil sich die Volksmassen mit der Widerstandsbewegung solidarisieren. Nach dem Bürgerkrieg versucht das Regime diese "neue Kraft" aus den Reihen der Widerstandsbewegung zu schaffen. Hierin zeigt sich eine neue Taktik des Regimes, die auf die Spaltung der Widerstandsbewegung abzielt. Unter den Parolen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Al Fat´h und der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee) arbeitet die Regierung auf die Isolierung der Linken hin. Eine Spaltung der Widerstandsbewegung würde eine Offensive des Regimes gegen die Linken einleiten. Die anderen Organisationen würden folgerichtig vor die Alternative gestellt, sich dem Rogers-Plan zu unterwerfen oder liquidiert zu werden.
Die Politik des Regimes konzentriert sich auf die Verdrängung der Widerstandsbewegung aus den Städten und Flüchtlingslagern. Um die Widerstandsbewegung völlig von der ländlichen jordanischen Bevölkerung zu isolieren, betreibt das Regime eine spalterische Politik und spielt den einen Bevölkerungsteil aus gegen den anderen.
Diese Politik will solche Bedingungen schaffen, unter denen ein palästinensischer Staat als Bundesland innerhalb der Monarchie als mögliche Lösung propagiert werden kann. Dieser jordanische Staatenbund, in dem die palästinensische Bevölkerung eine eigene Autonomie besitzt, wird von vielen imperialistischen Kreisen, vor allem von Großbritannien unterstützt. Wenn die Pläne des Regimes scheitern, dann wird sich die Aggression gegen die palästinensisch-jordanische Befreiungsbewegung verschärfen.

Was tun?

Die Bestrebungen, das Palästina-Problem durch die Liquidation der Widerstandsbewegung und die Ausschaltung der nationalen Kräfte in Jordanien zu lösen, gehen weiter und manifestieren sich in folgenden Schritten:

1. Fortsetzung und Verschärfung des politischen und polizeilichen Terrors des Regimes gegen den Widerstand und die Bevölkerung. Dieser Terror soll die Widerstandsbewegung dazu bewegen, als Partner bei der "friedlichen Regelung" aufzutreten.
2. Neben dem polizeilichen Terror bietet das Regime Teilen des Widerstands Konzessionen an (Zusammenarbeit, Kommunikationsfreiheit, Bewegungsfreiheit) und verschärft die Repressionen gegen bestimmte Organisationen. Diese Politik dient der Schaffung einer "neuen Kraft", deren Handeln sich an der Empirie und nicht an der revolutionären Theorie und Praxis orientiert. Diese "neue Kraft" wird sich den Regimes anschließen, die den Rogers-Plan akzeptieren. (6)
3. Das Regime versucht seine Alleinherrschaft auf das ganze Land auszudehnen und den Staatsapparat zu säubern, um den Plänen zuvorzukommen, die unter dem Verzicht auf die Monarchie das Ostufer dem palästinensischen Staat angliedern wollen.
4. Zugleich nützt Israel die neuen Verhältnisse aus, um die Bevölkerung auf dem Westufer für eine nationale Autonomie, die den Plänen vieler israelischer Politiker entspricht, zubewegen.
5. Die imperialistischen Staaten versuchen eine Lösung herbeizuführen, an der das palästinensische Volk teilzunehmen hat. Auch die sozialistischen Staaten in Osteuropa sind an einer Lösung interessiert; sie gehen aber von anderen Ausgangspositionen aus.
6. Die arabischen Staaten sehen in der Widerstandsbewegung eine Gefahr für die eigenen Interessen. Die reaktionären Regimes unterstützen die Monarchie; bestenfalls würden sie bestimmte Widerstandsorganisationen unterstützen, solange diese Organisationen für sie keine Gefahr darstellen. Jede liquidatorische Lösung kommt diesen Staaten gelegen.

Die nationalen arabischen Regimes suchen eine Regelung, an der das palästinensische Volk teilnimmt. Sie unterhalten Beziehungen sowohl zum jordanischen Regime als auch zu verschiedenen Widerstandsorganisationen. Das Resultat einer Regelung, die sie anstreben, wäre ein palästinensischer Staat.
Angesichts dieser Verhältnisse und der Aktivitäten der Konterrevolution stellen sich die Fragen: Was muß die Widerstandsbewegung tun; und wie hat sie auf die letzten Erfahrungen reagiert?
Einige Widerstandsorganisationen versuchen die kritische Aufarbeitung der politischen, organisatorischen und militärischen Erfahrungen der letzten drei Jahre zu umgehen. Daraus entsteht eine permanente Krisen-

---

6) Als Vergleich empfiehlt sich die französische Algerien-Politik. Nachdem der französische Imperialismus daran scheiterte, die algerische Reaktion als Alternative zur Befreiungsfront aufzubauen, versuchte er eine "dritte Kraft" unter Führung von Massali Al Hadj an die Spitze der nationalen Bewegung zu setzen. Nachdem dieser Versuch auch scheiterte, suchte sich der französische Imperialismus eine andere "neue Kraft" und zwar aus den Reihen der algerischen FLN. Eine Gruppe um Joseph Ben. Chedda hat sich als Verbündete angeboten.

situation, die sich darin ausdrückt:
1. Einige Organisationen verschweigen gegenüber der Bevölkerung die Fehler, die ihre Kader in Nord- und Mitteljordanien begangen haben. Sie weigern sich, die rechten und kompromisslerischen Elemente aus ihren Reihen auszuschließen. Diese Politik würde bedeuten, daß man denselben Elementen die Führung im nationalen und Klassenkampf überläßt, als wäre nichts geschehen. (7)
2. Das Zentralkomitee der PLO hat bis jetzt die Erfahrungen der letzten Jahre und des Bürgerkriegs nicht ausgewertet. Obwohl die Demokratische Volksfront eine kritische Auseinandersetzung innerhalb des Zentralkomitees fordert, versuchen bestimmte Organisationen eine verbindliche und selbstkritische Auseinandersetzung dadurch zu überspringen, daß sie die Widerstandsbewegung mit unwichtigen Fragen beschäftigen, die sich aus dem alltäglichen Arbeitskram ergeben.
3. Zugleich versuchen diese Organisationen der Widerstandsbewegung leere militärische, organisatorische und verwaltungsmäßige Einheitsformeln aufzuzwingen. Die demagogischen Parolen über eine scheinbare Einheitsfront, die von diesen Organisationen propagiert werden, dienen nicht der Sache der Revolution und müssen daher bekämpft werden.

Unabhängig von einem revolutionären Programm, das es auszuarbeiten gilt, versuchen diese Organisationen die Fragen der Einheitsfront auf die Vereinheitlichung der Verwaltungsbürokratien zu reduzieren. Diese Politik hat mit der Politik des Regimes viele Gemeinsamkeiten, weil dadurch die zentrale Frage eines revolutionären national-demokratischen Programms für ganz Jordanien zugunsten einer falschen Taktik verdrängt wird, die weder den liquidatorischen Plänen noch den Plänen eines palästinensischen Staates entgegenwirken kann. Nicht nur in Jordanien, sondern auch im Libanon soll die Vereinheitlichung der Verwaltung die revolutionäre Einheitsfront ersetzen. Das demagogische Geschrei über diese trügerische Einheitsfront soll die zentralen politischen, militärischen, organisatorischen und finaziellen Ausgaben der Widerstandsbewegung und die damit verbundene strategische Zielsetzung auf jordanischer und gesamtarabischer Ebene vertuschen und untergraben. Diese Demagogie trägt zu einer Spaltung in den Reihen des Widerstands und der Bevölkerung und zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen denen bei, die eine trügerische Einheitsfront aufbauen wollen und denen, die die kritische Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen für die Voraussetzung einer revolutionären Einheitsfront halten. Teile der Bevölkerung und der Widerstandsbasen werden dadurch in die Auseinandersetzung hineingezogen; die Verfechter der trügerischen und programmlosen "Einheitsfront" werden die Emotionen für die Durchsetzung ihrer Pläne ausnützen. Den ideologisch, politisch und organisatorisch harten Kern des Widerstands werden die Eiferer der programmlosen "Einheitsfront" als Gegner der nationalen Einheit zu brandmarken suchen. Würden diese Organisationen in den derzeitigen Auseinandersetzungen ihre Pläne durchsetzen, dann würde die Widerstandsbewegung in eine historische Sackgasse gedrängt. Die logische Konsequenz einer solchen falschen Politik wäre entweder das Absterben der nationalen Bewegung oder ihre Unterwerfung unter die Pläne unserer Feinde.

Die verlogene Propaganda über die Notwendigkeit einer nationalen Einheitsfront, die sich weder an einem Programm, noch an den Anforderungen der heutigen Situation orientiert, erscheint uns sehr suspekt zu sein. Sie gleicht den verlogenen Parolen der arabischen Gipfelkonferenz in Tripolis 1970, die sich eine Kontrolle über die Politik der Widerstandsbewegung versprach.

Die heutige Phase erfordert von allen Widerstandsorganisationen die Ausarbeitung eines revolutionären Programms, das den Anforderungen der national-demokratischen Revolution gerecht werden kann. Sie erfordert auch demokratische Beziehungen zwischen den Organisationen des Widerstands und eine zielbewußte Aufgabenbestimmung, die auf demagogische Parolen und unverantwortliches, individualistisches Geschrei verzichtet.

Die organisierte und kollektive Führung ist die Voraussetzung für die Bewältigung der Probleme der national-demokratischen Revolution. Eine öffentliche, zielbewußte und solidarische Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der letzten drei Jahre, vor allem denen des Bürgertums, schafft die Voraussetzung für ein nationales Programm und für die wirkliche Einheitsfront auf militärischer, politischer und organisatorischer Ebene. Hierzu fordert die Demokratische Volksfront alle Widerstandsorganisationen auf.

Jordanien - Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas, Okt. 1970
(Nach Al-Hourria, Nr. 541, 542, 543.)

PS. Viele Fußnoten wurden aus dem arabischen Text nicht übersetzt, weil sie entweder auf interne Rundbriefe oder auf arabische Texte hinweisen, die dem deutschen Leser nicht zugänglich sind. Den arabischen Lesern empfehlen wir, die Analyse der FPDLP in den genannten Nummern der Al-Hourria.

(Nachdruck aus dem "Neuen Roten Forum" 1/71)

7) Die FPDLP hat eine Reihe von strengen organisatorischen Maßnahmen gegen einige Führungskader im Norden (Irbid) geschlossen, weil diese Kader einen falschen militärischen Beschluß fassten. Eine Reihe von Parteiverfahren wurde eingeleitet. Die Ergebnisse der Parteiprozesse werden in einer Sonderanalyse veröffentlicht.

stützung darf nicht unterschätzt werden -ganz abgesehen,davon,daß sie beiträgt,ein internationalistisches Bewußtsein zu entwickeln. Die Tatsache,daß z.B.in der ganzen Welt Demonstrationen gegen die Schah-Diktatur organisiert werden,kann die Kampfkraft und die Kampfmoral des iranischen Widerstandes gewaltig erhöhen und die Diktatur zu einigen -wenn auch minimalen- Zugeständnissen zwingen,was wiederum die Revolution stärkt.
Wenn bisher die vorwiegend von der Intelligenz getragenen antiimperialistischen Demonstrationen den bürgerlich-demokratischen Rahmen erst ansatzweise sprengten, so ist es gerade Aufgabe der Kommunisten,sie in Zukunft unter revolutionären Losungen zu organisieren und durchzuführen.Wenn dies der MLS noch nicht gelungen ist,so nur,weil die Revisionisten die Forderungen und Losungen der Dutzendliberalen übernommen haben. Wir werden daher in Zukunft konsequent revolutionäre Agitation und Propaganda betreiben,Opportunisten und Abwiegler bekämpfen und vom proletarisch internationalistischen und nicht vom bürgerlich-liberalen(und revisionistischen)Standpunkt aus Solidaritätsaktionen mit dem Widerstandkampf der Völker gegen den Imperialismus organisieren.

III.

Was bedeutet dies für unsere weiteren Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des iranischen Widerstandes?
Wir werden die Forderungen der iranischen Genossen unterstützen,jedoch unsere Selbständigkeit in der Propaganda und Aktion aufrechterhalten.Die MLS wird mit der CISNU,der zusammenfassenden Organisation der oppositionellen iranischen Studenten,-zusammenarbeiten,aber besonders die Kontakte mit den revolutionären,marxistisch-leninistischen Genossen intensivieren,gemeinsam mit ihnen eine klare revolutionäre Linie durchzusetzen versuchen.Dies ist notwendig,weil in der CISNU die verschiedensten politischen Gruppen organisiert sind,bis zu liberalen Bürgerlichen.Weil die CISNU auf Grund des besonderen Charakters ihrer Organisation nicht eindeutig revolutionäre Losungen vertreten kann,muß die MLS die revolutionäre Linie des iranischen Widerstandes aufzeigen und propagieren.
Der Verlauf der bisherigen Demonstrationen hat die ganze Unzulänglichkeit unserer Zusammenarbeit bewiesen.Wir haben mit den iranischen Genossen kaum Diskussionen über die Entwicklung der Klassenverhältnisse und des Klassenkampfes im Iran geführt.Zu einer koordinierten Zusammenarbeit mit den revolutionären Studenten ist es nicht gekommen;dies ist mit ein Grund,warum die CISNU sich als liberaler Verein an die "demokratische Öffentlichkeit" mit Apellen zur Unterstützung ihrer Forderungen wenden konnte,ohne öffentlich kritisiert zu werden.
Ab Herbst letzten Jahres haben sich einige Änderungen abgezeichnet Die MLS ist als selbständiger Block aufgetrten,mit eigenen Losungen,mit selbständiger Propaganda;hat differnzierend eingegriffen und demokratische Illusionen als solche aufgedeckt. Die letzte Demonstration vom 25.2.war ein Rückschlag auf dem Weg zu einer Demonstration,die unter revolutionären Losungen durchgeführt wird.Den Revisionisten(KJÖ und GKS=das neu entstandene Grüppchen Kommunistischer Studenten) ist es gelungen, in einem Teil der Demonstration ihre liberalen Parolen durchzusetzen.Die MLS hat einen selbständigen Block gebildet und ist unter revolutionären Losungen marschiert,was ihr die Wut der Revisionisten und das Unverständnis einer Reihe von persischen Studenten einbrachte.Sie wurde einmal mehr mit dem Vorwurf des Sektierertums bedacht.
Die CISNU hat die Forderungen der iranischen Revolutionäre nicht revolutionär gestellt und vertreten.Sie hat sie so gestellt,daß sie ein jeder 'vertreten'kann. Die Begründung,die zum Tode verurteilten iranischen Revolutio-